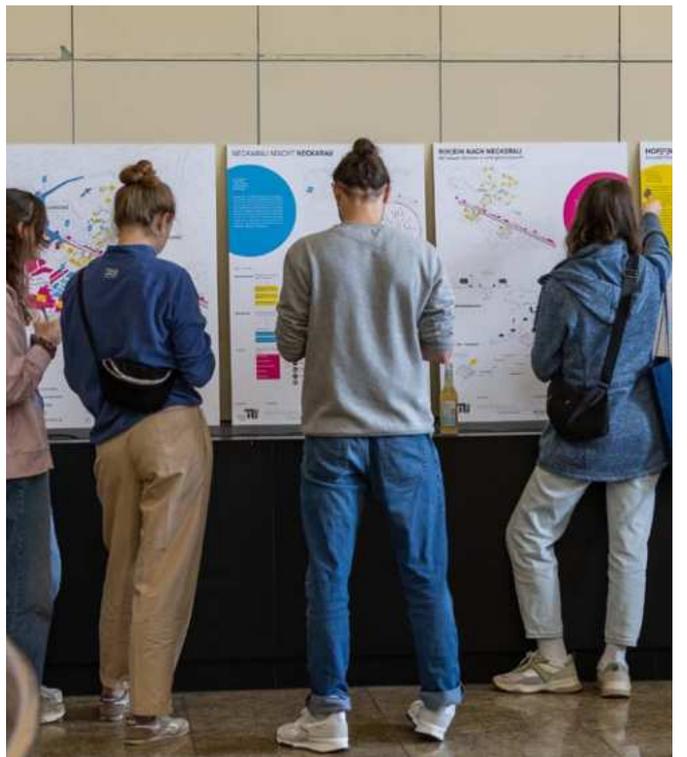
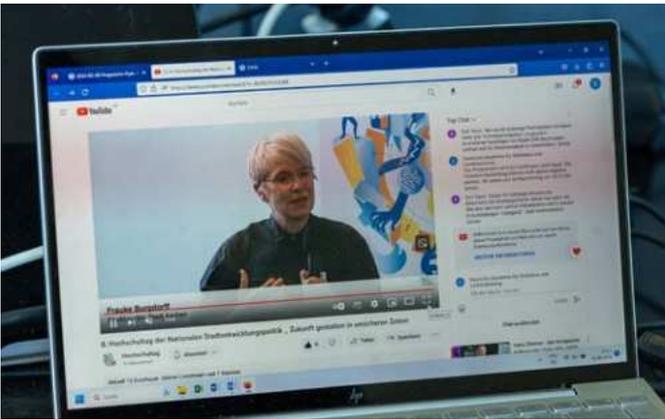




Der 8. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik wurde vollständig aufgezeichnet.
Über diesen QR-Code gelangen Sie zur YouTube-Playlist, in der die einzelnen Programmpunkte angeschaut werden können.

<https://youtube.com/playlist?list=PLgeeci403JFnRNHCgIp0eLbejBWSrgTd3>





Vorwort

Dr. Rolf Bösing,
Staatssekretär des
Bundesministeriums
für Wohnen, Stadt-
entwicklung und
Bauwesen

Video:
[https://youtu.be/
dzKy3m1T8GA](https://youtu.be/dzKy3m1T8GA)



Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin Engel,
liebe Studierende,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie im Namen des Bundesministe-
riums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
und der Deutschen Akademie für Städtebau und
Landesplanung begrüßen zu dürfen. Insbesondere
freut es mich, dass Sie so zahlreich hier im KINDL –
Zentrum für zeitgenössische Kunst erschienen sind.

Wir befinden uns in einem wundervollen Industrie-
denkmal, das sich heute als Produktions- und
Präsentationsort für zeitgenössische Kunst versteht.
Die Ausstellungsprojekte, die hier ihren Platz finden,
werden regelmäßig von einem Diskurs- und Vermitt-
lungsprogramm begleitet, das zu aktuellen Debatten
beitragen möchte.

Es ist schön, dass wir hier sein dürfen, denn auch
wir werden in den kommenden zwei Tagen nun
zum 8. Mal mit dem Hochschultag der Nationalen
Stadtentwicklungspolitik ein aktuelles Thema
aufgreifen und dieses in die Dialoge zwischen
Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Praxis
einbinden. Damit schaffen wir ein Forum zum
Austausch über zentrale Fragen stadtentwick-
lungspolitischer Belange und der wissenschaftli-
chen Forschung und Lehre.

Wir wollen uns über Denk- und Handlungsmuster
austauschen und in den kommenden Tagen über
unsere gemeinsame Zukunft diskutieren.

Und ich rege an, dass wir uns gemeinsam die Fragen
stellen, wie wir die notwendige große Transformation
gestalten wollen. Wie schaffen wir es, gemeinsam
unseren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, unsere
Städte umzubauen, krisenfester zu machen und
damit das Ziel der urbanen Resilienz zu erreichen?
Wie wollen wir unsere Zukunft in unsicheren Zeiten
gestalten und einen Weg zu einer neuen Planungs-
kultur bestreiten?

Seit vielen Jahren arbeiten in diesem einzigartigen
Hochschuldialog ExpertInnen gemeinsam an aktuel-
len Themen der Stadtentwicklung. Dabei finden sie
neue Wege, entwickeln Instrumente und erarbeiten
konkrete Lösungen.

Der Hochschuldialog ist seit Jahren für die Nationale
Stadtentwicklungspolitik ein verlässlicher Teil der
Fach- und Dialogveranstaltungen in den Bereichen
Stadtentwicklung, Stadtplanung, Städtebau und
Stadtforschung. Dazu gehört zum einen der Hoch-
schultag, der jedes zweite Jahr in Berlin stattfindet.
Und zum anderen gibt es den „kleineren“ Hoch-
schultag vor Ort an verschiedenen Hochschulen im
Bundesgebiet; zuletzt in Coburg, nächstes Jahr in
Neubrandenburg.

Es ist einzigartig, dass sich regelmäßig VertreterIn-
nen aus über 25 Universitäten und Hochschulen mit
Planungsfakultäten, aus Verbänden sowie aus der
Planungspraxis engagieren und sich zu Zukunfts-
fragen austauschen.

Durch diese Veranstaltung bieten wir seit Jahren
WissenschaftlerInnen, StadtforscherInnen, Studie-
renden, VertreterInnen aus Bund, Ländern und
Kommunen und aus der Planungspraxis eine Platt-
form für den Austausch zu aktuellen fachlichen
Fragen, Methoden und Forschungsvorhaben; selbst-
verständlich auch über Disziplingrenzen hinweg.

Der diesjährige Hochschultag widmet sich dem
Thema *Zukunft gestalten in unsicheren Zeiten – auf
dem Weg zu einer neuen Planungskultur*.

Dieses Thema hätte für die heutige Zeit nicht
passender gewählt werden können. Unsere Städte
und Gemeinden stehen vor großen Herausforderun-
gen und es scheint, es kommen immer größere hinzu:
Die immer stärker spürbar werdenden Auswirkungen
des Klimawandels, die Nachwirkungen der Corona-
Pandemie, der völkerrechtswidrige Angriffskrieg
Russlands auf die Ukraine, die Energiekrise, instabile
Lieferketten sind Herausforderungen, denen sich
auch Städte stellen müssen.

Heruntergebrochen bedeuten all diese Herausforde-
rungen für uns: Wir müssen anders bauen, wohnen,
heizen, kühlen, uns anders ernähren, anders von A
nach B bewegen, mehr grüne und blaue Infrastruk-
tur schaffen und vernetzen, auf die Biodiversität und
den Flächenverbrauch achten und – nicht zu vernachlässigen – unser Zusammenleben in vielen Be-
reichen besser, gleichberechtigter und gemeinwohl-
orientierter organisieren. Das ist gar nicht so einfach.

Denn, wenn es konkret wird, wie bei der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes oder kurz dem „Heizungsgesetz“, zeigt sich, welcher Widerstand sich regt. Gerade dieses Gesetz zeigt, wir müssen hier Kurs halten. Wir müssen aber besser und anders kommunizieren. Wir müssen solidarischer werden, enger zusammenarbeiten, unsere Kräfte bündeln, Demokratie auf lokaler Ebene bewusst gestalten und leben und uns besser gegenüber Krisen aufstellen, um unsere Städte resilienter zu machen.

Wenn all dies auf die Städte bezogen wird, brauchen wir eine neue Planungskultur. Wir brauchen neue Denk- und Handlungsmuster, um resiliente und unabhängige Systeme zu gestalten.

Wir brauchen dafür weiterhin gemischte Städte, die kurze Wege ermöglichen. Wir wollen Identifikationsorte schaffen und nachbarschaftlichem Leben in den Quartieren einen gut gestalteten Raum geben. Es geht faktisch um die Umsetzung einer 15-Minuten-Stadt.

Wir wollen lebendige Innenstädte, in denen nicht nur eingekauft, sondern auch gelebt, gelernt und Kultur erlebt wird, in denen konsumfreie Begegnung stattfindet. Es geht um Innenstädte, die neben einer baukulturellen Qualität auch die Belange der klimagerechten Mobilität berücksichtigen.

Wir unterstützen das durch entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen. Hier möchte ich fünf Bereiche nennen:

1. Die Digitalisierung der Bauleitplanung

Die Digitalisierung der Bauleitplanung dient der Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung. Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen hat kürzlich hier eine Gesetzesänderung angestoßen, mit der die digitale Auslegung des Planaufstellungsverfahrens bei der Öffentlichkeitsbeteiligung zukünftig die Regel und nicht mehr die Ausnahme ist und Redundanzen bei Änderungen im Planaufstellungsverfahren abgebaut werden. Die Frist zur Genehmigung von Flächennutzungsplänen wird verkürzt.

2. Novellierung des Baugesetzbuchs

Im Rahmen einer weiteren Novellierung des Baugesetzbuchs werden wir Ende des Jahres folgende Punkte auf den Weg bringen:

- Stärkung der Innenentwicklung und der Klimaanpassung
- Entfristung und ggf. Verbesserung des Baulandmobilisierungsgesetzes
- Flexibilisierung u. a. im Rahmen der Baunutzungsverordnung, einschließlich der Umnutzung von Flächen
- Weiterentwicklung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans *und*
- vereinfachtes Bebauungsplanverfahren für Freiflächen-Photovoltaik

8. HOCHSCHULE
der Nationalen Städte



3. Neue Leipzig-Charta

Im Bereich Stadtentwicklung sehen wir die Neue Leipzig-Charta als Europäisches Leitdokument an, das selbstbewusst für eine „gemeinwohlorientierte Stadtentwicklungspolitik“ steht. Sie verfolgt das Ziel, „öffentliche und private Interessen in Einklang zu bringen“ und fokussiert räumlich auf das Quartier, die Kommune und auf die funktional verflochtenen Stadt-Umland-Regionen. Diese miteinander verknüpften und voneinander abhängigen Ebenen bedürfen einer spezifischen ortsbezogenen Betrachtung im Prozess.

Wir nutzen die Neue Leipzig-Charta als Grundlage für das Handeln in der Stadtentwicklungspolitik auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

4. Städtebauförderungen

Die Gestaltung des Wandels und die Anpassung an die Herausforderungen der Zukunft ist eine Daueraufgabe für die Stadtentwicklung. An dieser Stelle sollte auch die Städtebauförderung als wirksames Instrument genannt werden – mit ihr haben wir in Deutschland bereits seit mehr als 50 Jahren ein Instrument für die zukunftsfähige Entwicklung unserer Städte und Gemeinden.

Die Städtebauförderung leistet einen Beitrag, ländliche und städtische Regionen nachhaltig und resilient zu gestalten und Krisen künftig effektiver bewältigen zu können. Wesentlich für den Erfolg ist insbesondere ihre Flexibilität. Auf die stets wechselnden Anforderungen wie den Strukturwandel, Demografie, Integration, Digitalisierung, Klimawandel und natürlich auch die Corona-Pandemie reagiert die Städtebauförderung mit jeweils angepassten Lösungskonzepten.

Der Bund unterstützt die Städte und Gemeinden im Rahmen der Städtebauförderung mit 790 Mio. Euro jährlich in ihren drei Programmen. Sie fördern den Erhalt der Innenstädte und Ortskerne, den sozialen Zusammenhalt, unterstützen Transformationsprozesse, die infolge von Abwanderung oder Zuzug erforderlich werden, und stärken Maßnahmen, die dem Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel dienen.

Diese haben in den letzten Jahren an Bedeutung in der Städtebauförderung gewonnen, denn unsere Städte leiden immer stärker unter den Folgen des Klimawandels: von Hitzewellen und der Aufheizung von innerstädtischen Quartieren in den Sommermonaten bis hin zu Starkregen und Überschwemmungen zu allen Jahreszeiten. Seit 2020 sind Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel daher Fördervoraussetzung in der Städtebauförderung und als Querschnittsaufgabe programmübergreifend förderfähig.

Die Gestaltung der Zukunft unserer Städte ist aber immer auch eine Gemeinschaftsaufgabe: Die Städtebauförderung ist daher ein Gemeinschaftswerk des Bundes, der Länder und der Kommunen. Und sie setzt seit jeher auf die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger, von Handel und Gewerbe, Handwerk, Kulturschaffenden, Forschenden, der Wohnungswirtschaft und vielen weiteren Akteuren, die unsere Städte prägen.

5. ZIZ-Innenstadtprogramm

Mit dem Bundesprogramm Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren (ZIZ) haben wir als Bund – in Ergänzung zur bewährten Bund-Länder-Städtebauförderung – ein hervorragendes, neues Instrument, die zukunftsorientierte Entwicklung von Innenstädten, Ortskernen und Zentren in Deutschland breitflächig zu unterstützen.

Im Rahmen des zur Verfügung stehenden Budgets (bis zu 250 Mio. Euro) können mehr als 220 Städte und Gemeinden aus allen Ländern und in allen Stadtgrößen mit unterschiedlichen Problemlagen gefördert werden; dies mit bis zu 5 Mio. Euro Bundesmitteln pro Projekt.

Mit 80 Prozent der ausgewählten Kommunen werden insbesondere Mittelstädte (47 Prozent), Kleinstädte (30 Prozent) und Landgemeinden (3 Prozent) von der mehrjährigen Förderung (bis max. 31. August 2025) profitieren.

Das mit der Umsetzung beauftragte Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung hat mit Unterstützung der Begleitagentur, in der auch der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung mitarbeitet, den Prozess der Qualifizierung und Bescheidung der Förderanträge für die mehr als 220 ausgewählten Kommunen im Herbst 2022 abgeschlossen.

Aktuell läuft das erste Jahr der Umsetzung. Die ersten Zwischenberichte der Projekte werden zurzeit ausgewertet (und Ende Mai 2023 erwartet).

Wir erhoffen uns vielfältige, innovative, beispielgebende Projekte zur Stärkung und Weiterentwicklung von attraktiven und resilienten Innenstädten und Zentren, in denen auch junge Akteure der Stadtentwicklung mitwirken.

In jeder Krise steckt eine Chance. Chancen bringen gute neue Ideen, andere Formate und neue Kenntnisse entstehen.

Nutzen Sie diesen Hochschultag für neue Ideen.

Ich wünsche uns allen, hier im Saal, aber auch im digitalen Raum einen erfolgreichen Hochschultag mit interessanten Impulsen und vielen Erkenntnissen!

Vielen Dank!



Editorial

Prof. Dr. Barbara Engel,
*Vizepräsidentin der
Deutschen Akademie
für Städtebau und
Landesplanung e. V.*

Video:

[https://youtu.be/
EWw2f2eelhA](https://youtu.be/EWw2f2eelhA)



Ich möchte mich zunächst bei all denen bedanken, die diese Veranstaltung möglich gemacht haben: Mein Dank geht an das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen und das Bundesinstitut für Bau, Stadt- und Raumforschung für Förderung und Unterstützung. Vielen Dank auch an die vielen Kolleg*innen aus dem Bereich der Universitäten, Hochschulen und der Verbände, die den Hochschultag mit großem Engagement und ebensolcher Expertise inhaltlich vorbereitet haben. Vielen Dank an alle Referent*innen und Podiumsdiskutant*innen! Nicht zuletzt gilt mein Dank allen Teilnehmenden – den heutigen und zukünftigen Expert*innen aus Praxis, Wissenschaft und Politik. Ein Dank an die Kolleg*innen in unserer Geschäftsstelle, bei denen die Fäden zusammenlaufen und die die vielen kleinen und großen Aufgaben im Hintergrund koordinieren. Ein besonderer Dank geht an Julian Wékel, nicht nur für Dein Engagement diesen Hochschultag betreffend, sondern für all die Themen, die Du eingebracht und kritisch diskutiert, Programme und Formate, die Du entwickelt und Akteur*innen, die Du an den Tisch gebracht hast, für die ganze Reihe der Hochschultage seit 2009. Die Hochschultage wurden von Dir nicht nur professionell wissenschaftlich begleitet und gesteuert – die

Ausgestaltung, auch in diesem Jahr, war ganz offensichtlich immer auch Herzensangelegenheit.

Der Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ist ein inzwischen etabliertes Format des kritischen Diskurses zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis über zentrale Fragen aktueller stadtentwicklungspolitischer Belange und ihrer Umsetzung. Er ist wertvoller Ideen-, Impuls- und Ratgeber für jede*n einzelne*n Planer*in und die Institutionen gleichermaßen. Er bietet eine wichtige Plattform für Wissenschaftler*innen und Vertreter*innen aus Bund, Ländern und Kommunen und aus der Planungspraxis, um – über Disziplingrenzen hinweg – sich zu den Herausforderungen und Lösungsansätzen in der Stadtplanung auszutauschen.

Zukunft gestalten in unsicheren Zeiten – auf dem Weg zu einer neuen Planungskultur. In diesem Jahr steht der Hochschultag unter dem Vorzeichen vieler Krisen: dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, dem Klimawandel, Flüchtlingsströmen, der Erschöpfung fossiler Energien – um nur einige Bedrohungen und Herausforderungen einer längeren Liste zu nennen. Die Wohnraumversorgung, digitale Sicherheit und sozialer Frieden können nicht mehr gewährleistet bzw. für die Zukunft nicht garantiert werden.



Die meisten dieser Themen sind nicht neu, sie werden seit Langem fachlich und politisch diskutiert – auch auf den Hochschultagen –, und doch ist die Situation heute eine veränderte, haben wir inzwischen einen Zustand „krisenhafter Zuspitzung“ erreicht (so formuliert in der Berliner Erklärung der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung vom Herbst 2022), der uns zum Handeln veranlassen muss. Dieser Impetus stellt das zweite Vorzeichen bzw. die zweite wichtige Intention dieser Veranstaltung dar – den Gestaltungswillen. Der Hochschultag ist konzipiert in dem Vertrauen darauf, dass wir etwas verändern, dass wir Krisen bewältigen können.

Krisen sind schwierige Lagen, sie bedeuten einen Zeitraum der Gefährdung – aber sie sind nicht unüberwindbar. Sie sind auch kein neues Phänomen in der Stadtentwicklung, sondern eher kontinuierliche Begleitung. Krankheiten, Kriege, Naturkatastrophen und Völkerwanderungen waren Teil der Stadtgeschichte und hatten tiefgreifende Umwälzungen und Zerstörungen zur Folge. Gleichzeitig haben es Städte immer wieder verstanden, umzudenken und erforderliche Neujustierungen vorzunehmen, besondere Kräfte der Selbstorganisation zu entwickeln und sich anzupassen. Vielleicht können wir – wie es Tom Sieverts einmal gefordert hat – Lehren aus der Vergangenheit ziehen, uns die Erfahrungen zu eigen machen und darauf aufbauend Szenarien auf die Zukunft skizzieren?

Diese Veranstaltung ist mit der Erwartung verbunden, neuehaltungen im fachlichen Austausch zu formulieren. Was müssen und können wir ändern, um diese Krisen zu überwinden und für die Zukunft gewappnet zu sein? Die Frage bedeutet nichts weniger, als unser Fach- und Rollenverständnis zu überdenken. Wir müssen unser Tun grundsätzlich infrage stellen – was nicht einfach ist, aber im Dialog der unterschiedlichen Perspektiven, die hier zusammenkommen, gelingen kann, wenn wir uns kritischen Fragen stellen und dort, wo wir keine Antworten haben, uns gemeinsam auf den Weg machen, diese zu finden.

Wie erreichen wir gesellschaftlichen und politischen Konsens in überschaubaren Zeithorizonten? Wie kommen wir innerhalb der enormen Regelungsdichte und Komplexität von Herausforderungen zu einer Festlegung auf das Wesentliche und Vereinfachung des institutionellen Rahmens? Wie erreichen wir ein Denken und Handeln in Systemzusammenhängen und Kreisläufen? Welche neuen Leitlinien und Prozessprinzipien können wir entwickeln, die der Unsicherheit und bisweilen Widersprüchlichkeit von Anforderungen Rechnung tragen?

Es liegt eine ganze Menge Arbeit vor uns, die nur gemeinsam bewältigt werden kann, wenn wir all unsere fachliche Expertise und unseren gesellschaftlichen und politischen Einfluss nutzen. Hierzu brauchen wir Partner*innen und Verbündete, auch außerhalb der Ministerien und Fachzirkel. Der Austausch mit den internationalen Kolleg*innen ist wichtig und wertvoll, um neue, vielleicht ungewohnte Perspektiven einzunehmen und von anderen Kontexten zu lernen.

Einer Neujustierung in der Planungspraxis muss eine Neuorientierung der Ausbildung folgen – oder besser noch – vorausgehen. Hier sind die Lehrenden unter uns gefordert. Das von uns kritisierte sektorale Denken in manchen Stadtverwaltungen bereiten wir mit unseren etablierten Studiengängen an den Universitäten und Hochschulen – eingezwängt in fachliche Silos – vor. Wie erreichen wir eine Kultur der Transdisziplinarität, die konsequent die Belange der Stadt-, Mobilitäts-, Freiraum-, Infrastruktur- und Sozialplanung zusammendenkt? Wie müssen die Qualifikationsprofile verändert werden? Und an uns Forschende gerichtet: Wie können wir das Wissen besser für den Planungsalltag handhabbar machen und: Stellen wir im Rahmen unserer von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekte überhaupt die richtigen Fragen?

Zukunft gestalten in unsicheren Zeiten – auf dem Weg zu einer neuen Planungskultur. Wir können die Zukunft nicht voraussagen. Es wird keine klaren Rezepte geben können und Unsicherheit wird vermutlich immanenter Bestandteil von Planung bleiben. Wird Unsicherheit zur Routine oder gar ein Leitbild zukünftiger Planung? Verunsicherung ist aber auch eine Chance für mehr Achtsamkeit. Unvorhersehbarkeit, Unbestimmtheit – auch hier verweise ich noch einmal auf Aussagen von Tom Sieverts – kann aber auch als Freiheit und damit Chance für eine andere, neue Art von Planung begriffen werden. Für eine Planung, die das Unbestimmte kultiviert und Mehrdimensionalität, aber auch Reversibilität von Maßnahmen einfordert. Bei immer weniger belastbaren Gewissheiten müssen wir mehr Experimente wagen – im Planen und im Bauen. Ein notwendiges immer wieder neues Herantasten an Lösungen ist bisweilen vermutlich mühsam und könnte gleichzeitig in seinem experimentellen Charakter aufregend und überraschend sein und ganz neue Möglichkeitsräume eröffnen.

Die im Deutschen Städtebaupreis 2023 prämierten Projekte machen es vor: In München wurden im Werksviertel scheinbar unvereinbare Planungsparameter und außergewöhnliche Mischungen zusammengeführt. Das Mittlere Paderquellgebiet in Paderborn zeigt Maßnahmen für eine Verbesserung des Stadtklimas und Mehrwerte im öffentlichen Raum. Beide Projekte stehen beispielhaft für prozesshafte, adaptive Planungen, für die Zusammenarbeit unterschiedlicher Fachdisziplinen und das kreative und mutige Engagement verschiedener Akteur*innen und zeigen damit Wege auf hin zu einer neuen Planungskultur. Ich verstehe diese Projekte auch als Verpflichtung und Ansporn für den diesjährigen Hochschultag.

In diesem Sinne hoffe ich, dass wir die derzeitige Verunsicherung als Potenzial verstehen und die Krise kreative Kräfte freisetzt. Ich wünsche uns allen beim 8. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ernsthafte und inspirierende Diskurse und hoffe, dass wir die Impulse für unseren Alltag im Sinne einer verantwortlichen, nachhaltigen Weiterentwicklung unserer Umwelt nutzen werden.

Unsichere Zeiten und gesellschaftliche Handlungsstrategien

Prof. Dr. Armin Nassehi,
Ludwig-Maximilians-Universität München

Video:
<https://youtu.be/fGctU24QMrU>



Ich möchte in meinem Beitrag eine allgemeine Perspektive darauf liefern, wie Gesellschaften mit Unsicherheiten umgehen. Im Rahmen der Begrüßungen wurde mehrfach der Begriff des Interdisziplinären verwendet. Das ist aus der Perspektive derer, die akademisch über die Dinge nachdenken, ein Abbild dessen, was in der Gesellschaft als Problem wahrnehmbar ist, nämlich dass moderne Gesellschaften nicht in der Lage sind, aus einem Guss zu reagieren. Was im Übrigen ein großer Vorteil ist. Gesellschaften, die aus einem Guss reagieren können, brauchen autoritäre politische Systeme, haben meistens keine leistungsfähigen ökonomischen Systeme, haben fragwürdige Bildungssysteme, und es herrschen Lebensformen vor, in denen es wenige Entscheidungsmöglichkeiten gibt. Wenn wir solche Diagnosen machen, bei denen wir feststellen, dass die Dinge schwierig sind, stellt sich die Frage: Wie wäre eine Gesellschaft gebaut, die nicht schwierig ist? Eine Gesellschaft, die nicht schwierig ist, wäre noch schwieriger.

Eine zweite Vorbemerkung: der Hinweis auf das Systemische. Meistens wird dieser Begriff für etwas verwendet, was systemtheoretisch eigentlich gar keinen eindeutigen Bezug hat. Wer systemisch denkt – und da glaube ich, benutzt man diesen Begriff als Ersatz für das, was man ganzheitlich nennt –, denkt eben nicht ganzheitlich, sondern geht davon aus, dass Wechselwirkungsprozesse unterschiedlicher Perspektiven innerhalb von Systemen zusammenhängen. Moderne Gesellschaften sind auch noch Systeme, die intern so stark differenziert sind, dass wir es vor allem mit System-Umwelt-Verhältnissen zu tun haben.

Was meint Unsichere Zeiten und gesellschaftliche Handlungsstrategien? Es bleibt gar nicht aus, dass es die üblichen Begrifflichkeiten sind, auf die man immer kommt. Wer von Unsicherheit redet, redet davon, dass man handeln muss. Handeln ist ein Begriff, der suggeriert, dass man etwas tun kann,



aber eigentlich ist Handeln gar kein beschreibender Begriff, sondern ein Problembegriff. Und dann soll man auch noch entscheiden. Ich benutze lieber den Entscheidungsbegriff als den Planungsbegriff. Erstens, weil Sie sich mit Planung besser auskennen, deshalb lasse ich lieber den Begriff weg. Zweitens, wenn man ernsthaft über Planung nachdenkt, dann tut man ja so, als würde man über Zukünfte nachdenken, was nicht der Fall ist. **Man plant in Gegenwart für eine Zukunft, die nie beginnen kann.** Deshalb geht es um Entscheidungen in Gegenwart.

Ein weiteres Problem ist bei der Beschreibung von Problemlagen der logische Fehlschluss, den es in der klassischen Logik noch nicht gab. Ich nenne ihn das Problem des Fehlschlusses von der Notwendigkeit zur Möglichkeit. Wir sind alle inzwischen sehr gewöhnt an die Kommunikation von Drastik. Wer über den Klimawandel, über Ungleichheit oder all diese Dinge, die uns zurzeit auf den Nägeln brennen, spricht, nutzt drastische Beschreibungen. Nehmen Sie die „Letzte Generation“. Drastischer kann man es eigentlich nicht sagen und schließt von der Drastik auf die Notwendigkeit und daraus auf die Möglichkeit. Vielleicht ist gerade Drastik die Situation, in der reflektiert wird, dass die Möglichkeit in Frage steht. Ich werde sehr oft gefragt, wie eigentlich die Strategien der „Letzten Generation“ einzuschätzen sind. Ich muss gestehen, dass ich kein Freund dieser Strategien bin, aber ihre Entstehung ist nicht verwunderlich, weil sie auch darauf hinweisen, dass sie eine Gesellschaft adressieren, die offensichtlich noch nicht die Möglichkeiten und Mittel hat, mit den Dingen umzugehen. „Fridays for Future“ ist ja eine der staatstragendsten Protestbewegungen gewesen, die man sich überhaupt vorstellen kann. Die adressieren die Regierung, die Parlamente und die Eliten, damit diese endlich richtig entscheiden, und wollen nicht alles niederreißen, was ja geradezu eine drastische Beschreibung dessen ist, worum es hier geht: Wir wissen alles, wir können alles und trotzdem kriegen wir es nicht hin. Und der moderierende Faktor dafür ist die Gesellschaft.

0. Entscheidungen unter Unsicherheit.

Entscheidungen sind Zeitschnitte, die in der Gegenwart eine unbekannte oder unsichere Zukunft binden wollen. Gemeinhin wird davon ausgegangen, dass moderne Gesellschaften sog. Entscheidungsgesellschaften sind, denn noch nie musste so viel entschieden werden. Die drastischste Form, die didaktisch in der Lehre dafür verwendet wird, ist der Hinweis darauf, dass wir uns unsere Ehepartner selbst suchen müssen. Das ist historisch relativ spät entstanden und das ist eine riskante Entscheidung, die aus bestimmten Gegenwart eine Zukunft binden soll, die man tatsächlich noch nicht kennt. Dafür wurde ein interessantes Entscheidungstool erfunden, es wird die romantische Liebe genannt. Das ist ein Hinweis darauf, dass wir für Entscheidungen Kategorien brauchen, die in den Prozessen, um die es dann geht, selbst gar nicht die entscheidende Rolle spielen. Das gilt für fast alle Entscheidungsformen. Es gibt keine Entscheidung ohne Unsicherheit. Wenn ich weiß, dass ich rechts abbiegen muss, dann muss

ich mich nicht entscheiden, wenn ich es nicht genau weiß, dann muss ich eine Entscheidung treffen: Ich biege jetzt mal rechts ab. Wahrscheinlich war aber links oder geradeaus richtig. Wenn wir das aber empirisch tun, dann diskutieren wir nicht die Unsicherheit, sondern dann nennen wir klare Kriterien. Wenn Sie sich professionelle Entscheider einladen, also diejenigen, die meistens gut bezahlt werden, ist aber sehr interessant zu beobachten, dass im freiberuflichen Bereich die Honorare dort am höchsten sind, wo die Kriterien für das, was man dort bekommt, am unklarsten sind. Und das ist keine Kritik, sondern wird durch den Mut gerechtfertigt, sich mit den unklaren Sachverhalten auseinanderzusetzen. Wenn Sie also solche Leute hören, dann sagen die nicht, es gebe keine Kriterien, sondern sie sagen, es gebe ein paar Hinweise auf dies oder jenes, und leiten davon ihre Entscheidungen ab.

Wer bestimmt also, was eine Entscheidung unter Unsicherheit ist? Zunächst einmal wissenschaftliche Beobachter, also Leute wie wir. Sie nutzen dann Theorien und stellen Fragen: Warum geht das nicht weiter? Und antworten: Jetzt geht es weiter. Als Beispiel möchte ich die klassische Theorie der **bounded rationality** aus der klassischen Organisationsforschung anführen. Sie besagt, in Organisationen haben alle Entscheider immer nur den Teil der Rationalität, der in ihrer Zuständigkeit oder Perspektive liegt. Und die Organisation selbst hat meistens gar nicht so etwas wie eine Gesamtrationalität. Höchstens von außen auf die Organisation blickend können rationalisierte Aussagen getroffen werden: Da wurde falsch investiert, falsch geplant oder es wurden die falschen Professoren eingestellt. Niklas Luhmann spricht von **Paradoxien des Entscheidens**, die darin bestehen, dass wir zwar entscheiden, aber meistens zwischen Alternativen, die bereits vorentschieden sind, z. B. politische Entscheidungen von Wählern. In der klassischen Phase der Industriegesellschaft gab es in fast allen demokratischen Ländern eine große Mitte-Rechts- und eine große Mitte-Links-Partei. Die Entscheidung bestand darin, ob man diese oder jene nimmt. Dann gab es auch so ein paar Abweichende, die haben dann liberal gewählt, und dann kamen Öko-Parteien dazu und so weiter. Die spielten keine wirklich entscheidende Rolle. Wichtig ist, dass die Entscheidung leichter ist, wenn es Vorentscheidungen gibt. In der Unternehmens- oder Politikberatung wird in der Regel als allererstes nicht beobachtet, wie entschieden wird, sondern welche Entscheidungsalternativen eigentlich in den Horizonten der Entscheider sind. Heinz von Förster redet von Unentscheidbarkeiten. Er sagt, Entscheidungen müssen wir dann treffen, wenn wir eigentlich nicht entscheiden können. Das hilft in der Praxis jedoch nicht weiter, weil wir ja entscheiden müssen. Zumal auch das Nicht-Entscheiden als Entscheidung gerechnet wird.

Spannend ist schon, dass Entscheidungen immer etwas mit Entscheidungsprämissen zu tun haben. Wir entscheiden permanent und müssen an uns selbst feststellen, dass wir uns zwischen Alternativen entscheiden, die Drittes meistens ausschließen. Frau Engel, Sie haben auf die Ressource verwiesen, in Planungszusammenhängen die hoch komplexen Planungsprozesse in einer

Organisation arbeitsteilig zu organisieren, was ja gar nicht anders geht. Man kann nicht jemanden zum Generalentscheider für etwas machen ohne eine gewisse Vorentschiedenheit dafür, welche Fragen gemeinsam und welche Fragen einzeln behandelt werden sollten. Das heißt, Entscheidungen in Organisationen haben bereits eine Vorentschiedenheit dadurch, dass wir entscheiden, wer worüber mit welchen möglichen Alternativen entscheidet, und dann gibt es Projektgruppen, die strategisch entscheiden sollen, und die passen da nicht ins Organigramm.

Die Paradoxie des Entscheidens besteht darin, dass alle Entscheidungen, die wir kennen, auf Voraussetzungen beruhen, die durch die Entscheidung selbst nicht kontrolliert werden können. Innovation würde bedeuten, dass wir dritte Möglichkeiten kennen. Was ist das ausgeschlossene Dritte einer Entscheidung? **Aus dieser Paradoxie gibt es keinen logischen Ausweg, also man kann dieses Problem der Paradoxie nicht logisch lösen, sonst wäre es übrigens auch keine Paradoxie. Man kann es nur operativ, empirisch oder praktisch lösen. Man muss aus der Box der Entscheidungsalternativen, die man kennt, rauskommen. Dabei wird man nicht die Welt neu erfinden, aber womöglich eine Perspektive erfinden, die als etwas Drittes fungiert.**

Ein Beispiel aus dem politischen Bereich: Sie kennen die Diskussionen über den Klimawandel und die Fragen, ob es eigentlich mehr oder weniger Staatstätigkeit geben soll. Brauchen wir viel Regulierung oder wenig Regulierung? Inzwischen gibt es sogar Libertäre, die würden sagen, wir brauchen gar keine Regulierung. Diese Diskussion ist schon deswegen interessant, weil man schon vorher weiß, wer was und wann sagen wird. Ein ausgeschlossenes Drittes wäre die Frage: Nicht mehr oder weniger Staatsinterventionen, sondern welche Staatsintervention eigentlich? Das hört sich zunächst banal an, aber schon diese Perspektive ändert die Frage nach den Entscheidungsalternativen. Liberale sagen auch, wir müssen eine CO₂-Bepreisung machen. Das finde ich übrigens richtig. Sie sagen, das sei dann wenig Staatsintervention. Wenn man sich mal die operativen Prozesse einer CO₂-Bepreisung anschaut, dann müsste man sehr viel regulieren. Viel mehr, als wenn man das nicht tun würde. Also ist schon diese Unterscheidung politisch falsch, sodass man sich fragen muss, welche politischen Akteure sind das eigentlich, die das machen können? Vielleicht nicht die Liberalen, die eine Paradoxie in ihrem Programm stehen haben.

1. Was wird als Krise erlebt?

Der Krisenbegriff impliziert, dass sie bald wieder vorbei ist. Der Begriff kommt ja auch aus der Medizin: Die Temperatur steigt auf 41,5 Grad. Ab 42 gerinnt das Gehirn. Also muss man entscheiden, ob es weitergeht oder ob es nicht weitergeht. Der ganze Krisendiskurs tut so, als handele es sich um Ausnahmesituationen. Es ist wissenschaftlich fast nicht möglich, zu beschreiben, was eine Krisensituation ist, deshalb will ich die Frage auch gar nicht beantworten. **Ich will die Frage beantworten, was als Krise erlebt wird.** Da gibt es ein paar Kriterien.

Eines ist das **Erleben gestörter Interdependenz**. Wir leben in einer Gesellschaft, in der unsere Lebensform davon abhängig ist, dass unterschiedliche Parameter so einigermaßen zueinander passen. Das gilt auch im privaten Leben. Wir wollen z. B. gerne eine erfüllte Arbeit haben und gleichzeitig damit so viel Geld verdienen, dass wir davon leben können. Die Karrierezeitprogramme sollen auch in die regenerativen Programme des Lebens passen. Das sind eigentlich ganz einfache Dinge, die jedoch nicht einfach zu lösen sind, aber die funktionieren müssen. Damit man so eine Veranstaltung wie hier machen kann, muss es unterschiedliche funktionsfähige Parameter geben, die niemand von uns kontrollieren kann. Z. B. muss die Bahn fahren. Das hört sich banal an, aber so eine vernetzte Gesellschaft muss davon ausgehen, dass diese Interdependenz funktioniert. Das Interessante ist, **dass wir abhängig sind von Strukturen, die wir nicht selber kontrollieren**. Das gilt nicht nur für kleine private Zusammenhänge, das gilt auch für alles andere: ob wir investieren können, ob wir planen können, wer verantwortlich ist, ob rechtliche Rahmenbedingungen da sind. Wenn diese Interdependenz gestört wird, erleben wir das als Krise.

Das Zweite ist der **gefühlte Anerkennungs- und Selbstwirksamkeitsverlust**. Selbstwirksamkeit, das sagt die Sozialpsychologie, ist ein Hinweis darauf, dass das, was ich tue, einen Unterschied macht. Selbstwirksamkeit heißt nicht, wenn ich einen Vortrag halte, dass ich sage: Danach sind sie alle viel schlauer. Selbstwirksamkeit bedeutet vielmehr, dass ich das Gefühl habe, dass es einen Unterschied macht, was ich hier rede. Das ist für Arbeitsprozesse außerordentlich wichtig. Bei der Diskussion vom Fordismus zum Postfordismus, wo Leute sozusagen an den Fließbändern etwas gemacht haben, was offenkundig sinnlos war, haben sie sich entschieden, lieber etwas Sinnvolles zu machen. Jetzt wenden sie sich womöglich wieder zurück zu Maschinen, denen man die Wertschöpfung zurechnet und nicht mehr den Leuten, die da etwas tun. Das ist etwas, was das Erleben von Krisen ermöglicht.

Wenn dann natürlich **Entscheidungen unter Unsicherheitsbedingungen** sichtbar werden, dann ist das Entscheidende das mangelnde Elitenvertrauen. Wenn Eliten per se in Frage gestellt werden, ist es nicht unbedingt etwas, was zu einer resilienten Beobachtung der Gesellschaft führt. Kalkulierbare Zukunftsperspektiven sind von Bedeutung. Das wissen wir aus der Ungleichheitsforschung, die uns nicht sagt, dass die Menschen zufrieden sind, wenn alle das Gleiche haben, sondern wenn man wenigstens eine Perspektive darauf hat, wie die Dinge weitergehen. Alle wissen, dass manche Lebensstandards in der derzeitigen Form nicht zu halten sind und dass es nicht so sein wird, dass es unseren Kindern besser gehen wird als uns. Sie kennen diese ganzen Diskurse. Das ist aber nicht das Problem. Das Problem ist, ob man einigermaßen kalkulieren kann, in welche Richtung die Zukunft geht und wie sie aussieht.

Dann kommt natürlich mein Lieblingsthema: **Zielkonflikte**. Wir stellen fest, dass aus einer bestimmten Perspektive etwas richtig ist und dasselbe aus einer anderen Perspektive falsch. In der Pandemie haben wir das erlebt. Ist Freiheit oder Sicherheit wichtiger? Kein Mensch kommt aus diesem Zielkonflikt raus. Juristen sind dafür sehr interessant, denn die müssten eigentlich wissen, dass so etwas wie Grundrechte permanent in Konflikt miteinander stehen, aber da interessiert sich dann der eine mehr für Freiheit und der andere mehr für Sicherheit. Und dann streiten sie sich darüber, anstatt zu sehen, dass die Sache nicht vorentschieden ist, weswegen man dafür gerichtliche Entscheidungen braucht. Schließlich kommen noch **fehlende Handlungsmuster und nicht passende Entscheidungsprozesse** dazu. Das sind ja nicht einfach Erfindungen eines Akteurs, sondern meistens ein Aufrufen bestimmter Muster.

2. Vulnerabilität.

Kommen wir als Nächstes zur Vulnerabilität. Sie wollen ja über Resilienz nachdenken. Ich meine dabei nicht die Vulnerabilität von Personen. Das Leben ist ohnehin vulnerabel. Nicht nur das menschliche, aber das menschliche auf eine ganz besondere Art und Weise, weil wir das auch noch wissen. Wir werden krank, wir werden erschöpft, wir haben begrenzte Ressourcen. Ich möchte jedoch über die Vulnerabilität moderner Gesellschaftssysteme reden. **Ein hoher und komplexer Vernetzungsgrad der Gesellschaft führt zu mehr Leistungsfähigkeit und gleichzeitig zu mehr Vulnerabilität.** Man kann das an der Geschichte des Terrorismus sehr schön sehen. Sagen wir mal Steinzeit-Terroristen wie noch die RAF dachten, wenn man den Arbeitgeberpräsidenten umbringt, ändern sich die Strukturen der Gesellschaft. Das ist so ähnlich schon als Königsmord in der Antike diskutiert worden. Die Taliban waren schlauer. Die wissen, dass man Infrastrukturen oder Symbole angreift und Panik dadurch erzeugt, dass auf die unkontrollierbare Vernetzung der Gesellschaft verwiesen wird.

In der Folge liste ich Zusammenhänge auf, die wiederum schwer kontrollierbar sind: Wertschöpfungsketten, Lieferketten, Angebots- und Nachfrageverhältnisse, Versorgungsstrukturen, Infrastrukturen, Familienstrukturen, Bildungssysteme, Kunst und Kultur. In der Pandemie konnte man sehr schön sehen, dass Kunst und Kultur abhängig sind von Strukturen, die nicht durch Kunst und Kultur hergestellt werden. Ich muss diese Dinge nicht erläutern, es ist ohnehin klar. Zur Vulnerabilität gehört auch die Frage der sozialen Ungleichheit und kalkulierbarer Lebenswelten.

Noch schlimmer ist Transparenz. Die Forderungen danach sind bekannt, dass, wenn die Dinge schief laufen, man die **Transparenz vulnerabler Abhängigkeiten und Strukturen** herstellen soll. Es gab mal einen Bundesinnenminister, der den wundervollen Satz gesagt hat, dass, wenn man der Bevölkerung alle Prozesse offenlegen würde, würde das zu Verunsicherung führen. Das ist einer der klügsten – wenn auch politisch nicht besonders

vorteilhaften – Sätze, den ich von Politikern jemals gehört habe. Transparenz würde bedeuten, dass wir permanent im Blick haben, was gegeben sein muss, damit wir die Dinge latent halten können, über die wir nicht den ganzen Tag nachdenken wollen. Der Begriff der Latenz stammt in der Kulturosoziologie von Talcott Parsons. Damit meint er, dass es Voraussetzungen für soziale Prozesse geben muss, die selbst nicht Gegenstand dieser Prozesse sind. Das einfachste Beispiel ist die Sprache. Ich tue jetzt so, als würden Sie mich so verstehen, wie ich es gemeint habe. Würden wir das transparent machen, dann würde rauskommen, dass ich nicht mehr weiß, was ich gesagt habe, und Sie nicht wissen, was Sie verstanden haben. Wir kennen das aus Situationen, in denen es um Missverständnisse geht. Der gepflegte Ehestreit ist so etwas, der sich dann aber institutionalisiert, weil er sich wiederholt und über die gleichen Sachen nachgedacht wird. Das kennen wir auch aus gesellschaftlichen Konflikten. Aber es muss latent bleiben, dass diese Bedingungen irgendwie mitlaufen, und die Gesellschaft kennt unglaublich viele latente Bedingungen, z. B., dass eine Währung auch morgen noch so stabil ist, dass meine zehn Euro nicht viel weniger als 9,99 Euro werden. Oder dass wir Verträge machen, in denen wir davon ausgehen, dass der Vertragspartner im Zweifelsfall von einer Instanz dazu gezwungen wird, den Vertrag einzuhalten. Oder dass wir in einem Bildungssystem etwas lernen, womit man in der Gesellschaft etwas anfangen kann. Oder dass wir durch eine Großstadt gehen und nur Fremden begegnen – für Stadtentwicklungsfragen ganz wichtig – und nicht das Gefühl haben, dass die für uns bedrohlich sind.

Und die Transparenz vulnerabler Abhängigkeiten und Strukturen führt dazu, dass es eher Verunsicherung gibt. Wir haben das in der Pandemie erlebt, dass ein ganzes Publikum festgestellt hat, dass wissenschaftliche Aussagen nicht einfach sagen, was der Fall ist, sondern dass man sie durch Forschung herstellen muss. Ein Datensatz muss erstmal erzeugt werden. Es gibt heute immer noch naive Ansätze, die sagen: Wenn wir richtige Daten haben, wird die Wahrheit als Wahrheit abgebildet. Das kann man in philosophischen Texten schreiben, aber in der empirischen Sozialforschung ist das totaler Unsinn. Das wissen wir schon deswegen, weil wir die Daten selber produzieren. Das ist keine Kritik an den Daten, sondern das ist eine Frage der Paradoxie der Daten, mit denen wir umgehen. Es ist auch für alle Planungsprozesse entscheidend, welche Parameter verwendet werden, um zu erfahren, in welchen Räumen wir planen. Das hört sich so selbstverständlich an, dass wir darüber normalerweise nicht nachdenken, und das ist gut so, denn wenn wir das permanent müssten, könnte man gar nicht mehr planen. Die Krise macht etwas sichtbar, was ohnehin latent zur Struktur moderner Gesellschaften gehört.

3. Zielkonflikte und Dilemmata

Dazu gehören vor allem Zielkonflikte. Es gibt **keine Krisendefinition aus einem Guss** und das will ich an der Pandemie als Beispiel darstellen. Soziologisch nennt man das die **funktionale Differenzierung des Gesellschaftssystems**. Will meinen, der

	Krisenwahrnehmung	Funktion
Ökonomie	Unterbrechung von Wertschöpfungsketten, Gefahr des Strukturverlustes, Gewinneinbruch, Bindung von Mitarbeitern	Knappeitsausgleich
Politik	Sachdimension und politische Dimension von Entscheidungen; Steuerungsprobleme; Moderation von Zielkonflikten	Kollektiv bindende Entscheidungen
Recht	Abwägung von Grundrechtseinschränkungen; Fehlen von Konditionalprogrammen	Normative Erwartungssicherheit
Medizin	Fehlende Behandlungsroutinen; Kapazitätsfragen, Gefahr der Triage; lernende Praxis, nicht-COVID-spezifische Nebenfolgen	Herstellung physischer/psychischer Integrität
Erziehung/Bildung	Unterbrechung von Praktiken; Mediuenumstellung, Ungleichheitseffekte	Intentionale Menschenveränderung
Familie	Überforderung durch Anwesenheit, Rollenkonflikte/ Geschlechterverhältnisse, Kompensation von Schule und Arbeit	Nah am Leben gebaute Sorge- und Unterstützungsformen
Wissenschaft	Nicht-Wissen; zeitkritischer Fallibilismus; interdisziplinäre Perspektivendifferenz; Scheitern an der Erwartung nach Eindeutigkeit	Wahrheitsförmige Aussagen (Wissen) bereitstellen

© Armin Nassehi

Systemtheoretiker guckt sich die Gesellschaft an und die besteht nicht aus Leuten, sondern die besteht aus Handlungs- und Kommunikationszusammenhängen, die intern differenziert sind in unterschiedliche Logiken. Diese Logiken habe ich auf einem Schaubild dargestellt. In der linken Spalte haben wir ein ökonomisches System, ein Rechtssystem, ein Medizinsystem, ein Erziehungs- und Bildungssystem, Familie, Wissenschaft. Es könnte noch mehr geben, aber dafür reichte der Platz nicht. Diese unterschiedlichen Logiken zeichnen sich dadurch aus, dass sie unterschiedliche Probleme lösen müssen. Jemand, der politisch handelt, der handelt vor einem Publikum und muss kollektiv bindende Entscheidungen so darstellen, dass die Loyalität erhalten bleibt. Wer vor einem Marktpublikum etwas verkaufen will, hat ein anderes Problem. Wer Wissenschaft macht, macht wieder etwas völlig anderes usw. Vereinfacht gesagt, gibt es keine Instanz in der Gesellschaft, die das alles zusammenhält, und wenn Sie jetzt sozusagen sich das im Einzelnen vergegenwärtigen, dann werden Sie feststellen, dass aus ökonomischer Perspektive die Pandemie als eine ganz andere Störung erschien als z. B. aus politischer. Aus ökonomischer Perspektive war es vor allem die Unterbrechung von Wertschöpfungsketten. Für Großunternehmen bestand die Chance, endlich die Strukturveränderungen vorzunehmen, für die man sonst keine Zeit hat. Das galt auch für Universitäten ohne die Studierenden. Ich meine das nicht zynisch, aber das ist sozusagen eine Wahrnehmung, die aus der jeweiligen Perspektive kommt. Aus politischer Perspektive hat man es mit zwei Problemen zu tun gehabt. Einmal die Zielkonflikte zu moderieren, also man entschließt sich für einen Lockdown und stellt fest, dass das ökonomische, pädagogische und psychologische Folgen hat, aber aus Sachgründen macht man das, weil man das für richtig und notwendig hält. Gleichzeitig gibt es das politische

Problem, dass man mit den Entscheidungen Massenloyalität produzieren muss. Ich saß in mehreren Expertenkommissionen, die sich damit beschäftigten und es wirklich geschafft haben, im Sommer 2020 und 2021 so zu tun, als würde es keinen November mehr geben. Aus der rechtlichen Perspektive erschien das Problem wieder ganz anders vor allem als das Fehlen von Konditionalprogrammen. Was macht man eigentlich, wenn eine Regierung durchregieren muss? Was in Demokratien normalerweise nicht erlaubt ist. Oder aus medizinischer Perspektive erschien das erstmal als fehlende Behandlungsroutine. Die Leute wussten schlicht nicht, was man tun soll. Im Nachhinein wissen das immer alle ganz genau. Aus pädagogischer Perspektive ist es eine Unterbrechung von Praktiken mit einem riesengroßen Ungleichheitseffekt. Es gibt schon jetzt Forschung darüber, dass Kinder in der Schule die sechs Wochen Ferien im Sommer kaum ertragen können. Sie brauchen hinterher drei Wochen, um das Lernen wieder zu lernen. Jetzt stellen Sie sich mal vor, Sie sind mehrere Monate nicht in der Schule. Das ist gerade in bestimmten Schichten der Gesellschaft, die wir üblicherweise bildungsfern nennen, noch katastrophaler gewesen.

Familien haben die wundervolle Selbstbeschreibung: Am schönsten ist es, wenn wir zusammen sind. In der Pandemie hat man festgestellt, was es eigentlich heißt, eine moderne Kleinfamilie zu sein. Die lebt vor allem davon, dass die Mitglieder dieser kleinen Familie die meiste Zeit des Tages woanders sind. Ich meine das nicht als zynische Beschreibung. Und da gibt es natürlich auch einen Ungleichheitseffekt. In einer 200-Quadratmeter-Wohnung, wo zwei Ehepartner sind, ist es ein bisschen anders als mit drei Kindern in einer 70-Quadratmeter-Wohnung usw. Aus wissenschaftlicher Perspektive gab es zunächst einmal das „Nicht-Wissen“

und ein Problem des zeitkritischen Fallibilismus. Man hat gesagt, Masken nutzen nichts, nur um festzustellen, dass es niemals Forschung über Masken gegeben hat, weil keiner auf die Idee kam, dass Masken nichts nützen können.

Was ich hiermit sagen will, ist eigentlich etwas ganz Einfaches. **In unserer Gesellschaft bestehen Zielkonflikte, die der normale Modus einer modernen Gesellschaft sind**, und das ist auf große gesellschaftliche Funktionssysteme bezogen. Wenn man das auf Ressourcen bezieht, wenn man das in Organisationen auf bestimmte Formen bezieht, wenn man das in Städten, in denen sich ja diese unterschiedlichen Funktionen räumlich verdichten, auf etwas bezieht, was sozusagen die Zielkonflikte unmittelbar sichtbar macht, dann stellt man fest, dass es dafür keinen Ort gibt, der sozusagen einerseits jenseits der jeweiligen **Gegenwartsorientierung des Handelns** möglich ist und zweitens durch Dritte koordiniert werden kann. Ich nenne das das Zinnsoldatenproblem oder die Steuerungsphantasie. Gerade Intellektuelle stellen sich eine Gesellschaft oft vor, wie sie sein müsste, und dann müsste

der dies tun und die das tun und der jenes tun und der wieder das tun, und dann passen die Dinge zusammen. Das schreibt man auf ein weißes Blatt Papier und kann das als Buch verkaufen, anstatt zu sehen, dass die Eigendynamik von Gesellschaften dazu führt, dass jeder und jede in einer konkreten Gegenwart handelt und die Handlungen eigentlich nicht zusammenpassen. **Wir haben es mit kollektiven Herausforderungen zu tun, aber die Gesellschaft ist kein Kollektiv.** Und ich richte das auch an die Adresse der professionellen Beschreiber*innen von Gesellschaft. Wenn ich an mein eigenes Fach denke, dann tun die Leute oft so, als seien wir ein Kollektiv. Als müssten wir endlich gemeinsam und aus einem Guss handeln. Als müssten wir die Leute darauf verpflichten, bestimmte Ziele zu erreichen und das Klimawandelproblem einfach lösen. Wir müssen nur den CO₂-Ausstoß senken. Das hört sich so einfach an, als würde man sagen, um zum Bahnhof zu kommen, muss ich mir hier für drei Euro eine Karte kaufen, damit ich mit der U-Bahn dahin fahren kann. Die Gesellschaft muss das aber in einer Form umsetzen, die politisch, ökonomisch, rechtlich, privatwirtschaftlich usw. funktioniert, und die spannende Frage ist: Wie macht man das?



4. Handlungsdruck und Handlungsmöglichkeiten

Nach so einer Diagnose sagt man gerne: Ihr müsst handeln! **Der Handlungsbegriff ist eine tragische Chiffre.** Dazu ein kurzer Blick in die Handlungstheorie. Keine Handlungstheorie bedeutet, Herr Wékel könnte jetzt tun, was er sich ausdenkt. Eine Handlungstheorie müsste aber immer sagen, dass fast alle Handlungen, die wir kennen, von Voraussetzungen abhängig sind, die der oder die Handelnde selbst nicht kontrollieren kann. Talcott Parsons sagt: Dass ich hier einen Vortrag halten kann, hängt vor allem davon ab, dass bei Ihnen in Ihren Persönlichkeitssystemen die Motivation da ist, den Vortrag zu hören. Selbst wenn Sie den Vortrag total unpassend fänden, hielten Sie bis zum Ende des Vortrags durch. Das sind die Voraussetzungen des Handelns. Das hat auch etwas Tragisches, weil die Leute immer auffordern zu handeln und dann feststellen, dass der Handlungsrahmen eigentlich viel entscheidender ist als das, was die Leute tun. Deshalb kann man Personen vielleicht leichter auswechseln als Handlungsrahmen. Das Ministeramt oder das Staatssekretärsamt ist dafür gemacht, dass man Leute auswechseln kann. Die Ministerien kann man nicht auswechseln, selbst wenn man alle Leute auswechselt.

Wie findet man eigentlich handelnd eine Lösung für Zielkonflikte?

Gibt es Orte, an denen die Voraussetzungen des Handelns zum Thema des Handelns werden? Ich glaube, dass gerade Stadtplanung und Organisationsplanung, weil es sich um einen konkreten Ort handelt, an dem die unterschiedlichen Denkart zusammenkommen, geradezu paradigmatisch dafür sein könnten, dass man diese Bedingungen des Handelns auch zum Thema macht. Wir sagen immer gerne: Hier müsste mehr in Ökonomie investiert werden, da sollten mehr Freizeitmöglichkeiten sein und hier müsste man sozial was machen. Immer wenn der Konjunktiv „müsste“ verwendet wird, dann läuft das meistens schon schief. Die interessante Frage ist, wie kann man das eigentlich hinkriegen, dass Rahmenbedingungen da sind, in denen die Anreize entstehen, dass die Leute das auch wirklich machen können? Das ist eine ganz andere Denkart, als sich diese einzelnen Projekte vorzustellen.

Das Problem ist, dass wir eine starke Versäulung von Handlungsmustern haben.

Die Akteure haben unterschiedliche Dinge gelernt. Wir nennen das in der Wissenschaft „Interdisziplinarität“, in der Gesellschaft nennen wir das „Differenzierung“. Die Differenzierung besteht im Prinzip darin, dass die Leute, die da handeln, wenn sie ein Quartier verbessern wollen, das nicht machen, um das Quartier zu verbessern, sondern um dort zu leben. Die spannende Frage ist, ob dabei rauskommt, dass das Quartier sich verbessert? Dann gibt es auch noch Leute, die handeln, um das Quartier zu verbessern, wie z. B. Stadtplaner, und die müssen auch nur ihre Probleme lösen nach ganz bestimmten Regeln. Die müssen z. B. identifizieren, wen man eigentlich überreden muss, um bestimmte Dinge zu tun. Die müssen sich die Frage stellen, wie man mit Ressortdifferenzen umgeht. Die müssen die Frage stellen, ob das lokalpolitisch durchsetzbar ist oder nicht, oder ob das mit

Programmen kollidiert. Manchmal sind da ja Programme wichtiger als das, was sie programmieren.

Dann ist die Frage: **Wo sind eigentlich die Orte des Austragens von Perspektivendifferenz?** Wir Wissenschaftler kriegen das ja schon kaum hin, zu reflektieren, dass die Differenzierung in unterschiedliche Fächer der Differenzierung der Gesellschaft entspricht. Auch dafür war die Pandemie ein wunderbares Beispiel. Ich saß in vielen Expertenrunden, zu denen nicht nur Virologen, sondern auch Juristen, Sozialwissenschaftler, Pädagogen usw. aus den unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft gehörten. Selbst die waren schon in den Reflexionstheorien kaum sprachfähig miteinander. Kann man eigentlich diese Form, die intern in der Wissenschaft vorkommt, zu einem wissenschaftlichen Thema machen?

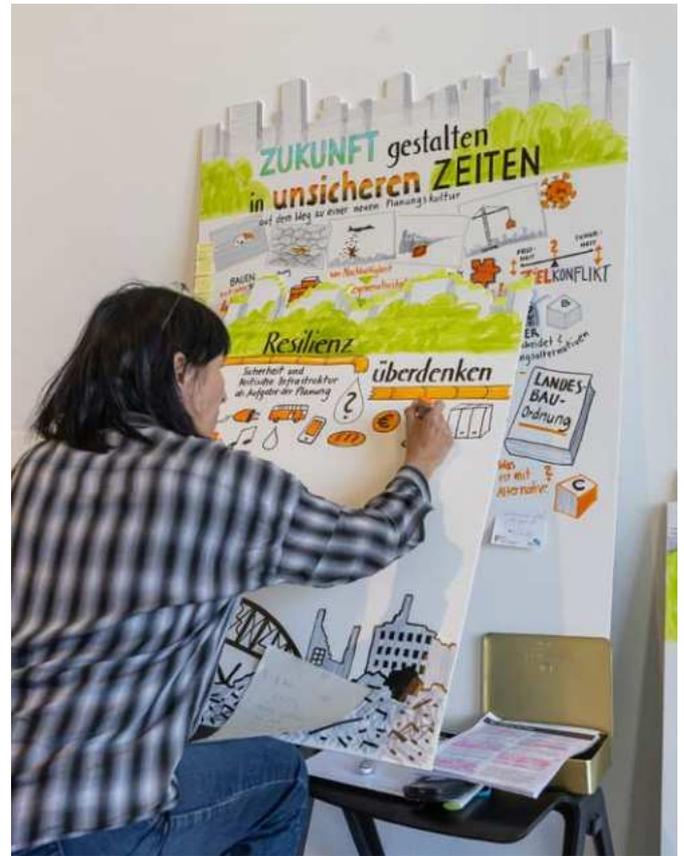
Wenn ich richtig verstanden habe, worum es Ihnen geht, geht es genau darum. Nicht die beste Planung zu machen, sondern die Frage zu stellen, welche unterschiedlichen Probleme gleichzeitig gelöst werden müssen, damit dabei etwas rauskommt. Vielleicht ist die Antwort gerade die **Urbanität als Metapher für das Zusammenspiel unterschiedlicher Logiken, Zielkonflikte und Steuerungsfragen.** Der Urbanitätsbegriff hat ja interessanterweise eine deskriptive und eine normative Komponente. Die normative Komponente ist: Erst in urbanen Strukturen sind wir in der Lage auszuhalten, dass andere Probleme lösen müssen oder dass wir sie in Ruhe lassen. Der wichtigste Parameter für Urbanität ist für mich, dass ich in eine U-Bahn steigen kann und mich nicht bei den Leuten, mit denen ich zusammen fahre, vorstellen muss. Das ist eine unglaubliche zivilisatorische Errungenschaft. Das ist gelebte Perspektivendifferenz. Auch dass ich weghören kann, wenn andere Mist erzählen. Das ist Urbanität als normativer Begriff, aber auch als deskriptiver Begriff heißt Urbanität aushalten zu können, dass unterschiedliche Akteurstypen unterschiedliche Dinge gleichzeitig tun, und das zu tolerieren. Toleranz ist ein problematischer Begriff, weil Toleranz bedeutet, ich muss nur tolerieren, was ich schlecht finde. Die Currywurst kann ich nur tolerieren, wenn ich eigentlich Currywurst für was Schreckliches halte. Ich als Schalker toleriere die BVB-Fans gerade so. Deshalb ist Toleranz vielleicht der falsche Begriff, sondern es geht um eine Form, sich nicht die Gesellschaft oder den Raum als vollständige Einheit vorstellen zu müssen, um ihrer Differenzierung gerecht zu werden. Das könnte, sollte, müsste das Systemische sein, über das man nachdenkt, also dass wir alle keine anderen Möglichkeiten haben, als mit den Ressourcen zu arbeiten, die uns konkret aktuell in Situationen zur Verfügung stehen. Es ist super, wenn man ein paar Stühle zusammenstellen kann und diese unterschiedlichen Perspektiven nebeneinander eben als unterschiedliche Perspektiven darstellt und der Moderator oder die Moderatorin am Ende nicht sagt, wir sollten jetzt kollektiv gemeinsam handeln.

Bemerkung: Dieser Text ist ein Transkript eines mündlich frei gehaltenen Vortrags und nur sehr sparsam bearbeitet.



Graphic Recording

Der 8. Hochschultag wurde wie bereits der vergangene Kongress zur Visualisierung von Inhalten und Ergebnissen durch ein Graphic Recording begleitet. Dabei handelt es sich um eine Methode der Erinnerung. Ihr spezifisches Feld ist die Verbindung von Lesen und Sehen, um das Gedächtnis zu stützen. Dazu mischen sich Mind Map, Infografik, Notizzettel, Comic, Graffiti und Typografie. Graphic Recording erfasst diese Struktur des Gesagten und sieht als Ergebnis entsprechend aus. Die Ordnung erfordert eine gewisse Kenntnis des Inhalts, ihre Strukturen sind vielfältig. In Feldern, Säulen und Clustern werden Inhalte durch Schriftbild, Farben etc. miteinander in Beziehung gebracht. Der Einsatz von (Comic-) Figuren eröffnet den Recorder*innen die Kommentierung der gesammelten Begriffe. Von Graphic Recorder*innen wird also auch ein gewisser Abstand zur Veranstaltung erwartet. Bei diesem Hochschultag stellte sich die besondere Herausforderung, dass ein Großteil der Veranstaltung nicht vor Ort stattfand, und so erprobte unsere Recorderin Katharina Kosak das Zusammenspiel klassischer und digitaler Instrumente. Die Ergebnisse sind im gesamten Ergebnisbericht zu sehen.



Zukunft gestalten in unsicheren Zeiten

Prof. Dr. Philipp Misselwitz,
Co-Geschäftsführer
Bauhaus Erde,
Potsdam

Video:
<https://youtu.be/I9DV5EnAEPQ>



In meinem Beitrag möchte ich mich mit drastischen Begriffen, gefährlichen Setzungen oder auch Utopien beschäftigen, die Prof. Nassehi vorangehend so brillant auch insbesondere in ihrer Gebundenheit analysiert hat. Ich bekenne mich allerdings als Planer und Architekt zu dieser bounded rationality und fühle mich in gewisser Weise zu einer Gegenrede aufgefordert. Im Angesicht der Krise des Anthropozäns wäre es unverantwortlich, etwas nicht zu fragen: Was muss getan werden? Welche Denkfiguren können uns motivieren? Wie können wir diese sehr kritische Verantwortung, die wir als Planer*innen haben, auch wahrnehmen und damit – auch mit einer gewissen Naivität und vielleicht Zweckoptimismus – in der Krisenbewältigung aktiv werden?

Business as usual?

Seit anderthalb Jahren leite ich das Bauhaus Erde – eine interdisziplinäre Gruppe, begründet von Klimaforscher Hans-Joachim Schellnhuber, die sich der Forcierung einer globalen Bauwende verschrieben hat, um die Klimakrise zu bekämpfen. Zum Krisen- oder Unsicherheitsbegriff, der den roten Faden für die Konferenz darstellt, habe

ich gedacht: Wir sind permanent im Krisenmodus. Das verursacht Verunsicherung. Gleichzeitig aber gibt es auch eine relative Klarheit vor allem beim Klima, wenn man wie Klimaforscher*innen auf die gebaute Umwelt schaut, womit wir es eigentlich zu tun haben, und was die Konturen dieser Krise sind. Zu Beginn deshalb ein Blick auf vielleicht schon bekannte Zahlen, die trotzdem im Rahmen des Hochschultags am Anfang nochmal vergegenwärtigt werden müssen. 40 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen entstehen im Bauen. Ohne eine drastische Veränderung werden wir den Klimawandel nicht in den Griff bekommen. Mit einem business as usual und fehlenden politischen Commitments auf globaler Ebene laufen wir Gefahr, in den Bereich der Konzentrationen zu kommen, in dem unsere Zivilisation nicht überleben kann, zumindest nicht in einer Form, in der wir sicher und gut leben können.

Kürzlich wurde ein sehr spannender Report der University of Exeter zusammen mit dem Potsdamer Institut für Klimaforschung veröffentlicht, der verdeutlicht, wie dramatisch sich diese Art von

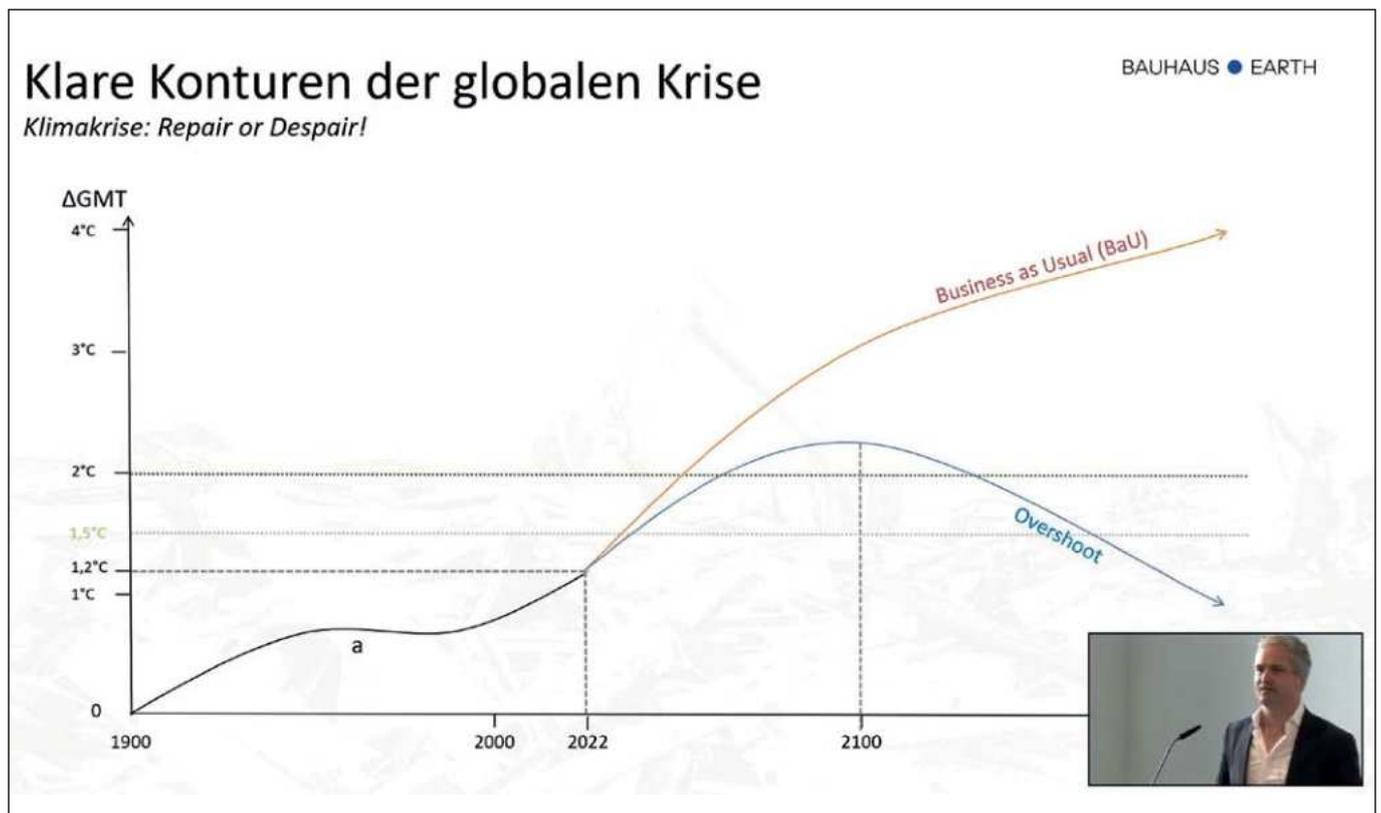


Abb. 1 Klare Konturen der globalen Krise (Screenshot aus dem Stream © Prof. Dr. Philipp Misselwitz)

erhöhter CO₂-Konzentration auf Lebensräume der Welt auswirken wird. Bis zu einer Milliarde Menschen werden möglicherweise nicht mehr im lebhaften Threshold überleben können. Das führt wiederum zum typischen Cocktail von Krisen, die wir jetzt schon erleben: Migrationsströme, Konflikte usw. Gleichzeitig befinden wir uns in einer unglaublichen Urbanisierungswelle, die der Planet so noch nicht erlebt hat. Vor allem in Subsahara-Afrika oder in Südostasien, also gerade in den Regionen, wo auch der Klimastress am größten ist.

Humanität und planetare Grenzen

Das ist die Ausgangssituation. Nun sind wir in der Pflicht. Die Art, wie wir bauen, ist entscheidend für die Zukunft und somit haben wir eine kritische Verantwortung als Expert*innen für die gebaute Umwelt, sehr offensiv und klar Alternativen zu erdenken, diese anzubieten und sie nach vorne zu bringen, trotz aller Schwierigkeiten, Pfadabhängigkeiten und eigener Gebundenheit, der wir natürlich nicht entkommen können. Die 40 Prozent THG entstehen durch die Materialgewinnung, -handhabung und den -transport sowie die Verarbeitung und Herstellung, aber auch natürlich durch die Errichtung, Erhaltung, den Abriss und die Entsorgung von Gebäuden, Quartieren, Stadtssystemen und Infrastrukturen.

Insbesondere als Planer und Architekt glaube ich fest an die Bedeutung und Wichtigkeit von Utopien als Erklärungsmodellen und Kompass für mögliche bessere Zukünfte. In Bezug auf unser Zusammenleben finde ich zum Beispiel das Modell der sogenannten Doughnut Economics von Kate Raworth (Abb. 2)

besonders erkenntnisreich. Das hat nichts mit dem mit dem Doughnut-Effekt zu tun, den wir als Stadtplaner*innen als Suburbanisierungsproblem verstehen, sondern es bezieht sich auf die Frage, was es denn bedeutet, unsere Ziele, also ein menschenwürdiges, solidarisches, gemeinwohlorientiertes Zusammenleben nicht aufzugeben und trotzdem die planetaren Grenzen zu respektieren. Darstellung und Grafik in Form eines Doughnuts sind einprägsam und hilfreich. Wir haben im äußeren Ring die sogenannten Overshoots, die den Versuch symbolisieren, die planetaren Grenzen zu definieren: die Ozonkonzentration, Luftverschmutzungen, den Biodiversitätsverlust oder die Begrenztheit der Biomasse, die wir jetzt schon zur Hälfte ausgetauscht haben mit anthropozänem Material. Dem gegenüber sind im inneren Kreis die sozialen Fundamente dargestellt, die zu stärken sind. Der Zwischenraum stellt den Doughnut dar – den Sweet Spot zwischen planetaren Grenzen und dem Versuch, die Fundamente unseres Zusammenlebens zu stärken. In dieser vereinfachten Metapher steckt eine unheimliche utopische Kraft und ich versuche, das Modell im Folgenden auf die Planung anzuwenden.

Von Nachhaltigkeit zu Regenerativität

Wir sind an einem Punkt angekommen, wo klar ist, dass die bisherige Nachhaltigkeitsdiskussion ins Leere gelaufen ist, und an dem wir deutlich über die planetaren Grenzen hinaus leben. Es kommt jetzt darauf an, und das ist für uns am Bauhaus Erde besonders wichtig, dass wir die natürlichen Systeme unseres Planeten reparieren müssen. Wir müssen die gebaute Umwelt als einen möglichen Hebel verstehen.

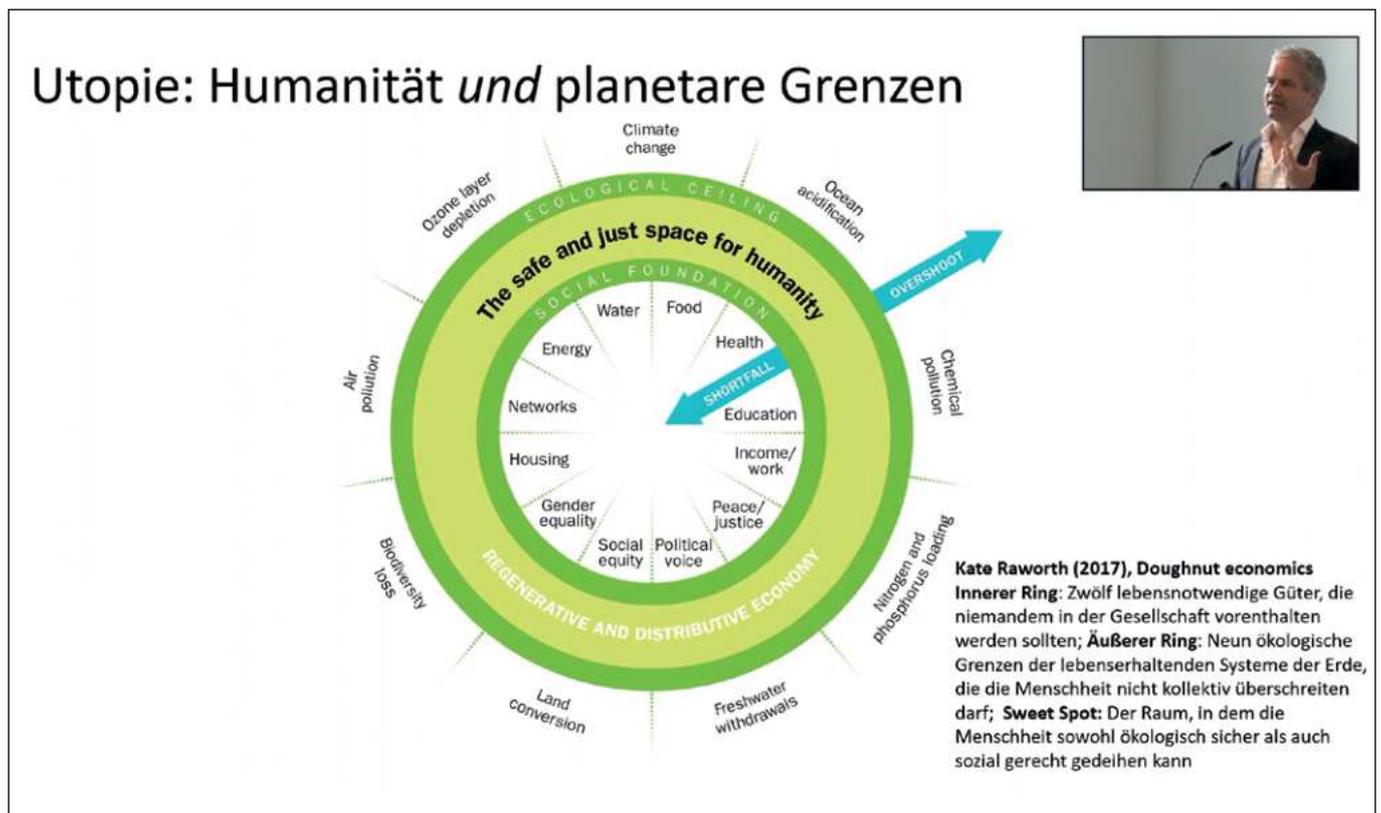
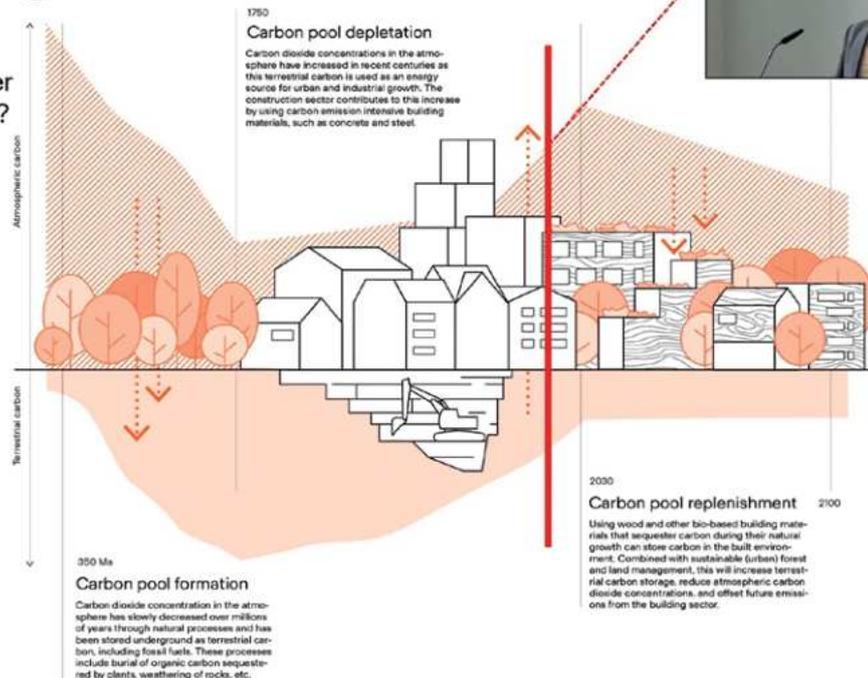


Abb. 2 Utopie: Humanität und planetare Grenzen (Screenshot aus dem Stream © Prof. Dr. Philipp Misselwitz)

Bauwende zur Regenerativität?

Transformation der gebauten Umwelt von Hauptklimazerstörer zur klimaheilenden CO₂ Senke?



Quelle: Studio Mule für Bauhaus Erde

Abb. 3 Bauwende zur Regenerativität (Screenshot aus dem Stream © Prof. Dr. Philipp Misselwitz)

Wie kann das funktionieren? In den letzten 350 Milliarden Jahren wurde die sehr hohe CO₂-Konzentration der Erde durch natürliche Sequestrierungsprozesse so gesenkt (Abb. 3), dass sie lebbar wurde. Daraus entstand ein CO₂-Pool im Boden vor allem aus fossilen Materialien, den wir jetzt innerhalb der gerade einmal 250-jährigen Industrialisierung in einem kritischen Maße aufgebraucht und in die Atmosphäre zurückgepustet haben. Das Bauen zu dekarbonisieren, reicht nicht mehr. Wir müssen aus dem größten Zerstörer der planetaren Systeme einen möglichen Heiler machen. Das ist die Utopie, die sich hinter dem Begriff „Regenerative Gebaute Umwelt“ verbirgt.

Diesen Begriff möchte ich mit ein paar weiteren Denkfiguren und Suchbegriffen untermauern, die auch als Arenen zur Entwicklung einer neuen Planungskultur verstanden werden könnten. Wir haben es dabei meiner Ansicht nach mit drei Maßstäblichkeiten zu tun, die auch nicht notwendigerweise neu sind, aber vielleicht ganz neu gedacht werden müssen: (1) Die Materialität und die Architektur des Bauens: Wie können wir den nach wie vor hohen Materialbedarf für Umbau und Neubau global decken? (2) Orte des Zusammenlebens: Hier sind für mich urbane und rurale Quartiere und Siedlungszusammenhänge wichtig als Arenen, in denen sich unsere Lebensstile und Art des Miteinanders neu konstituieren können. (3) Die polyzentrischen, regenerativen Stadtregionen bzw. Stadt-Land-Systeme als Denk- und Handlungsraum für die Neuorganisation von Ressourcenströmen hin zu Zirkularität und Suffizienz. Im Folgenden möchte ich auf diese drei Handlungsmaßstäbe genauer eingehen:

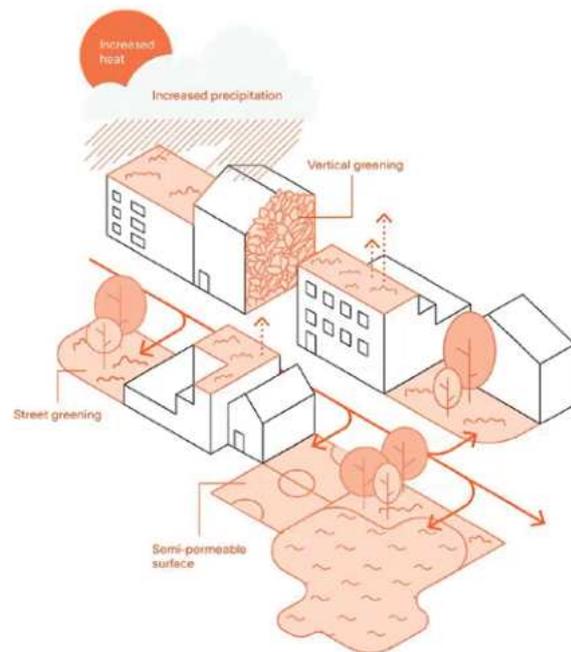
Das Ende der billigen Natur: Synergetische Co-Reparatur von Stadt und Land

Wie schaffen wir den Wandel von der extraktiven, ihre natürliche Umgebung buchstäblich aussaugenden und somit zerstörenden Stadt des Anthropozäns zu einer regenerativen Stadt-Land-Region? Der Begriff Regenerativität kann hier als Heilungsprozess gedacht werden, sowohl für die geschwächten, unter Klimastress befindlichen, biodiversitätsarmen Landschaften, als auch die Städte. Aus dem derzeitiger eher tragischen und zerstörerischen Zusammenspiel muss ein synergetisches Zusammenspiel werden. Der Planung kommt hier eine entscheidende Rolle zu, in dem sie den Raum räumlich-territorial denken kann, aber auch wichtige Impulse für neue Rahmenbedingungen für Regulatorik und politische Steuerung geben kann. Es geht letztlich darum, wie durch innovative Planungsansätze und effektive, akteursorientierte Governance die regionalen Stadt-Land-Verflechtungen bespielt werden können. Die Themen sind hierbei vielfältig und reichen von nachhaltiger Mobilität bis zum Ressourcenhaushalt (Energie, Wasser, Ernährung). Beim Bauhaus Erde fragen wir uns vor allem nach der Steuerung zirkulärer und klimagerechter Wertschöpfungsketten für bio- und geobasierte Bauprodukte, die wir für Um- und Nachrüstung unserer Städte brauchen und die durch ihre Möglichkeit, nicht nur weniger CO₂ zu verursachen, sondern auch CO₂ einzulagern, besonders „heilend“ wirken können.

Wir wissen, wie die derzeitigen administrativen Grenzen von Städten diese systemischen Zusammenhänge ausblenden. Ein Negativbeispiel ist für mich immer die ungenügende Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburg. Stellen wir uns einmal

2. Regenerative Quartiere

- Integrierte, gemischte und inklusive Nachbarschaften
- Kurze Wege
- Klimapositive Bilanz
- Geschlossene Ressourcenkreisläufe
- Gemeinwohlorientierte Grundinfrastrukturen
- Urbanität, Diversität, Eigenart



Quelle: Studio Mule für Bauhaus Erde

Abb. 4 Regenerative Quartiere (Screenshot aus dem Stream © Prof. Dr. Philipp Misselwitz)

vor, wir versuchen in Zukunft den nahezu kompletten Materialbedarf des Berliner Siedlungssterns im ländlichen Umland zu generieren. Somit würden die Landschaften, die die Städte umgeben, quasi zu verräumlichten planetaren Grenzen, in den wir überleben müssen. Hier müssen wir den räumlichen Fußabdruck eines regionalen Ressourcenkanons, aus dem unsere Städte in Zukunft gebaut und umgebaut werden müssen, unterbringen, sodass es die natürlichen Systeme stärkt und nicht noch weiter zerstört. Durch inklusive, nachhaltige Wertschöpfungsketten zum Beispiel für regionales Holz aus Mischwäldern, Biomasse aus wiedervernässten Mooren oder landwirtschaftlichen Abfällen kann eine ökonomische Basis für die Reparatur der geschwächten Biosphäre und der bestehenden Siedlungsräume entwickelt werden. Auch hier lassen sich Klimaeffekte erzeugen, indem wir die CO₂-Zirkulation aus Sequestrierungen, aus Vermeidung und Einlagerungspotenzialen neu denken. Das erforschen wir im Bauhaus Erde, also unsere Ressourcen als Materialkanon zu verstehen, mit dem wir unsere Städte bauen.

Regenerative Quartiere und Gebäude

Der Klimastress und Transformationsdruck wird die ohnehin komplexen Flächen- und Nutzungskonkurrenzen in innerstädtischen Lagen nochmals verschärfen. Aber aufgrund unseres reichen Erfahrungsschatzes mit der Organisation von Teilhabe, Aushandlung und integrierter Quartiersentwicklung sollten Regenerative Quartiere für uns in diesem Raum eigentlich ein Heimspiel sein. Wir wissen, wie und mit welchen Möglichkeiten wir dort natürliche und menschliche Prozesse zusammen denken können. Es gibt viele Beispiele, wo das schon passiert,

so der Prinz-Eugen-Park in München (Abb. 4). Auf die Maßstäblichkeit der einzelnen Gebäude blickend, müssen zirkuläre und klimapositive Prozesse unter Einbezug des regionalen Ressourcenkanons im Bauen entwickelt werden. Das sind große Herausforderungen, vor denen wir stehen. Weg von der linearen Denkweise, hin zum Ressourcenkreislauf in der Stadt, und dafür gibt es kein besseres Beispiel als das KINDL-Areal selbst, in dem wir uns befinden.

Wie kommen Denkbegriffe wie Regenerativität in der gebauten Umwelt in den Planungsalltag? Der Alltag in den Amtsstuben und Büros kommt schon jetzt oft einer kompletten Überforderung gleich. Resignation macht sich breit, weil Städte sich allein gelassen fühlen mit der großen Last der Zielsetzungen. Auf der globalen Ebene, der EU-Ebene, auch der nationalen Ebene und oft noch ergänzt durch die Länderebenen werden Ziele für die Kommunen formuliert, die rational betrachtet überhaupt nicht erreichbar sind, weil weder die finanziellen noch die personellen Ressourcen in den Städten und öffentlichen Verwaltungen ausreichen. Vielerorts ist die Hälfte der Stellen unbesetzt. Dazu kommen Regeldichte, inadäquate Instrumente, Sektorkonkurrenzen und vor allem fehlende Zeit. Diese äußert sich in einer hohen Dichte von Agenden, Zielvorstellungen oder „Wendenarrativen“ (Bauwende, Energiewende, Materialwende, KI-Wende, Landwende, Bodenwende, Agrarwende, Ausbildungswende). Am Ende überwiegt dann doch wieder das tradierte, eingefahrene Denk- und Handlungsmuster und wir tauchen sozusagen unter den neuen Anforderungen hindurch und bleiben beim Alten.



Parallel dazu macht die Zivilgesellschaft Druck, u. a. durch Protestbewegungen wie die Letzte Generation, aber auch andere Formen der negativen sozialen Polarisierung (AfD). Am Beispiel von Stuttgart lässt sich sehen, wie unmöglich dieser Zeitplan, vor dem wir stehen, erscheint. Der auf Stuttgart runtergebrochene Zeithorizont der Einhegung der gebauten Umwelt in die planetaren Grenzen liegt bei 2029. Die Legislatur des amtierenden Oberbürgermeisters ist eigentlich so gestaltet, dass am Ende die gebaute Umwelt komplett umgestaltet sein müsste. Die Stadt hat sich zwar mutig dazu bekannt, bis 2035 klimaneutral zu sein, aber alleine schon die Genehmigung einer Photovoltaikanlage dauert anderthalb Jahre. Wir sind gerade in so einem Moment, in dem uns vor allem der unglaubliche Zeitdruck in schiere Panik versetzen müsste. Eigentlich müssten wir sofort raus, an unseren Arbeitsplatz zurück und mit der Transformation beginnen.

Status quo: Planung vs. Krisenmanagement

Ich möchte jedoch mit einer etwas positiveren Schlussbemerkung enden. Meiner Ansicht nach stellt sich das Dilemma, das zugleich auch eine Chance ist, gegenwärtig so dar: Einerseits glauben wir immer noch an das Gestaltungsmoment, an das Fenster, das noch etwas geöffnet ist, in dem wir die große Transformation irgendwie geordnet mit Kreativität und von der Gesellschaft mitgetragen und mit unseren bestehenden Instrumenten gestalten können. Doch diese Denkweise setzt quasi das Erbe der Moderne fort: den Glauben an die Planbarkeit der Zukunft. Leider ist das Zeitfenster dafür eigentlich nicht mehr da. Planung ist viel zu langsam, zu verstrickt, zu versäult, mit zu vielen Zielkonflikten und Schutzansprüchen verheddert, dass wir hier nur immer nur kleine Schritte, kleine Lichtblicke und kleine Vorwärtsbewegungen registrieren können. Der große Wurf, die große Transformation ist das irgendwie nicht.

Parallel zur regulären, strukturierten Planung haben wir ein negativ konnotiertes Krisenmanagement, das als unzureichend und kurzlebig gilt. Allerdings wird uns auch aus der Erfahrung der letzten Jahre zunehmend klar, dass Krisen wie Corona, die Flüchtlingskrise, der Klimawandel usw. auch das Potenzial haben, spontan, kreativ und unerwartet solidarisch neue Handlungspraktiken und Lösungsansätze zu erzeugen. Weder das eine noch das andere – weder strukturierte Planung allein noch reines Krisenmanagement – wird für die Transformation ausreichen. Aber wir müssen uns gar nicht zwischen A und B entscheiden. Vielleicht ist die Lösung eben die Verbindung dieser unterschiedlichen Planungsmodi, die wir jetzt erlebt haben. Soll heißen, in den Fokus müsste die Nutzung des kreativen Potenzials der Krisen, ohne dabei den Anspruch einer Langzeitstrategie für die Transformation aufzugeben, die meiner Ansicht nach in der konsequenten Verfolgung der Vision einer regenerativen Stadt liegen müsste. Wir enden also eigentlich mit einer Form des strategischen Inkrementalismus: Einerseits muss die Planung eine gewisse Informalisierung, Flexibilisierung, Vereinfachung und Beschleunigung durchlaufen. Dabei müssen wir uns von einigen Ansprüchen verabschieden. Andererseits täten wir gut daran, das Krisenmanagement etwas strukturierter und strategischer anzugehen und zu verstetigen, und auch aus experimentellen Handlungsansätzen zu lernen und diese in Planungspraxis zu überführen. Ich glaube, es gibt keinen fantastischeren Beruf als Planer*in und Stadtentwickler*in, insbesondere auch für die zukünftige Generation. Doch wir sind nicht allein: Wir sollten ein Stück weit auf Urbanität und in die Stadtentwicklung als eine ko-produktive Praxis ganz unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen vertrauen. Oft ist die urbane Gesellschaft schlauer als wir Planer. Und vor allem ist es wichtig, den Mut zu zeigen, in Dialogprozesse mit klaren praktischen Utopien einzutreten, neue Narrative zu formulieren und diese Transformation aktiv anzugehen.



Unsichere Zeiten und Planung – die lokale Perspektive

Gabriele Nießen,
*Staatsrätin bei der
Senatorin für Klima-
schutz, Umwelt, Mobi-
lität, Stadtentwicklung
und Wohnungsbau der
Hansestadt Bremen*

Video:

[https://youtu.be/
4nBzmqrFKbA](https://youtu.be/4nBzmqrFKbA)



Stadtentwicklung, Planung und Bauen bedeuten Vordenken, Entscheiden und Umsetzen. Dabei suchen und finden wir gemeinsam gute Lösungen, wie wir das Wohnen und Arbeiten, das Zusammenleben in Bremen von morgen gestalten und welches Gesicht wir der Stadt geben. Die Herausforderungen und Erwartungen sind in der aktuellen Situation und Perspektive vielschichtig und fordernd.

Das Planen und Bauen in unseren Städten verändert sich gravierend und wird zukünftig mehr als je zuvor von den Herausforderungen an den sozialen Zusammenhalt, dem fortschreitenden Klimawandel, der Notwendigkeit der Treibhausgasneutralität, der Digitalisierung, aber auch der Ressourcenknappheit und den Bedingungen auf dem globalen und lokalen Markt in seinen Auswirkungen auf die Bauwirtschaft geprägt sein.

Bestehende Herausforderungen wie den demografischen Wandel gilt es weiterhin zu berücksichtigen. Neben dem Neu- und Umbau rückt die zukunftsfähige Gebäudebestandsentwicklung und -ergänzung in unseren Städten in den Fokus. Bremen setzt deshalb weiter auf eine konsequente Innenentwicklung.

Den Bestand in den Quartieren sozial- und klimaverträglich umzubauen, sodass eine Bewältigung der Wohnungsfragen sowie eine Anpassung an die lokalen Folgen des Klimawandels stattfindet und unsere Städte lebenswert und zukunftsfähig bleiben, wird jetzt die Herkulesaufgabe sein.

Bezahlbare Mieten und ein „gutes Wohnen“ als Grundlage für sozial gerechte Lebensverhältnisse zu ermöglichen, ist mir ein ganz persönliches Anliegen. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum und wir brauchen Wohnraum, der anschlussfähig an eine dekarbonisierte Wärme- und Energieversorgung ist. Die derzeitigen Rahmenbedingungen machen diese Aufgabe extrem herausfordernd – aber nicht unmöglich. Davon bin ich überzeugt.

Es braucht eine Gesamtstrategie im Verbund: koordinierte Förderung, Vereinfachung behördlicher Planungs- und Genehmigungsprozesse und Anforderungen, die Nutzung bodenpolitischer Instrumente

bis hin zur Konzeptvergabe, eine Entlastung durch zielgruppenspezifische Wohnungsangebote, eine schnelle und belastbare kommunale Wärmeplanung, Verlässlichkeit in Kommunikation und Planung und eine enge Kooperation auf Landes- und Bundesebene mit der Wohnungswirtschaft und allen an der Planung, am Bau und an der Vermietung von Bauten Beteiligten. Es gibt nicht den einen Hebel, den es umzulegen gilt. Wir müssen alle gemeinsam umdenken und anpacken.

Wo stehen wir in Bremen?

Bremen hat mit dem 2020 beschlossenen Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030 eine strategische Grundlage für den Wohnungsbau und das Wohnungswesen geschaffen. Darin wird Wohnungspolitik als Teil einer integrierten Stadtentwicklung verstanden. Der STEP Wohnen ist bewusst darauf angelegt, auf sich verändernde Rahmenbedingungen im Wohnungsbau flexibel zu reagieren. Dafür bietet er mit seinen fünf Handlungsfeldern als Rahmen für Instrumente und Maßnahmen das geeignete Handwerkszeug.

Zusammen mit der Bremer Aufbaubank wird ein neues Wohnraumförderprogramm aufgelegt, das sich eng an den Förderungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz orientiert. Zudem wollen wir die guten Erfahrungen verstetigen, die wir im Bereich der Verknüpfung von Wohnraumförderung und Städtebauförderung gemacht haben.

Neben der Förderung bedarf es aber auch weiterer Elemente. Das Thema der kommunalen Wärmeplanung und der zukünftigen Energieversorgung ist für die Wirtschaftlichkeit und die Realisierung bezahlbaren Wohnens ebenso von Bedeutung. Daher setze ich mich ausdrücklich für eine verlässliche kommunale Wärmeplanung sowie für eine unbürokratische finanzielle Unterstützung durch den Bund ein.

Ein weiteres zentrales Element sind die Genehmigungsverfahren und die Baunormen. Auf Bundesebene müssen eine Novelle des Baugesetzbuches und die Überarbeitung der Musterbauordnung zügig vorangetrieben werden und vor allem das Bauen



deutlich vereinfachen. Auf Landesebene hier in Bremen werden wir noch in diesem Jahr eine große Novellierung der Landesbauordnung angehen und dabei alle Möglichkeiten ausnutzen, um das Bauen im Land Bremen einfacher, schneller und wirtschaftlicher zu machen.

Ja, das Bauen muss einfacher werden. Es darf aber nicht an grundlegender sozial-räumlicher, bautechnischer und architektonischer Qualität verlieren. Hier haben wir alle gemeinsam eine besondere Verantwortung für nachhaltige Bauten und Stadträume in unseren beiden Städten, die wir den nächsten Generationen für ein gutes Leben überlassen können.

Neue Quartiere und Gebäude in der Stadtgemeinde Bremen sollen so geplant und gebaut werden, dass sie zu den Bremer Klimaschutzziele beitragen und gleichzeitig an die Klimawandelfolgen angepasst sind. Der vom Senat beschlossene „Bremer Standard“ umfasst die Themen „Sparsamer und effizienter Flächenverbrauch“, „Gemischte Flächenfunktionen“, „Mobilitätsmanagement“, „Solar auf baulichen Anlagen“, „Klimaanpassung“ (inkl. Regenwassermanagement, Grünflächen und Gründächer), „Energetische Standards“, „Erneuerbare Wärmequellen“ und „Baustoffe und Bauweisen mit reduzierter CO₂-Last“.

Ein weiterer Handlungsrahmen ist die gemeinsam vom Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsressort getragene Strategie zur „Entwicklung von neuen Orten der produktiven Stadt“. Anders als beim Stadtentwicklungsplan Wohnen ist diese Strategie sektorübergreifend und wurde von allen Ressorts im Land Bremen gemeinsam entwickelt. Die Zielstellungen bauen auf der Neuen

Leipzig-Charta 2020 auf und ermöglichen Arbeiten und Wohnen verträglich in unmittelbarer Nähe. Im Land Bremen haben wir bereits mehrere Projekte im Sinne der Strategie zu den neuen Orten der produktiven Stadt auf den Weg gebracht. Im Fokus stehen hier vor allem die großen Transformationsstandorte, die bisher industriell, gewerblich oder infrastrukturell genutzt wurden.

Fazit

Zukünftiges Bauen erfordert eine soziale und klimagerechte Stadt- und Wohnungsbaupolitik. Wir brauchen Strategien und Strukturen für eine robuste Gestaltung unserer Städte und Gemeinden. Zudem müssen wir den Fokus auf die Qualifizierung unseres Gebäudebestandes legen. Dazu braucht es eine Umbauordnung, eine konsequente Umsetzung der Musterbauordnung und ebenso die Anpassung von Landesbauordnungen. Alle Themenbereiche, die ich hier skizziert habe, stehen aktuell auf der politischen Agenda des Planens und Bauens in Bremen und werden weiter vorangetrieben: die Vereinfachung der Landesbauordnung, Vorschläge für eine Umbauordnung, weiterhin die Konzeptvergaben, die Sicherung der Baukultur für öffentliche und private Bauvorhaben unter den veränderten Rahmenbedingungen, die Umsetzung des „Bremer Standards“ für klimaverträgliche Quartiere und die Digitalisierung der Baugenehmigungsverfahren. Auch das Thema Fachkräftemangel in den planenden und bauenden Berufen gehört dazu – alles „Dickschiffe“ im Zusammenwirken von Politik, Bauverwaltung und Bauwirtschaft.

Dafür brauchen wir eine klare Haltung in Politik und Gesellschaft, damit wir hier gemeinsam unsere Planung auch in unsicheren Zeiten auf einen guten Weg bringen können.

Planen in unsicheren Zeiten – Podiumsdiskussion

Moderation:

Prof. Dr. Detlef Kurth,
RPTU Kaiserslautern

Prof. Dr. Armin Nassehi,
Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Philipp Misselwitz,
Co-Geschäftsführer Bauhaus Erde, Potsdam

Gabriele Nießen,
Staatsrätin bei der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau der Hansestadt Bremen

Benedikt Schroeter,
TU Berlin

Video:

<https://youtu.be/eEUGlckDR0Y>



Detlef Kurth:

Ich freue mich sehr, dass der 8. Hochschultag in dieser Kontinuität stattfinden kann, trotz Corona und über alle Krisen hinweg. Ein großer Dank geht an dieser Stelle an das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen sowie an die Hochschulvertreter*innen der Vorbereitungsgruppe, wo wir auch mit einigen Unsicherheiten zu kämpfen hatten. Wir befinden uns im Kontext der Neuen Leipzig-Charta 2020, die ja schon mehrfach angesprochen wurde und deren Umsetzung in Deutschland in kommunaler Hoheit liegt. Trotzdem besteht hier auch der Anspruch, eine Nationale Stadtentwicklungspolitik zu formulieren.

Sowohl die neue als auch die alte Leipzig-Charta formulieren zudem die „Europäische Stadt“ nicht nur als ein bauliches und historisches Modell, sondern auch als ein Modell des Zusammenlebens in Europa mit frei zugänglichen öffentlichen Räumen und somit als demokratische Stadt. Die Europäische Stadt ist auch als ein soziales Lebensmodell, einschließlich des Aushaltens von Differenzen in der Umsetzung von Emanzipationsversprechen, wie es schon Walter Siebel immer wieder betont hat. Diese Vielschichtigkeit, nicht nur im baulichen Sinne, sondern eben auch als soziales und ökonomisches Modell, existierte in den letzten 30 Jahren in Europa relativ friedlich. Aber das Modell der Europäischen Stadt steht jetzt massiv unter Druck, nicht zuletzt aufgrund des brutalen Angriffskriegs von Russland gegen die Ukraine, der sich u. a. auch gegen die gerade genannten Werte richtet.

Wir freuen uns, auf dem Podium Fachleute aus unterschiedlichen Disziplinen begrüßen zu können: Prof. Nassehi als Soziologen, der neben der Forschung auch als Politikberater sehr profiliert ist, den Architekten Prof. Misselwitz, der sich in die Stadtplanung vertieft hat, und Frau Nießen als Raumplanerin und Staatsrätin in Bremen. Außerdem begrüßen wir den angehenden Stadtplaner Benedikt Schroeter von der TU Berlin. Er ist Mitglied im Bundesfachschaftsrat der Studierenden und vertritt somit die junge Generation und den fachlichen Nachwuchs. Er ist Mitverfasser der Thesen *planners for future*, die im Rahmen des 7. Hochschultags veröffentlicht wurden, und ist aktives Mitglied im Planungsverband Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL). Ich möchte ihn um einleitende Worte aus der „jungen Perspektive“ bitten.

Benedikt Schroeter:

Die einleitenden Beiträge der anderen Podiumsgäste fand ich sehr interessant, und ich möchte mich dafür bedanken. Mich hat sehr gefreut, dass der Fokus stark auf das Thema des Handelns gelegt wurde, weil wir meiner Meinung nach keine neuen Ziele oder Strategien benötigen, sondern ganz konkret in die Umsetzung kommen müssen. Was sind da eigentlich die Hürden, die im Weg stehen? Liegt es an Instrumenten oder an Strukturen? Ich denke, wir sind an einem Punkt, wo wir schon alles wissen, was zu tun ist. Es gibt genügend Good-Practice-Beispiele. Es gibt genügend Ansätze. Wir müssen einfach flächendeckend in die Umsetzung kommen.





Detlef Kurth:

Es gab ja in eurem *planners for future*-Statement die zentrale Frage: Wie kommen wir in das Handeln, gerade in Hinblick auf den Klimawandel? Wie kann ich es beschleunigen? Sollte das Thema Klima auch in der Abwägung künftig Vorrang erhalten?

Benedikt Schroeter:

Wir hatten uns dafür ausgesprochen, grundlegend zu prüfen, was wir in den Planungsprozessen und auch im Planungsrecht beibehalten sollten, und welche Instrumente wir tatsächlich brauchen, um stärker einzugreifen, aber eben auch, welche Instrumente vielleicht gar nicht mehr notwendig sind. Dabei geht es vor allem um das Thema Boden – für z. B. Resilienz, soziale Gleichheit, Klimaschutz und -anpassung muss der Boden für Planung verfügbar sein. Deswegen ist es hier auch sehr zentral, dass die Kommunen wieder verstärkt Einfluss auf ihren Boden erhalten.

Wichtig ist außerdem das Thema der Beteiligung. Prinzipiell ist Beteiligung immer wichtig, aber eventuell besteht auch die Möglichkeit, bei bestimmten Prozessen mehr zu beteiligen, und anderswo weniger, um die Transformation effektiver zu gestalten.

In erster Linie müssen wir es hinbekommen, die Gesellschaft und die Verwaltung auf diesem Weg mitzunehmen. Ich stelle mir da die Frage: Wie können wir eine vermeintlich utopische Planung oder Architektur so gestalten, dass sie für die Gesellschaft auch verständlich ist, dass nicht diese große Angst vor der großen Transformation entsteht, sondern die Menschen diese als Chance für eine bessere Zukunft begreifen?

Detlef Kurth:

Da möchte ich gleich zu Herrn Nassehi überleiten, denn Sie hatten ja betont, dass die Unsicherheit bei jeder Entscheidung mitschwingt, auch bei uns in der Planung. Die Frage ist, ob nicht auch immer die Krise mitschwingt. Eine Frage zum Thema der Zukunftsgestaltung. Sie sagten: „Entscheidung in der Gegenwart für eine unsichere Zukunft.“ Planer*innen nehmen für sich oft in Anspruch, Zukunft gestalten zu können, auch mit Utopien. Können Sie sich mit dem Gedanken anfreunden, mit Utopien über die Zukunft nachzudenken, oder sehen Sie doch Gefahren darin?

Armin Nassehi:

Ich kann mich damit sehr gut anfreunden. Ich würde auch überhaupt keine Widersprüche formulieren zu den anderen Beiträgen. Ich würde aber in einem Satz sehr stark widersprechen, nämlich dass wir alles wissen würden. Das ist nicht der Fall. Wir wissen fast alles darüber, wie die Entwicklungen der CO₂-Emissionen sind, was daraus folgt und vielleicht sogar, wie man darauf reagieren kann, aber dann neutralisieren wir das Thema mit dem Satz: „Jetzt müssen wir das nur noch umsetzen.“ Ich glaube, dass man das ernster nehmen muss.

Worauf es mir ankommt, ist die empirische Frage: Was heißt denn das eigentlich, das dann umzusetzen? Heißt es, die Überzeugung einem Publikum klarer zu machen? Wir haben zurzeit eine Diskussion über das Gebäude-Energiegesetz. Das ist eine relativ kleine Geschichte, an der eine Menge hängt. Ob das jetzt handwerklich richtig ist oder nicht, darüber kann man ja diskutieren. Aber die Überzeugungen des Publikums



ändern sich, wenn man allgemein nach dem Klimawandel fragt, dann sagen sie ja. Wenn sie das in ihrem eigenen Keller bearbeiten müssen, dann sagen sie nein. Dann gibt es auch entsprechende Kampagnen der Presse, die jedoch nur funktionieren, wenn es dafür einen Resonanzboden in der Gesellschaft gibt. Das Interessante ist doch, dass wir offensichtlich relativ wenig darüber wissen, wie diese Umsetzung dann eigentlich passiert.

Das große Problem – auch auf diesem Podium – ist: Wir predigen zu den Gläubigen. Aber für einen Großteil der Bevölkerung sind andere Fragen wichtiger. Wie funktioniert dann eine solche Transformation? Das ist für mich eine wirklich empirische Frage, für die ich auch keine Antwort habe. Ich glaube, dass wir darüber viel weniger wissen als über die Gefahren, die hier formuliert wurden. Frau Nießen hat das wunderbar dargestellt, ihre Strategie in Bremen funktioniert oder scheitert nicht am Konzept, sondern an der Umsetzbarkeit in einer Gesellschaft, die aktuell auch andere Probleme löst.

Das ist das zentrale Problem: Wir haben immer im Kopf, dass man Dinge ändert, indem man z. B. einen Motor repariert, man stellt ihn aus, wechselt ein paar Teile, und dann läuft er wieder. Bei einer Gesellschaft müssen wir aber bei laufendem Motor transformieren, und darüber wissen wir relativ wenig. Das ist auch in der sozialwissenschaftlichen Forschung so. Ich beschäftige mich z. B. selbst mit der Frage, wie sich wissenschaftliche Ergebnisse verändern, wenn man sie in „Policy Papers“ festhält. Das ist ein unglaublich komplizierter Prozess.

Detlef Kurth:

Frau Nießen, wie ist Ihre Erfahrung in Bremen mit der Umsetzungs- und Beschleunigungsdebatte? In Bremen waren ja gerade Wahlen.

Gabriele Nießen:

Ich möchte die Aussagen von Herrn Nassehi bestätigen: Wir sind häufig unter Überzeugungstätern unterwegs, also unter den hier Anwesenden muss ich niemanden von der Notwendigkeit zur Transformation überzeugen. Wir wissen alle, worüber wir reden, aber in unserem Arbeitsalltag ist das dann nicht so. Deshalb kann ein Gebäude-Energiegesetz mit einem Heizungstausch zu einer desaströsen Wahlniederlage führen. Dabei würde ich gerne zwei Punkte herausstellen. Wir müssen uns überlegen, wie unsere Städte in Zukunft aussehen sollen, und das müssen wir besser in die Einwohnerschaft kommunizieren. Wir kennen die ganze Bandbreite von Partizipationsmethoden, trotzdem stelle ich fest, dass unsere Botschaften teilweise nicht ankommen. Von daher müssen wir andere Wege der Kommunikation finden. Das soll nicht heißen, man müsse jeden Gegner zufriedenstellen, das kann man gar nicht.

Es ist schwierig, diesen Spagat zu leisten zwischen „einfach mal machen“ mit dogmatischen Zielen und den Ängsten und Sorgen der Menschen vor Ort. Dazwischen gibt es ein Vakuum, und das können wir derzeit nicht ausfüllen. Hier müssten wir aber ansetzen, wenn wir in Zukunft Antworten haben wollen, die einen breiteren Teil der Gesellschaft tatsächlich auch erreichen. Dabei geht es nicht vorrangig darum, Wählerstimmen zu gewinnen, sondern sich unseren Herausforderungen zu stellen.

Detlef Kurth:

Das heißt, ich brauche in der kommunalen Demokratie die Akzeptanz, die Vermittlung und die Beteiligung, und zugleich schwingt die Gefahr der Ideologisierung bei solchen Themen mit. Philipp Misselwitz hat die These formuliert, das lineare, auf eine Zukunft gerichtete Planungsinstrumentarium vielschichtiger zu gestalten, um das Auftreten von Krisen stärker zu berücksichtigen. Er erinnerte an den „Perspektivischen Inkrementalismus“ aus der Internationalen Bauausstellung Emscher Park. Wie würden Sie die Planungsprozesse reformieren?

Philipp Misselwitz:

Zunächst möchte ich Herrn Nassehi zustimmen, dass Transformationsprozesse grundsätzlich ergebnisoffen sind und deshalb das „Nicht-Wissen“ miteinschließen. Ich habe versucht darzustellen, dass aus dem begrenzten und teils auch fachspezifischen Wissen, das wir haben, trotzdem eine Verantwortung entsteht, Utopien zu formulieren, die diesen offenen Prozessen eine Richtung geben. Auch wenn das eine konstruierte Utopie ist, die sich immer wieder verändern muss. Eine Utopie wird dann zu einer umsetzbaren Utopie, wenn sie einen gewissen gesellschaftlichen Aushandlungsprozess durchlaufen hat und ein gemeinsames Verständnis fördern kann, die Gesellschaft als Kollektiv gemeinwohlorientiert zu transformieren.

Herr Nassehi hat das aus meiner Sicht ein bisschen zu pessimistisch formuliert, als er gesagt hat: „Wir müssen kollektiv handeln, aber die Gesellschaft ist kein Kollektiv.“ Ja, wir sind kein Kollektiv, aber wir müssen gemeinwohlorientiert und gesamtgesellschaftlich in irgendeiner Weise den Status quo verändern, und wie kommen wir dahin? Ich glaube, dass eine Utopie, auch als ein fragiles, zeitkontextspezifisches Konstrukt, sehr wichtig ist, um aufzuzeigen, welche Veränderungen wir brauchen. Entscheidend ist die Frage: Wie kann man von einer deterministischen Vision, die glaubt, die Zukunft genau vorhersehen zu können, hin zu einem perspektivischen oder strategischen Inkrementalismus kommen? Diese Art von umsetzbarer Utopie braucht dann auch ganz unterschiedliche Sprachen. Wir müssen den Mut und die Flexibilität haben, Dinge anders zu formulieren, sodass sie lebensnah sind. Es darf kein starres Gerüst basierend auf irgendwelchen Worthülsen sein, die wir dann allen Menschen eintrichtern.

Ich war gerade in Kapstadt, da haben wir getestet, wie das Narrativ des klimagerechten Bauens ankommt. Auf den ersten Blick geht das gar nicht, weil die Leute denken: Ihr kommt aus dem globalen Norden, ihr habt die Krise verursacht, und jetzt wollt ihr uns auch noch vorschreiben, wie wir anders bauen sollen? Wirtschaftliche Entwicklung und Jobs stehen ganz klar im Vordergrund, aber wir entwickeln nun gemeinsam Wege, das Bauwende-Narrativ in diese Agenda einzuflechten und Synergien aufzuzeigen. Wir brauchen also für eine Utopie unterschiedliche Erzählweisen, und auch eine flexible, kreative Konversation. Und

sehr wichtig ist auch die haptische Erlebbarkeit im Stadtraum, deshalb haben Pilotprojekte und Experimente eine sehr große Bedeutung, um die Konversation über Utopie in den Alltag zu bringen.

Detlef Kurth:

Ich finde es interessant, dass hier der Begriff Utopie verwendet wird, was ja eigentlich „Nicht-Ort“ bedeutet, im Sinne von „nicht erreichbar“, anstelle von Begriffen wie Leitbild oder Zukunftsvision. Das ist eine interessante Fragestellung für die Planung, Utopien zu formulieren und zugleich die Handlungsorientierung und Projektorientierung mitzudenken. Eine Nachfrage an Benedikt Schroeter: Gibt es in Hinblick auf den Klimawandel die Notwendigkeit, bestimmten Zielen einen Vorrang zu geben, z. B. im Zuge der planerischen Abwägung?

Benedikt Schroeter:

Ich finde das sehr schwer zu entscheiden. Was genau würde denn der Vorrang bedeuten? Die Gesetzgebung in den letzten Jahren hat ja dazu geführt, dass z. B. Windenergie an Land stärker bevorzugt werden soll. Inwieweit das zielführend ist, ist dann eine andere Frage. Da spielen auch Aspekte wie Denkmalschutz eine Rolle, von daher ist die Frage eher, wie das dann umgesetzt wird.

Bei den Utopien denke ich, dass ja gerade die Planung oder die Architektur einprägsame Bilder erzeugen kann. Wir sind nicht nur auf den Text angewiesen. Wir können Modelle bauen, Grafiken erstellen und vieles mehr. Wenn z. B. ein Neubauprojekt geplant und dann das erste Rendering veröffentlicht wird, dann beginnt sofort eine Diskussion, und das polarisiert. Dann gibt es Pro und Contra, aber es ist unsere große Stärke, dass wir Zukunftsthemen auch gestalten können. Die Utopie wird dann vielleicht nicht so umgesetzt, gibt aber zunächst eine Orientierung, wohin es gehen könnte.

Detlef Kurth:

Ich finde diesen positiven Blick auf Utopien sehr spannend. Wobei wir in der Planungsgeschichte auch schon schlechte Erfahrungen damit hatten, z. B. mit der Utopie der Moderne oder der autogerechten Stadt. Ich hätte noch eine Frage an Herrn Nassehi, bezogen auf die Unsicherheiten. Wie bekommen wir Krisen- und auch Risikobewusstsein stärker in unser politisches Handeln? Eine Erkenntnis der Pandemie und des Kriegs Russlands gegen die Ukraine ist doch, dass wir in Deutschland kein ausgeprägtes Krisenbewusstsein hatten und unvorbereitet waren. Sie hatten auch Transparenz angesprochen: Wie stark sollte man auf Vulnerabilitäten und Risiken hinweisen, ohne gleichzeitig Panik zu verursachen?

Armin Nassehi:

Deutschland ist ein sehr saturiertes und sattes Land. In der Pandemie konnte man beobachten, dass manche Länder, die eher daran gewöhnt sind, mit Unsicherheiten umzugehen, besser

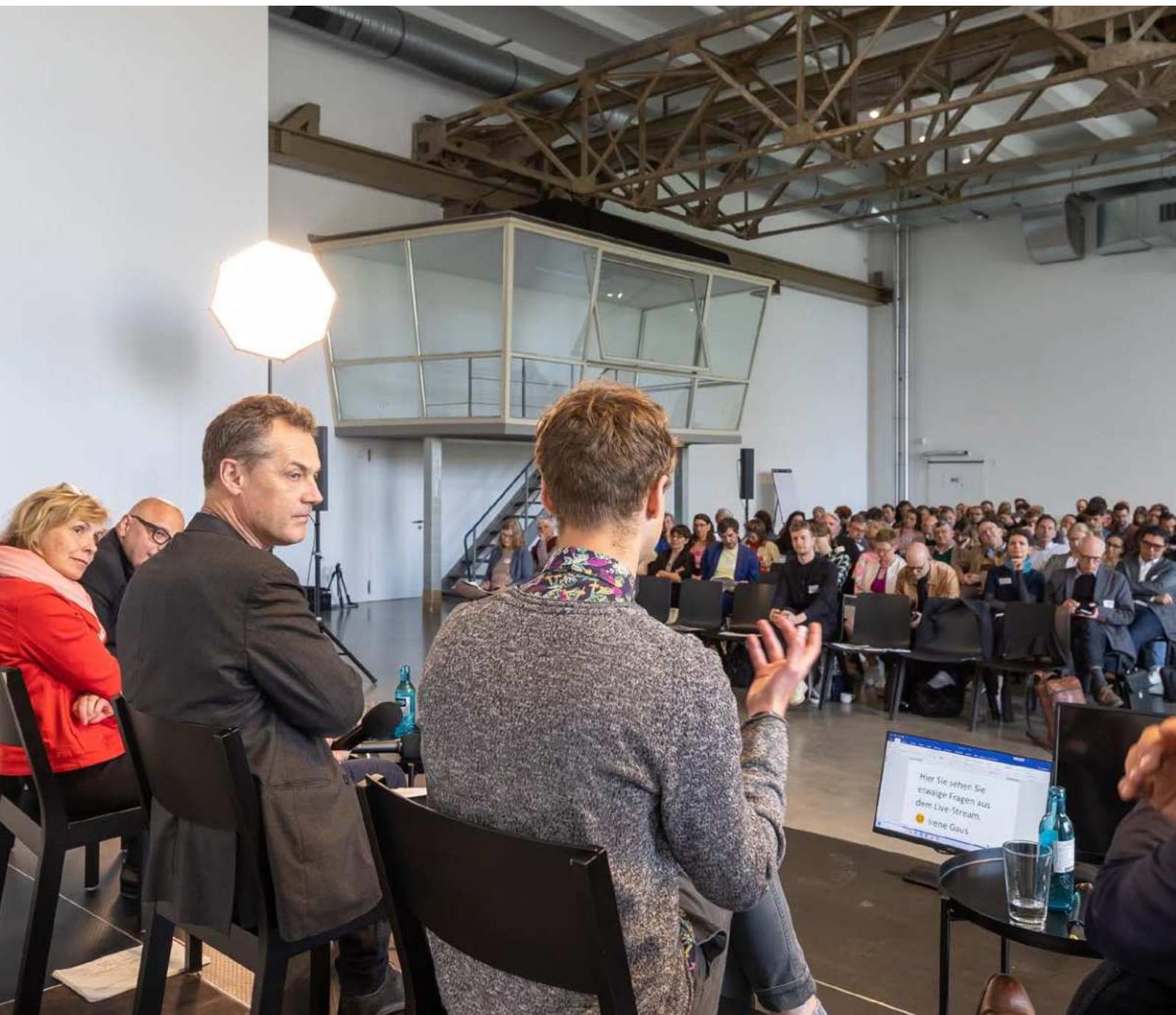
damit klargekommen sind. In Deutschland gibt es häufig die Ansicht, man könnte das alles rational durchplanen und dann läuft das. Das ist ja nicht nur bei dieser Pandemie so.

Ich würde gerne den Begriff der Utopie nochmals aufnehmen, und auch die Frage nach dem Risiko. Die Frage ist doch eigentlich: Risiko für wen und Nutzen für wen? Frau Nießen, Sie haben gerade eine tolle Bemerkung gemacht: „Das machen wir nicht, um gewählt zu werden.“ Ich wünsche mir mehr Leute im politischen System, die sagen: „Wir wollen das Richtige tun und dafür gewählt werden.“ Das ist unglaublich wichtig, sonst wählt man nämlich die Arschlöcher, wenn ich das mal unakademisch sagen darf, als Gegenreaktion. Ich würde mir gerne ökonomische Akteure wünschen, die mit den richtigen Dingen viel Geld verdienen. Damit würde man an der Gesellschaft ansetzen, wie sie ist. Das wäre eine reale Utopie.

Es gibt aber auch viele freiwillige Initiativen mit einem eigenen Antrieb zur Transformation. Es gibt ökonomische Akteure, die

genau diese Utopie anstreben und sagen: Wir versuchen, Wohnquartiere klimagerecht zu gestalten oder den Verkehr umzustrukturieren und damit tatsächlich einen Markt zu besetzen. Wenn man die deutsche Automobilindustrie in den Blick nimmt, haben die über Jahrzehnte noch in Technologien investiert, von denen man wusste, dass sie verschwinden werden. Da ist unglaublich viel Geld für den Diesel verschwendet worden. Das war ökonomisch total unvernünftig. Es heißt dann immer, sie machen das, damit sie Geld verdienen, aber die werden damit kein Geld mehr verdienen.

Mir ist wichtig, diese Utopie zu übersetzen in die Handlungsformen, Logiken und Belohnungssysteme derer, die es umsetzen. Darin müsste die Aufklärung bestehen. Dann stellt sich die Risikofrage schon ganz anders. Ich würde es als Automobilhersteller zurzeit für unglaublich riskant halten, den Diesel zu optimieren. Das kostet nämlich viel Geld und ist sehr riskant, denn bald gibt es gar keinen Diesel mehr. Ich würde es auch in der Bauwirtschaft für riskant halten, die Dinge noch so zu bauen, dass man sie



hinterher nicht umnutzen kann. Das sind die Mechanismen, auf die es mir ankommt. Das ist sehr stark getrieben durch die normative Frage, dass man die Dinge wirklich ändern muss. Wenn das nicht der Fall wäre, dann könnte man es ja so lassen.

Detlef Kurth:

Und letztlich ist das auch eine Frage, wann und wie die Prävention einsetzt. Wie kann das Thema früh kommuniziert werden, oder bin ich nur in meinem Alltagsmodus? Ich möchte auch nochmal bei Gabriele Nießen nachfragen. In Bremen wurde ein Stadtentwicklungskonzept mit umfangreichen Beteiligungsverfahren erstellt, worin Leitbilder formuliert wurden. Ist das eine sinnvolle Herangehensweise? Vielleicht muss man es nicht gleich Utopien nennen, aber Leitbilder oder Zielsysteme. War dies in der Kommunikation und Umsetzung der einzelnen Projekte hilfreich?

Gabriele Nießen:

Das kann man mit einem klaren Ja beantworten. Selbstverständlich ist das hilfreich, und das ist auch unbedingt notwendig, zu erklären, wie man zu dem gekommen ist, was man jetzt umsetzen möchte. Wichtig ist aber, leere Versprechen zu vermeiden. Damit bin ich beim Thema Partizipation. Ich finde es sehr wichtig, dass wir mit unseren Konzepten und Ideen an die Öffentlichkeit gehen, dass wir erklären, wie wir zu diesen Lösungsvorschlägen gekommen sind. Wir müssen offen und bereit sein, Änderungen und Vorschläge aufzunehmen. Dann passiert es uns gelegentlich noch, dass wir nicht angemessen erklären, warum wir etwas nicht gemacht haben, aber diese Antwort sind wir auch schuldig. Es ist der schwierigste Part in der Kommunikation von Planung, auch auszuhalten, warum gewisse Dinge in einer Planung nicht geändert werden. Dann sind wir wieder bei der Politik, die das dann auch aushalten muss, weil die inhaltliche Abwägung aller Belange eben ggf. zur Folge hat, dass etwas auch trotz der Proteste nicht geändert wird.

Es also wichtig, mit den Konzepten nach außen zu gehen, darüber zu informieren und zu beteiligen, allerdings nicht ohne eine klare Idee, was mit dem Raum passieren soll. Es führt zu einer reinen Desillusion in der Beteiligung, wenn wir eine völlige Offenheit für Ideen suggerieren.

Detlef Kurth:

Also sollten wir mit Fachkompetenz und Leitbildern in die Beteiligung gehen. Philipp Misselwitz hat in seinem Vortrag auch herausgestellt, dass die Utopie bzw. das Leitbild mit einer gewissen Konsistenz und Haltung vertreten werden sollte.

Philipp Misselwitz:

Ich glaube schon, dass wir aus den vergangenen, auch gescheiterten Utopien lernen können. Wenn wir so tun, als ob wir mit einer Vision der Zukunft ganzheitlich die gesamte Gesellschaft transformieren können, dann sind wir zum Scheitern verurteilt. Ich bin selbst sozialisiert worden in den 90er und frühen 2000er

Jahren, wo die Planung immer an sich selbst gezweifelt hat, und wo es starke Stagnationstendenzen gab. Unsere Generation hat diese Zeit erlebt mit Orten für Raumexperimente, für Zwischennutzungen und für andere Formen des experimentellen Umgangs mit Leerstand. Es herrschte eine Art von Offenheit und auch der Mut, nicht alles zu entscheiden und somit den zukünftigen Generationen vorwegzunehmen. Zum Beispiel nicht das Berliner Schloss wieder aufbauen zu müssen, weil eine Generation das unbedingt zur Verarbeitung ihrer eigenen Vergangenheit braucht, sondern eher diese Entscheidung den späteren Generationen zu überlassen. Wir müssen auch lernen, dieses „Nicht-Wissen“ zu übersetzen in ein „Nicht-Entscheiden“, um anderen in der Zukunft auch Möglichkeiten zu überlassen.

Detlef Kurth:

Ich fand diese Debatte sehr anregend und würde sie gerne fortführen, eine Diskussion, die auch Widersprüche aushalten muss. Der Begriff Zielkonflikte ist hier sehr passend, mit denen arbeiten wir in der Planung ständig. Gemäß Baugesetzbuch müssen wir dauernd die Interessen abwägen und dann zu einem Lösungsvorschlag kommen. Unser Dilemma ist, dass wir uns irgendwann für ein Projekt entscheiden müssen. Dieses nimmt dann später eine bauliche Gestalt an, und das für eine lange Zeit. Dabei kann man sich auch einmal irren, oder eine bestimmte Entscheidung trotz einer unsicheren Zukunft treffen. Und dann müssen die Kommunalvertreter vor Ort dafür die Verantwortung übernehmen.

Eine Reaktion auf diese Komplexität ist die interdisziplinäre Ausbildung. Raumplanung und Stadtplanung gehören zu den wenigen Studiengängen, die interdisziplinär aufgestellt sind. Wir haben die Soziologie dabei, die Ökonomie, das Recht, die Ökologie, die Geschichte, die Architektur und vieles mehr. Das ist eine Qualität, die wir mitbringen, aber es ist auch wieder ein Dilemma. Wir versuchen alle Fachthemen zugleich zu denken, wir können nicht ausschließlich von der einen Säule aus argumentieren. Das ist eine Qualität, die dieser Hochschultag auch mittransportiert.

Wir haben über Unsicherheiten, Risiken, Kreislaufwirtschaft und strategischen Inkrementalismus diskutiert. Dabei müssen wir auch das Thema Resilienz künftig bei Planungsprozessen stärker berücksichtigen. Gerade mit dem brutalen Angriff Russlands gegen die Ukraine wurde deutlich, dass bestimmte Werte, die wir für selbstverständlich hielten, eben nicht selbstverständlich sind. Imperialismus, koloniale Bestrebungen und Unterwerfungskriege gegen unabhängige Staaten sind ein Angriff auf die europäischen Werte, die wir auch in der Neuen Leipzig-Charta formuliert haben. Diese Werte beinhalten, dass wir in Freiheit leben, unsere Kritik offen äußern und Demonstrationen im öffentlichen Raum abhalten können. Ich glaube, dass dieser Krieg unsere Art zu denken, zu planen und resilient tätig zu sein vor neue Herausforderungen stellt, bis hin zu Fragen der technischen und digitalen Infrastruktur und von Schutzräumen. Wir befinden uns inmitten einer Zeitenwende.

Forum 1: Räumliche Planung, Vulnerabilität und Klimaanpassung

Gastgeber*innen:

Nadja Skala,
Hafen City Universität
Hamburg (HCU),

Gero Suhner,
Technische Universität
München (TUM)/
Institut für Städtebau
und Wohnungswesen,
München (ISW)

Gäste:

Irene Burkhardt,
BEM Landschafts-
architekten Stadtplaner
Part mbB/bdla;

Carsten Schade,
Johannes Staudt,
beide TU München

Vortrag 1: Irene Burkhardt,
BEM Landschaftsarchitekten Stadtplaner Part mbB/
Bund deutscher Landschaftsarchitekten (bdla)

Vortrag 2: Carsten Schade,
Technische Universität München (TUM), Lehrstuhl
Energieeffizientes und Nachhaltiges Planen und
Bauen (ENPB)

Der anthropogene Klimawandel ist in der Wissenschaft seit den 1940er Jahren international bekannt, die negativen Auswirkungen menschlichen Handelns auf natürliche Prozesse wurden bereits im späten 19. Jahrhundert naturwissenschaftlich belegt. 1973 wies der Club of Rome auf die „Grenzen des Wachstums“ hin und ermahnte zu einem allgemeinen Umdenken in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Spätestens mit der Ausgabe Nr. 33 („Die Klima-Katastrophe“) des Magazins Der Spiegel vom 10. August 1986,

deren Titel den Kölner Dom unter Wasser zeigt, wurden die möglichen Auswirkungen des Klimawandels auch der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht. 1987 wurde mit dem Brundtland-Bericht der Vereinten Nationen erstmals der ganzheitliche Begriff der Nachhaltigkeit als Verhaltensmatrix definiert, derart zu agieren, dass die Ansprüche kommender Generationen durch das aktuelle Handeln nicht beeinträchtigt werden. Politische Maßnahmen zur Minderung des Klimawandels wurden mit Beginn der 1990er Jahre eingeleitet und mündeten schließlich 1997 in das Kyoto-Protokoll, das Bekenntnis der internationalen Staatengemeinschaft zum Klimaschutz, das 2015 mit dem Pariser Abkommen erneuert wurde. Dennoch ist es in den letzten 30 Jahren nicht gelungen, das Voranschreiten des Klimawandels wirksam zu verhindern, wie der Bericht des Weltklimarats (IPCC) 2022 erneut belegte. Mit dem weitestgehend ungebremsten Voranschreiten des Klimawandels nimmt jedoch die Vulnerabilität der natürlichen und gebauten Umwelt zu. Angesichts der globalen Temperaturzunahmen, die u. a. mit dem Anstieg des Meeresspiegels, Hitzeperioden, Dürren, dem Rückgang des glazialen Eises, aber auch mit Extremniederschlägen aufgrund der Störungen des Klimasystems einhergehen, stellt das Themenfeld der Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Klimaanpassung) einen noch neuen Teilaspekt in der räumlichen Planung dar. Die dahingehend mehr als unzureichend ausgeprägten Kompetenzen, insbesondere in den Berufsfeldern der Raum- und Stadtplanung, verstärken die Unsicherheit vor dem Hintergrund aktueller, multipler Krisen mit ausgeprägtem Raumbezug. Diese wirkt sich auch auf die Hochschulausbildung aus und führt die Notwendigkeit curricularer Aktualisierungen vor Augen. Im Forum 1 wurden deshalb die Möglichkeiten und Herausforderungen im Umgang mit der anthropogenen Klimakrise thematisiert und Lösungsansätze formuliert. Impulsvorträge von Irene Burkhardt (BEM/bdla) und Carsten Schade (TUM) führten in den aktuellen Stand von Forschung und Praxis der integrierten Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen in Städtebau und Landschaftsarchitektur ein und verdeutlichten die gesellschaftliche Relevanz des Schaffens von Planenden aller vier Fachrichtungen. So wurden beispielsweise die





TUM-Forschungsprojekte „Grüne Stadt der Zukunft“, die Begleitforschung zum Modellvorhaben des Experimentellen Wohnungsbaus „Klimaanpassung im Wohnungsbau“ der Bayerischen Staatsregierung zu Nachhaltigkeitskriterien in städtebaulichen Wettbewerben und das *New European Bauhaus*-Projekt „Creating NEighbourhood Together – Munich Neuperlach“ sowie weitere integrierte Praxis- und Forschungsprojekte vorgestellt. Als erfolgreiches Beispiel interdisziplinärer raumwissenschaftlicher Universitätsausbildung wurde das integrierte Entwurfsstudio „Interdisziplinäres Projekt“ (IDP) im interdisziplinären Masterstudiengang „Ressourceneffizientes und Nachhaltiges Bauen“ an der TUM beispielhaft erläutert.

In der anschließenden seminaristischen Publikumsdiskussion wurden darauf aufbauend vielfältige Teilaspekte nachhaltiger Stadtplanung diskutiert. Stichworte waren:

- Zirkularität
- Quartier der Nachbarschaft
- Klimamitigation versus Klimaadaptation
- Zirkularität und integrierter Ansatz
- Bedeutung der Phase 0 vor dem Hintergrund globaler Krisen
- Leitbild oder Co-Creation?
- Grünvolumenzahlen in urbanen Transformationsräumen

Als rechtlich-politische Herausforderungen wurden mittels intra-disziplinärer Teilnehmer*innen-Befragung vor allem die Aspekte Angst und Bequemlichkeit auf Seiten der Planungsbeteiligten sowie Bürger*innen identifiziert.

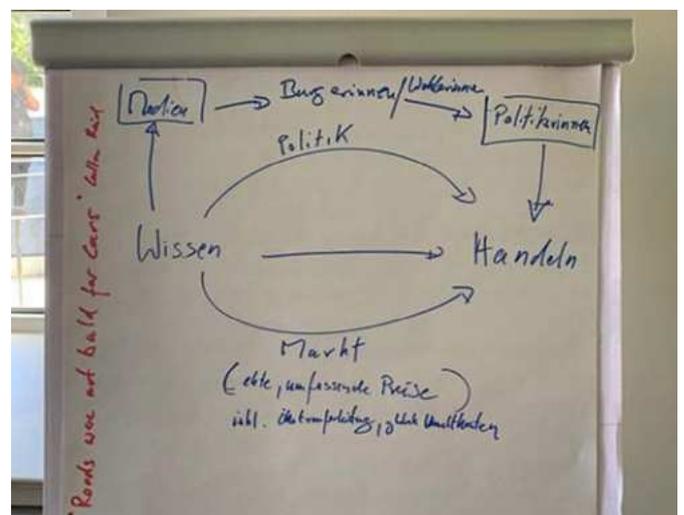
Weiterhin wurde erkannt, dass Maßnahmen zur Klimaanpassung Flächen (z. B. für blaue/grüne Infrastruktur) benötigen, die in der Stadtplanung zu Zielkonflikten führen können – Flächen, die in der Regel vor allem im Bestand hierfür kaum vorhanden sind oder bereits für andere Nutzungen verwendet werden (z. B. temporäre Bepielungen von innerstädtischen Brachen im kulturellen Bereich). Im Gegenteil werden nach wie vor wichtige alte Stadtbäume für Bauvorhaben entfernt. Jungbäume als Ersatzpflanzungen haben

über einen langen Zeitraum einen deutlich geringeren Effekt, was beispielsweise die Kühlleistung durch Evaporation und Beschattung betrifft. Dach- und Fassadenbegrünungen sind wichtige Bestandteile eines erfolgreichen urbanen Regenwassermanagements und tragen zur Reduktion des Kühlbedarfs von Gebäuden bei.

Strategisch konnten zwei Handlungsmodelle identifiziert werden:

- „Kleiner“ Ansatz durch lokale Maßnahmen
Vorteil: schnellere/einfachere Umsetzung. *Nachteil:* geringe(re) Wirkung, jedoch u. U. höhere lokale Akzeptanz.
- „Großer“ Ansatz durch umfassende, integrierte Überplanung (z. B. Mobilitätskonzept, um Autos von der Straße zu bekommen und Flächen für Klimaanpassungsmaßnahmen zu gewinnen)
Vorteil: Große Wirkung, hohe Zukunftsfähigkeit. *Nachteil:* langwieriger Prozess, komplizierte Umsetzung, rechtliche Hürden und u. U. niedrigere lokale Akzeptanz.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die Ergebnisse des Forums 1 maßgebliche Impulse sowohl für die Teilnehmenden als auch für die universitäre Hochschulausbildung setzen konnten.



Forum 2: Resilienz überdenken – Sicherheit und kritische Infrastruktur als Aufgaben der Planung

Gastgeber*innen:

Prof. Dr. János Brenner,
Bauassessor,
Stadtplaner AKB

Prof. Dr. Detlef Kurth,
RPTU Kaiserslautern

Prof. Dr. Silke Weidner,
BTU Cottbus-Senftenberg

Gäste:

Prof. Dr. Bohdan Cherkas,
Lviv PNU

Prof. Dr. Stefan Greiving,
TU Dortmund

Dr. Mark Kammerbauer,
Nexialist

Das Forum wurde von Silke Weidner, Leiterin des Fachgebiets Stadtmanagement an der BTU Cottbus-Senftenberg, Detlef Kurth, Rheinland-Pfälzische Technische Universität Kaiserslautern-Landau (RPTU), Lehrstuhl Stadtplanung im Fachbereich Raum- und Umweltplanung, sowie János Brenner, Honorarprofessor an der TU Budapest und Stadtplaner in Berlin, vorbereitet. Ziel war es, die neuen Herausforderungen für die Planung zu thematisieren und diskutieren, die sich aus unterschiedlichen Krisen ergeben: zum einen die äußere Bedrohung der Sicherheit in Europa und damit verbunden u. a. Angriffe auf kritische Infrastruktur, und zum anderen krisenartige Naturereignisse. Folgende Fragen standen zur Diskussion: Mit welchen planerischen Mitteln lässt sich die Resilienz unserer Städte und Regionen unter Konfliktbedingungen steigern? Wie könnte ein nachhaltiger, ausgewogen an ökologischen, ökonomischen

und sozialen Kriterien ausgerichteter Wiederaufbau zerstörter Städte in der Ukraine oder anderswo aussehen? Das Forum erfreute sich einer großen Teilnehmer*innenzahl und eines regen Austauschs.

Nach der Vorstellung der Gastgeber*innen und Gäste – mit besonderem Dank an Bohdan Cherkas von der Nationalen Universität Lvivska Polytechnika, Ukraine, für seine Teilnahme unter Kriegsbedingungen – nannte János Brenner einige Stichworte für die Diskussion, wie den Stellenwert der Resilienz in der planerischen Abwägung, mögliche Zielkonflikte z. B. bei der Bündelung von Trassen der Infrastruktur sowie unterschiedliche räumliche Modelle unter Aspekten der Resilienz.

Bohdan Cherkas, Dekan und Direktor des Instituts für Architektur und Design an der oben genannten Universität in Lviv, zeigte einprägsam unter dem Titel „Kampf ums Überleben“ in seiner Präsentation anhand von Beispielen, welche Folgen der völkerrechtswidrige russische Angriff für die ukrainischen Städte hat: in Ochtyrka (ca. 47.000 Einwohner*innen), wo nicht nur der gerade renovierte Bahnhof, sondern auch das Stadtmuseum stark beschädigt wurden, oder in Trostjanecz (ca. 21.000 Einwohner*innen) mit der Zerstörung des örtlichen Krankenhauses. Cherkas berichtete auch über den Angriff auf die Universität Charkiw, der zu schweren Schäden und massiven Behinderungen des Lehrbetriebs geführt hat. Bei den Angriffen wurde der systematische Versuch Russlands deutlich, die kulturelle Identität der Ukraine zu vernichten. In diesem Zusammenhang beschrieb Cherkas die damit nunmehr veränderten Tätigkeiten von Planenden im Krieg sowie im bereits parallel stattfindenden Wiederaufbau. Cherkas gab aufgrund der aktuellen ukrainischen Erfahrungen folgende Empfehlungen für die Planung hinsichtlich präventiver Schutzmaßnahmen in europäischen Städten:

- Schaffung von neuen Schutzräumen
- Anlage von dezentraler, autonomer Energieversorgung
- Schutz technischer Infrastruktur
- Sicherung der Autarkie von öffentlichen Institutionen
- Umbau der Großsiedlungen





Er sprach sich diesbezüglich auch für erweiterte Studienpläne und neue Schwerpunkte in der Ausbildung von Architekt*innen und Stadt- und Raumplaner*innen aus. Die Studierenden sollten Kenntnisse zu Sicherheit, Prävention und Resilienz in Städten und Raumstrukturen erwerben und vertiefen können.

Stefan Greiving, Leiter des Instituts für Raumplanung der TU Dortmund (IRPUD), behandelte andere gelagerte Aspekte der Resilienz in der Planung, insbesondere in der kritischen Infrastruktur (siehe Umlaufbeschluss der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) von 2021). Beispielsweise wies er darauf hin, dass eine isolierte Betrachtung des Plangebiets des jeweiligen Raumordnungs- bzw. Bauleitplans wegen der Kaskadeneffekte außerhalb des Geltungsbereichs keineswegs ausreiche. Das Raumordnungsgesetz (ROG) (Anlage 2) fordert die Berücksichtigung des Umfangs und der räumlichen Auswirkungen der Pläne einschließlich der möglichen kumulativen Effekte. Greiving erinnerte an § 2 Abs. 2 Nr. 3 Satz 4 ROG („Dem Schutz kritischer Infrastrukturen ist Rechnung zu tragen“) und betonte, das Resilienzprinzip sei bisher in der Landes- und Regionalplanung – mit der Ausnahme von Sachsen und ggf. künftig von Baden-Württemberg – so gut wie nicht verankert.

Bisher sei auch kaum ein Zusammenhang zwischen der kritischen Infrastruktur und dem System der Zentralen Orte hergestellt worden. Beispielsweise ist die Frage nicht beantwortet, wie die Erreichbarkeit einer zentralörtlichen Funktion bei teilweisem oder weitgehendem Ausfall der Verkehrsinfrastruktur gewährleistet werden kann. Greiving sprach im Kontext von Störereignissen von der „Voraussetzungsinfrastruktur“, die das Funktionieren einer

modernen Gesellschaft erst ermöglichen. Verträglichkeitsprüfungen müssten angepasst werden, so sei insbesondere die Umweltprüfung zu eng gefasst. Das Prinzip der Schutzwürdigkeit sei graduell. Die Resilienz müsse als Leitbild die nachhaltige Raumentwicklung ergänzen. Dabei müsse man sich bei der Resilienz auch systemimmanenten Zielkonflikten zwischen Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit stellen, z. B. der möglichen Zerschneidung von Schutzgebieten durch Elemente der linearen Infrastruktur. Diese Zielkonflikte sind offen zu benennen und abzuwägen, um eine resiliente Raumentwicklung zu ermöglichen.

Über planerische Anpassungen an Katastrophen und Konflikte unterschiedlicher Anlässe sprach **Mark Kammerbauer**, Inhaber der Nexialist Agency for Research and Communication. Er zeigte verschiedene Beispiele, um die Vielfältigkeit der Krisenereignisse und ihrer Herausforderungen bewusst zu machen: zunächst in Anknüpfung an die Ausführungen von Cherkes ein Containerdorf in Charkiv, das als Notunterkunft für Binnenflüchtlinge bereits nach 2014 entstand, und anschließend Strategien zur Bewältigung der Folgen des Hurrikans „Katrina“ in New Orleans nach 2005. Damals habe in den USA ein Konzept gegolten, demzufolge nach Katastrophen ausschließlich der „return to normal“, d. h. die Wiederherstellung des früheren Zustandes förderfähig gewesen sei. Später galt der Ansatz „build back better“ als fortschrittlicher, als bauliche Entsprechung des Vulnerabilitätskonzepts. Nur so könnten Lerneffekte erfolgen und Risiken gemindert werden. Nach „Katrina“ sei ein Teil der Betroffenen nach Houston evakuiert worden; der zuständige Landkreis Harris County habe anschließend mit den örtlichen Wohnungseigentümer*innen ein Konzept zur Unterbringung ausgearbeitet, was dann zum permanenten Verbleib und



Bezug von Wohnungen durch Evakuierte geführt habe. In New Orleans selbst sei der Wiederaufbau teils eher unkoordiniert gewesen. Eine besondere Rolle habe das U.S. Army Corps of Engineers gespielt, das als militärische Organisation einerseits zum raschen Handeln fähig sei, andererseits weniger Affinität zu (zivilen) Abstimmungsprozessen habe.

In der anschließenden regen Diskussion wurde einleitend die Frage gestellt, was und wie voneinander – aus verschiedenen Krisen und Ländern – gelernt werden könne. Es stand die Hypothese im Raum, dass Deutschland mit der dezentral-föderalen Organisationsform des Staates meist gute Erfahrungen in Krisensituationen mache, so auch in der Corona-Krise, woraus Lehren für die zukünftige Planung gezogen werden könnten. Die kommunale Planungshoheit trage entscheidend zu Resilienz bei. Diskutiert wurde der Begriff der „wahrgenommenen Resilienz“, wobei es sich laut Kammerbauer bis zu einem gewissen Punkt tatsächlich um die Resilienz des Systems Stadt handle, alles, was darüber hinaus gehe, aber unter ‚Transformation‘ zu subsumieren sei. Wichtig sei es zudem beispielsweise, Produktionsstätten in den urbanen Kontext zu integrieren, da auch unterbrechungsfreie Lieferketten zentrale Bestandteile der urbanen Resilienz darstellen. Damit war die Brücke zu Raumordnungsfragen geschlagen.



Greiving wies darauf hin, dass es angesichts großräumiger Ereignisse wichtig sei, vom Einzelort bzw. einer Gebietszugehörigkeit bei der Planung wegzukommen.

In der Debatte gab es unterschiedliche Auffassungen, inwiefern eine Kriegssituation mit (teils menschengemachten, teils natürlichen, teils in einer Mischung aus beiden auftretenden) Katastrophen vergleichbar sei. Die Referenten vertraten die Auffassung, dass das zur Bewältigung erforderliche raum- und stadtentwicklungspolitische Instrumentarium weitgehend ähnlich (anzuwenden) sei.



Außerdem wurde diskutiert, welche Parallelitäten es zwischen den Kriegsfolgen in syrischen und ukrainischen Städten gibt, und wie in solchen Situationen eine Transformation unter Einbeziehung weiterer globaler und aktueller Herausforderungen ausgelöst werden kann, anstatt lediglich direkt auf ein Störereignis zu reagieren. Als weitere Frage wurde aufgeworfen, wie die Planung soziale Verwundbarkeit adressieren kann.

Detlef Kurth betonte in seinem Schlusswort, dass es bei Kriegen und Katastrophen eine Gleichzeitigkeit von Notfallreparaturen und der strategischen integrierten Planung für den Wiederaufbau gebe, es müssen kurz- und mittelfristige Planungsziele zugleich formuliert werden. Resilienz darf nicht auf kurzfristiges „Zurückspringen“ auf den Ursprungszustand reduziert werden, sondern muss immer auch Ansätze der Prävention und der Transformation enthalten.



Forum 3: Vom Plan zur Toolbox: Wirksam und verlässlich planen in Krisenzeiten?

Gastgeberin:

Prof. Dr. Agnes Förster,
RWTH Aachen

Gäste:

Frauke Burgdorff,
Stadtbaurätin Stadt
Aachen

**Dr. Katharina
Hackenberg,**
BBSR

Dr. Cordelia Polinna,
forward, Berlin

Prof. Dr. Jan Polívka,
TU Berlin

Unsichere Zeiten fordern etablierte Pläne und Stadtplanungsprozesse heraus und sind zuweilen Anlass, ganz neue Wege einzuschlagen. Wie entwickeln sich planerische Instrumente und Formate im Angesicht der anhaltenden Polykrise und der zunehmend drängenden Transformationsaufgaben weiter? Welche Bedeutung haben Leitlinien, Rahmenwerke und integrierte Entwicklungskonzepte und wie leistungsfähig sind sie? Welche Formen anpassungsfähiger und agiler Planung haben sich in den letzten Jahren entwickelt? Wie lassen sich diese mit dem Bedürfnis nach einem langfristig stabilen Orientierungsrahmen verbinden? Im Forum wurden aktuelle Erfahrungen, Positionen und Perspektiven aus der kommunalen Praxis, Forschung und Beratung präsentiert und ihre Folgen für die Gestaltung der lokalen politischen Arena sowie für die Kompetenzen und Leistungen von Stadtplaner*innen erörtert.

Katharina Hackenberg, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), präsentierte innovative Ansätze, um die Zukunft in die Gegenwart zu bringen. Aus dem BBSR-Forschungsprojekt „Nachdenken über die Stadt von Übermorgen“ wurde ein Methodenkoffer entwickelt, der Städte und ihre vielen Akteure unterstützt, sich systematisch mit Zukunftstrends zu beschäftigen, die Folgen sowie Gestaltungschancen auf kommunaler Ebene zu diskutieren und daraus mutig Stadtzukünfte zu entwerfen.

Cordelia Polinna, Forward Planung und Forschung, berichtete aus den laufenden Pilotprojekten des Aufrufs Post-Corona-Stadt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Besonderer Fokus liegt auf dem Thema der urbanen Resilienz, um Verwundbarkeiten zu reduzieren und Widerstandsfähigkeit zu stärken, zukünftige Krisen zu antizipieren, redundante Strukturen vorzuhalten und störanfällige Systeme zu transformieren. Die Pilotprojekte nutzen vielfältige Planungs- und Gestaltungsansätze, um urbane Resilienz mit Akteuren in den Städten zu stärken – von temporären Aktionen zur Neuaneignung von öffentlichen Räumen über das Öffnen und Neuprogrammieren von Leerstand bis hin zum Testen neuer Organisationsformen.

Frauke Burgdorff, Stadtbaurätin der Stadt Aachen, gab einen Impuls zur Rolle verschiedener Ebenen oder Schichten der Planung in Zeiten erhöhter Unsicherheiten. Stadtentwicklung und -planung benötigt ein stabiles Fundament, um den Alltag gerade in Zeiten von anhaltenden Krisen und laufender Transformation zu sichern. In Bezug auf die grundlegenden kommunalen Aufgaben der Daseinsvorsorge darf den Städten nicht die Luft ausgehen. Die „urbanen Basics“ erfordern ausreichend Ressourcen und Puffer und es gibt auch neue Bedarfe, beispielsweise Kühlräume oder Not-schlafplätze. Gleichzeitig benötigt Stadtplanung eine starke Elastizität und vielleicht gar ein Improvisations-talent, um die Gelegenheitsfenster für tiefgreifenden Wandel zu nutzen und zu gestalten. Stadtplaner*innen verbinden in Zukunft daher feste und dynamische Instrumente und sie entwickeln die Fähigkeit, in einem zunehmend dynamischen Feld zu navigieren.





Jan Polívka (TU Berlin) erläuterte, dass hierarchisch institutionalisierte Raum- und Stadtplanung grundlegend auf Sicherheit und (Flächen-)Wachstum ausgerichtet sei und dieser Ansatz in Widerspruch zur zunehmenden Volatilität der Entwicklung einzelner Städte bis hin zum globalen Klima stehe. „Unsere Planung baut auf Sicherheiten auf, um uns vor Unsicherheiten zu schützen.“ Jedoch sind die dafür notwendigen Voraussetzungen im System nicht mehr gegeben: Der Boden ist kaum mehr verfügbar und die Temperaturen steigen. Polívka plädiert für eine Erweiterung des Planungsverständnisses hin zu adaptiver Stadtplanung. Diese zeichnet sich gegenüber konventioneller Planung aus durch emergente konsensuelle Ziele anstelle festgelegter Ergebnisse, die Steigerung adaptiver Kapazitäten anstelle von Umsetzungseffektivität sowie ein leitendes, ergebnisoffenes und tolerantes Vorgehen anstelle eines direkten, instrumentellen Handels von einer Ausgangslage zu einer fixierten Zukunftsvorstellung.

In der Diskussion wurde die Notwendigkeit eines vielschichtigen Planungsansatzes, der komplementäre Vorgehensweisen, Methoden und Instrumente nutzt, betont. Es brauche ein Mehr an Planung, aber auf verschiedenen Schichten. Neben der Sicherung der „urbanen Basics“ benötige gerade die Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation öffentliches Handeln im Raum. Jedoch kann es hilfreich sein, die verschiedenen Schichten und ihre Prozesse und Projekte bewusst zu entkoppeln und damit die Anpassungsfähigkeit und Reaktionsfähigkeit insgesamt zu steigern.

Betont wurde dabei der Faktor Zeit. Es benötige für viele städtische Transformationsaufgaben vorbereitende Prozesse mit dem Aufbau von Kontakten, Netzwerken und Vertrauen. Das fordere ausreichend Zeit und Beschleunigung sei daher nicht zielführend. Anstelle von sofortigem Handeln und Ad-hoc-Maßnahmen müssten zunächst gemeinsame Ziele entwickelt werden – als stabiles Fundament und langfristig tragfähige Orientierung für komplexe und anspruchsvolle Bau- und Planungsaufgaben.

Mit der Hinwendung zur bestehenden Stadt und zum Baubestand steigen die Managementaufgaben. Um Menschen zu aktivieren und damit auch Steine oder Bäume umzugestalten oder zu entwickeln, wird ein Vielfaches an personellem Aufwand benötigt gegenüber einem sichernden oder ordnenden Planungsansatz. Dabei sind jedoch qualifizierte Menschen eine besonders knappe Ressource für die Stadtplanung. In Zukunft benötigen wir mehr Menschen, die Stadt aktiv gestalten.

In Zeiten von Krisen und enormen Transformationsaufgaben kommt den sozialen Räumen, welche die Menschen vor Ort erleben, eine besondere Bedeutung zu. Hier kann an konkretes Alltagshandeln angeknüpft und es können Visionen und Utopien im Kleinen gestaltet und greifbar werden. Resonanzverfahren sind in Räumen und in Kontakt mit Kümmerern möglich. Angeregt wurde, die Erfahrungen aus der Städtebauförderung und sozialen Stadtentwicklung gezielt zu nutzen und die Größe von Sozialräumen erneut zu reflektieren.

Städte können zahlreiche ihrer Aufgaben nur dann bewältigen, wenn Akteure sich in ihren Aktionsräumen erweitern und neu zusammensetzen. Mit einer konkreten räumlichen Aufgabe, an einem Ort, können sich vielfältige Akteure durch geeignete Austauschformate wechselseitig neu orientieren. Stadtentwicklung und -planung kann als sozialer Prozess verstanden werden und es werden dementsprechend auch neue, motivierende Formate für die Planenden und Gestaltenden selbst benötigt, die den Horizont des Möglichen erweitern und Gestaltungslust erzeugen.

Das Forum bot einen lebendigen Rahmen, um die sehr vielfältige Planungs- und Gestaltungsperspektiven der Teilnehmenden für eine grundlegend stabile, perspektivisch orientierte, anpassungsfähige und vor Ort aktivierende und erlebbare Stadtplanung zu hören und in ihren wechselseitigen Bezügen zu erörtern. Ein Thema mit Potenzial zur Vertiefung im Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis!

Forum 4: Intelligente Stadt – Intelligente Planung: Digitale Tools für eine nachhaltige Stadtentwicklung

Gastgeber*innen:

Prof. Dr. Angela Million,
TU Berlin

Prof. Frank Schwartze,
TH Lübeck

Gäste:

**Prof. Dr. Jörg Rainer
Noennig,**

HCU Hamburg

Dr. Katharina

Borgmann,

HCU Hamburg

Nadja Riedel,

Stadt Leipzig

Tion Kudlek,

MA-Absolvent TU Berlin

Daria Kariakina,

Sophie von Woedtke,

BA-Studierende

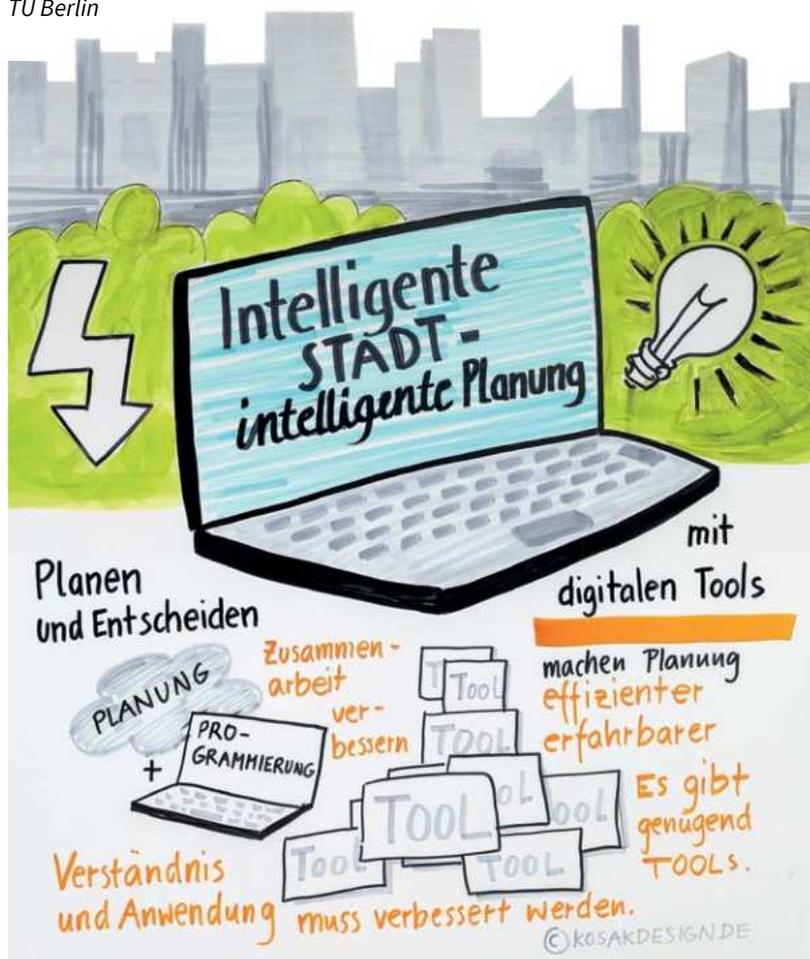
TU Berlin

Drängende, notwendige Antworten auf Fragen des Klimawandels sowie einer nachhaltigen Stadtentwicklung erfordern neue, digitalgestützte Ansätze. Digitale Tools können einen wesentlichen Beitrag für Entscheidungen in komplexen Situationen liefern. Die Bandbreite digitaler Werkzeuge und Methoden in Kommunen, Forschung wie auch der Ausbildung von Planer*innen sowie ihre Anwendung und ihr Beitrag für die Transformation von Stadt und Stadtplanung standen im Fokus des Forums. Aufbauend auf den drei Inputs von Vertreter*innen aus der Forschung, der kommunalen Praxis sowie Studium und Lehre standen drei Leitfragen im Mittelpunkt der Diskussion. Welche Fragen entstehen aus der Praxis an die Forschung zu zukünftigen digitalen Tools und ihren Einsatzmöglichkeiten, was kann die Forschung für die Praxis entsprechend leisten und welche Anforderungen ergeben sich für Studium und Lehre?

Katharina M. Borgmann erläuterte, wie an der HCU Hamburg gezielt digitale Planungswerkzeuge entwickelt werden. Das Digital City Science Lab (DCS) verfolgt das Ziel, urbane und technologische Systeme miteinander zu verbinden. Ein interdisziplinäres Team aus Architekt*innen, Stadt- und Raumplaner*innen, Sozialwissenschaftler*innen, Medientechniker*innen, IT-Expert*innen und Softwareentwickler*innen entwickelt wissenschaftliche, datenbasierte Methoden zur Analyse und integrativen Planung von urbanen Systemen. Mit Kooperationspartnern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft werden hierbei datenbasierte Werkzeuge und Methoden konzipiert und getestet, die sowohl regional als auch international Anwendung finden.

Aus der kommunalen Praxis sprach **Nadja Riedel** über Aufgaben und Herausforderungen im Referat Digitale Stadt der Stadt Leipzig, das sich als Gestalterin der digitalen Transformation im Sinne einer integrierten Stadtentwicklung versteht. In enger Zusammenarbeit mit stadtinternen und externen Partnern werden im Referat digitale Anwendungen erprobt und in die Breite der Verwaltung implementiert, um Planungs- und Entwicklungsprozesse zu vereinfachen und zu beschleunigen. Die Schaffung einheitlicher Datengrundlagen und der Aufbau urbaner Datenplattformen sind hierbei wichtige Schritte, um digitale Beteiligungsprozesse zu ermöglichen und Planungsprozesse zu optimieren.

Einen Einblick in die Anwendung von digitalen Tools im Planungsstudium gaben die Studierenden **Sophie von Woedtke** und **Daria Kariakina**. In ihrem Vortrag „Von Pixeln zu Plänen: Ein Blick in die digitale Toolbox/Werkzeugkiste angehender Planer*innen“ präsentierten sie die vielfältigen digitalen Tools, die ihnen zur Unterstützung im Studium zur Verfügung stehen – viele davon werden in einem Prozess des Peerlearnings und im Selbststudium entdeckt. Die Toolbox ist nach Anwendungsbereichen geordnet und umfasst Tools aus den Bereichen Analyse, CAD-Programme, Best-Practice-Quellen, Grafik und Darstellung sowie KI-basierte Werkzeuge. Die Studierenden betonten dabei die Wichtigkeit kostenloser





Zugänge zu bestimmten Softwareprogrammen, aber auch verpflichtender Kurse zu GIS-Programmen, CAD und Sketch Up, um digitale Grundkompetenzen zu vermitteln.

Neue planerische Datengrundlagen griff **Tion Kudlek** in der Präsentation seiner Masterarbeit auf: die digitalen Trampelpfade im städtischen Kontext durch die Nutzung lokativer Medien, wie Pokémon GO. Hier wurde beleuchtet, wie digitale Technologien die räumliche Wahrnehmung der Nutzer*innen verändern und neue Erkenntnisse für räumliche Planungen liefern können. Die Analyse von Nutzer*innenfaktoren, die für die Entscheidung, bestimmte Orte mit der Anwendung zu erkunden, bedeutsam waren, zeigte die Möglichkeit auf, diese „digitalen Trampelpfade“ als wertvolle Informationen für räumliche Planungen zu nutzen.

Die anschließenden Diskussionen drehten sich um wichtige Aspekte, wie die enge Verknüpfung von Forschung und Praxis, den Erfahrungsaustausch unter Kommunen, die Vermittlung digitaler Grundkompetenzen in der Ausbildung von Planer*innen und die effiziente Nutzung von Zeitgewinn durch digitale Tools.

Betont wurde die bereits vorhandene hohe Dichte und Dynamik im Bereich der digitalen Toolbox aus Sicht der Forschung, Hochschullehre und kommunalen Praxis. Es mangle nicht an digitalen Angeboten. Die Kommunen sähen sich nahezu überrannt von Softwarelösungen und digitalen Tools. Hervorgehoben wurde der Forschungsbedarf, um diese Vielzahl von Tools genauer zu untersuchen und den tatsächlichen Bedarf der Praxis zu ermitteln. In diesem Zusammenhang sei die Rolle der Hochschulen als Partner für die Kommunen von großer Bedeutung, da Kommunen anders als große Industrieunternehmen keine eigenen Forschungsabteilungen haben, die diese bei der Entwicklung und Anwendung von neuen digitalen Tools und Prozessen unterstützen. Dies ist nicht nur eine Forschungsaufgabe in den Hochschulen, sondern es braucht hierfür auch als Counterpart Ressourcen in der Praxis. Eine besondere Form der Forschung, die Begleitforschung, betrachteten die Diskussionsteilnehmer*innen als besonders wertvoll, um den Übergang von digitalen Projekten hin zum Regelbetrieb zu begleiten und zu unterstützen. So kann sichergestellt werden, dass die Implementierung der Tools reibungslos und effektiv erfolgt, um die angestrebten Ziele zu erreichen.

Aus der Sicht der kommunalen Praxis wurde zudem die Wichtigkeit des Kontextes bei der Nutzung digitaler Tools unterstrichen. Jede Kommune sei einzigartig, und die Bedürfnisse variieren stark. Dennoch sei ein Erfahrungsaustausch unter den Kommunen als äußerst hilfreich anzusehen, um bewährte Praktiken und maßgeschneiderte Lösungen zu teilen. Dabei wurden auch die Herausforderungen im Zusammenhang mit Datenschutz diskutiert. Erforderlich sei eine verlässliche europäische Serverstruktur, um den Anforderungen an den Datenschutz gerecht zu werden und das Vertrauen der Bürger*innen zu gewinnen.

Die Ausbildung von Planer*innen wurde als wichtiger Faktor für die erfolgreiche digitale Stadtentwicklung erörtert. Eine Forderung lautete, nicht nur Tools, sondern auch mehr Kompetenzen und Grundlagenwissen im Bereich der Smart Cities zu vermitteln. Die Vermittlung digitaler Grundkompetenzen, wie zum Beispiel im Bereich GIS (Geographische Informationssysteme), sei nach wie vor trotz reich gefüllter Toolbox essenziell. Die Studierenden sollten während ihrer Ausbildung Fähigkeiten entwickeln, um die Möglichkeiten der digitalen Technologien voll auszuschöpfen und diese gezielt einzusetzen.

Am Ende der Diskussion wurde mehrheitlich hervorgehoben, dass der Einsatz digitaler Tools eine Zeitersparnis bei der Bereitstellung, Analyse und Visualisierung von Daten ermöglicht. Dieser Zeitgewinn sollte sinnvoll genutzt werden, indem er beispielsweise auf kommunaler Ebene in die Kommunikation und die Anforderungen integrierter Planungsprozesse investiert wird. Die weiter anwachsende Komplexität und die Herausforderung zur Gestaltung integrierter Prozesse werde durch den Einsatz und die Nutzung digitaler Tools nicht weniger komplex, so eine zentrale Aussage, sondern bei sinnvollem Einsatz weniger kompliziert und trage so dazu bei, die Komplexität zu beherrschen und die Transformationsprozesse erfolgreich zu gestalten. Mit Blick auf Forschung und Lehre wurde angemerkt, dass die gewonnene Zeit auch dazu genutzt werden sollte, um mit den raschen Entwicklungen im digitalen Bereich Schritt zu halten. Dies schließe eine intensivere und auch kritische Auseinandersetzung mit digitalen Anwendungen, einschließlich aktueller Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz, mit ein. Die ständige Weiterentwicklung von digitalen Technologien erfordere eine kontinuierliche Reflexion und Anpassung, um den bestmöglichen Nutzen für die Stadtplanung und die Gemeinschaften zu erzielen.

Zusammenfassend machte die Diskussion deutlich, dass die Forschung, Praxis und Ausbildung sich in einem engen Zusammenspiel befinden. Forschung kann dabei helfen, den tatsächlichen Bedarf der Praxis zu ermitteln und innovative Lösungen für die digitale Toolbox zu entwickeln. Ein intensiver Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen und eine gezielte Ausbildung von Planer*innen in digitalen Kompetenzen sind von entscheidender Bedeutung, um die digitale Transformation in der kommunalen Stadtplanung

erfolgreich voranzutreiben. Zeitersparnis, die durch den Einsatz digitaler Tools erzielt wird, sollte sinnvoll genutzt werden, um die planerischen Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

CVs der Referent*innen:

Dr. Katharina M. Borgmann studierte Architektur in Dresden und Madrid und erlangte ihre Promotion in der Stadtplanung und im Städtebau. Sie praktizierte als Architektin und Städteplanerin in Israel, China und Indien. Ihr Forschungsschwerpunkt sind nachhaltige Urbanisierungsstrategien und deren Auswirkungen auf lokale Kontexte in Südost- und Ostasien sowie die Syntheseforschung angewandter (digitaler) Tools und Methoden internationaler Stadtentwicklungsprozesse. Ihre Arbeit wurde in mehreren Fachzeitschriften veröffentlicht und sie erhielt Stipendien von Förderinstitutionen auf nationaler und europäischer Ebene, um ihre Arbeit zu unterstützen.

Nadja Riedel ist Stadtentwicklerin mit langjähriger Erfahrung in Forschung, Wohnungswirtschaft und öffentlicher Verwaltung. Nach Stationen an den Universitäten Leipzig und Cottbus ist sie seit 2016 für die Stadt Leipzig tätig, zunächst als lokale Koordinatorin der Leipziger Smart-City-Aktivitäten im EU-Projekt TRIANGULUM. Seit 2019 ist sie Teamleiterin im Referat Digitale Stadt der Stadt Leipzig und leitet und begleitet verschiedene Digitalisierungsprojekte in den Themenfeldern Stadtgesellschaft, Wirtschaft sowie Energie und Klima. Dazu zählt u. a. das im Rahmen von HORIZONT 2020 geförderte EU-Projekt SPARCS zur Entwicklung energiepositiver Quartiere in Leipzig (www.sparcs-leipzig.info). Nadja Riedel ist außerdem Teil des Transitionsteams der Stadt Leipzig, das die Erarbeitung des sog. Klimastadtvertrags im Rahmen der EU-Mission 100 Klimaneutrale und Smarte Städte bis 2030 begleitet.

Tion Kudlek studierte Stadt- und Regionalplanung an der Universität Kassel (Bachelor) und der TU Berlin (Master) und war währenddessen im Planungsbüro akp_ Stadtplanung + Regionalentwicklung, in der Bundesgeschäftsstelle der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, als Tutor am Fachgebiet Städtebau und Siedlungswesen an der TU Berlin sowie in der Beratungsagentur Creative Climate Cities aktiv. Momentan ist Tion Kudlek Wissenschaftlicher Referent bei der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung.

Daria Kariakina studiert im 6. Bachelorsemester Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin. Sie ist als Tutorin am Fachgebiet Städtebau und Siedlungswesen an der TU Berlin tätig.

Sophie von Woedtke ist Bachelor-Studentin der Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin. Sie arbeitet ebenfalls als Tutorin am Fachgebiet Städtebau und Siedlungswesen. Darüber hinaus ist sie Teil des Teams von „Erlebnisräume“, einer Organisation, die Kinder und Jugendliche in Berlin in Stadtplanungsprozesse einbezieht und beteiligt, um im digitalen Bereich Schritt zu halten.



16.8.22 –
29.5.23
Moria
Hataum
all of a quiver
KUNSL

8.3.23 – 2.7.23
Larkiss Samoyul /
Surren Lind
As if No
Misfortune Had
Occurred in
the Night
4.3.23 – 30.3.23
Ilyse Hobbs,
Andrea Baker,
Dorine Ursinda &
Khalima Walker
OMOS

26.3.23 –
30.7.23
Friedrich
Kunath
Coming
Home Was As
Beautiful As
Going Away



Forum 5: Strategien im Management von Unsicherheiten

Gastgeber:

Dr. Timo Munzinger,
Deutscher Städtetag
Prof. Dr. Michael Prytula,
FH Potsdam

Gäste:

Diego Dametto,
FH Potsdam
Stefan Heinig,
Freib. Berater für Stadt-
entwicklungspl., Leipzig
Dr. Marion Klemme,
Bundesinstitut für Bau,
Stadt- und Raumforsch.
Dr. Gabriela Micheleni,
Leonard Higi,
IaF Urbane Zukunft
(FHP)/Digitalagentur BB
Elise Rebien,
MA Urbane Zukunft,
FH Potsdam
Doris Sibus,
urbanista

Planungen erfordern stabile Rahmenbedingungen und Annahmen über die Zukunft. Beides lässt sich zunehmend schwieriger prognostizieren. Unbeständigkeit, Komplexität und Mehrdeutigkeit nehmen zu. Wie damit umgehen? Welche Faktoren tragen zur Unsicherheit bei?

Das Forum näherte sich der Frage durch unterschiedliche Beispiele aus Wissenschaft und Praxis an. Als erstes stellte **Marion Klemme** die Ergebnisse der Studie *Stadt von Übermorgen* des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) vor. In diesem Vorhaben wurde versucht, die Komplexität durch die systematische Analyse der wirkenden Trends zu reduzieren. Hierzu wurden Trendmoleküle gebildet und gemeinsam mit Städten und Gemeinden erprobt. Wichtig ist es, zukünftig nicht mehr in linearen Prozessen zu denken, sondern vielmehr mit unterschiedlichen Szenarien zu arbeiten. Das vorgestellte Fischgrätenmodell

war hierbei nur ein Beispiel einer umfassenden Toolbox, die den Kommunen zur Verfügung gestellt wird.

An diesen Input konnte **Stefan Heinig** direkt anknüpfen. Auch er machte deutlich, dass sich Rahmenbedingungen und Prognosen schnell ändern können und es daher weniger lineare Prozesse, sondern vielmehr Steuerungskreisläufe braucht. Das Handeln sowie die Ziele müssen in regelmäßigen Abständen hinterfragt und neujustiert werden, um sicherzustellen, dass man nicht mit veralteten Annahmen weiterarbeitet. Bei dieser Gelegenheit gilt es natürlich auch, die Wirkung und Zielerreichung zu prüfen. In Zeiten knapper werdender Ressourcen müssen diese möglichst effizient eingesetzt werden. Hierzu zählt auch die Überprüfung der jeweiligen Organisationsstrukturen. Interdisziplinäres und ressortübergreifendes Arbeiten muss durch die Organisationsstrukturen unterstützt und gefördert werden. Aktuell passen die Organisationsstrukturen nicht mehr zu den Herausforderungen und Aufgabenstellungen.

Gabriela Micheleni, Leonard Higi und **Diego Dametto** vom Institut für angewandte Forschung (IaF) Urbane Zukunft in Potsdam stellten ihre Forschungsarbeit zu digitaler Modellierung von Partizipationsprozessen vor. Insbesondere die Einteilung in die vier Kategorien unbekanntes Wissen, unbekanntes Unwissen, bekanntes Wissen und bekanntes Unwissen hilft bei der Einordnung sowohl bei Partizipationsprozessen als auch generell bei Fragen der Stadtplanung und Stadtentwicklung. Nur wenn bekannt ist, was man nicht weiß, kann man entsprechende Strategien entwickeln, um aus unbekanntem Wissen bekanntes Wissen zu machen. Schwieriger ist der Umgang mit Unwissen, unabhängig davon, ob dies bekannt oder unbekannt ist. Aber auch hier hilft die Einordnung und Analyse, um mehr Unsicherheit zu reduzieren und resilienter zu planen.

Die Masterarbeit von **Elise Rebien** zum Thema *Zu teuer, zu wenig, zuhause in Berlin* beschäftigt sich mit einer systemischen Analyse zur Politik des bezahlbaren Wohnens in Berlin. Interessant war die Vorstellung des selbstentwickelten Instruments zur





Reduzierung von Komplexität und zur Identifikation von Hebelpunkten. Die interaktive Darstellung macht Wirkungszusammenhänge deutlich und ermöglicht die Identifizierung von besonders wirkungsvollen Maßnahmen.

In der anschließenden Diskussion wurde erörtert, ob es wirklich sinnvoll ist, Komplexität zu reduzieren. Dies birgt die Gefahr, dass komplexe Themen so stark vereinfacht werden, dass am Ende falsche Schlüsse daraus gezogen werden. Das Podium plädierte daher eher dafür, Komplexität so aufzubereiten, dass diese handhabbar und kommunizierbar wird. Ganz in diesem Sinne sind auch die vorgestellten Tools zu verstehen.



Am Ende der Diskussion wurde die Frage aufgeworfen, ob das vermittelte Fachwissen an den Hochschulen noch zu den Anforderungen der Praxis passt. Mehrere Hochschulen berichteten über ihre Lerninhalte und Vermittlungsmethoden. Einige Hochschulen vermitteln das „Werkzeug“, um mit Unsicherheit umzugehen. Es geht hier weniger darum, einzelne Vorgehensweisen zu lernen, als vielmehr die Kompetenz zu erwerben, wie man mit sich ständig ändernden Herausforderungen umgeht. An dieser Stelle wurde auf den Workshop am zweiten Tag des 8. Hochschultages verwiesen, in dem es explizit um die Weiterentwicklung der Lehrinhalte und Prüfungsanforderungen in der Ausbildung zukünftiger Planer*innen geht.



Fachlicher Nachwuchs entwirft Zukunft – Die zirkuläre Stadt

Dieser Textauszug wurde bereits in der Publikation zur Winterschule veröffentlicht:

Stefan Rettich,
Sabine Tastel,
Felix Bentlin,
Angela Million (Hg.):
Die zirkuläre Stadt.

Urbane Obsoleszenzen – Raumpotenziale für die Innenentwicklung.

Schriftenreihe Städtebau und Kommunikation von Planung. Band 7. BerlinUP, Berlin, 2024
ISBN (Print):

978-3-98781-015-2

ISBN (Online):

978-3-98781-016-9

Auf dem Hochschultag wurden die Ergebnisse der Winterschule präsentiert von:

Greta Wiene,
Sarah Fleur Schulze,
Marc Roggenstein

Video:

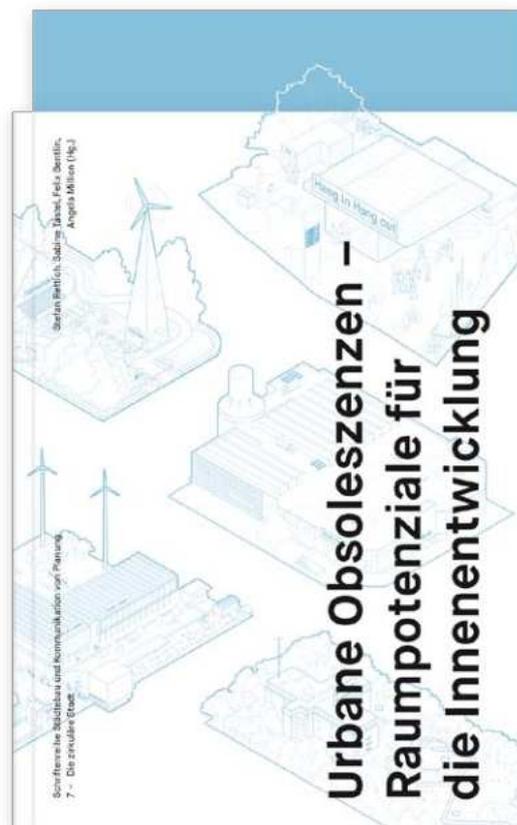
<https://youtu.be/QhcWkCQkbUk>

QhcWkCQkbUk



Urbane Obsoleszenzen – Raumpotenziale für die Innenentwicklung

Von den kleinsten Mikroorganismen bis hin zu den größten Himmelskörpern formen Zyklen die Struktur unserer Welt. Der immerwährende Rhythmus von Geburt, Wachstum, Niedergang und Erneuerung wird nicht nur in biologischen oder physikalischen Prozessen anschaulich, auch in der menschengemachten und gebauten Umwelt bestimmen Lebenszyklen Bau- und Planungsprojekte. Vergleichbar mit dem Wachstum einer Eiche – von der kleinsten Eichel im Erdboden wächst im Laufe der Jahreszeiten ein Baum in große Höhen, dessen Samen, Laub und Holz schließlich zur Erde zurückkehren – prägen sequenzielle Schritte und Entwicklungsphasen das Wesen unserer Städte, von den Ideenskizzen über die Entwurfs- und Ausführungszeichnungen bis zur Fertigstellung sowie schließlich zur Notwendigkeit der Veränderung. Die Gestaltung dieser zirkulären Prozesse und Obsoleszenzen der urbanen Umwelt verkörpern das Wesen planerischen und bürgerschaftlichen Einfallsreichtums.



Im Laufe der Zeit altern Bauwerke und sind sich verändernden Bedürfnissen oder Umweltaspekten ausgesetzt. Modernisierung, adaptive Wiederverwendung oder sogar Abriss werden Teil des Lebenszyklus, wenn Räume in der Stadt neuen Möglichkeiten Platz machen. Zum Beispiel werden Einzelhandels- und Geschäftsräume in der Regel mit flexiblen Grundrissen geplant, um den sich verändernden Einzelhandelstrends und den Bedürfnissen der Verbraucher für etwa 20 Jahre gerecht zu werden. Auch Produktionsgebäude müssen den sich weiterentwickelnden Fertigungsprozessen sowie technologischen Fortschritten über 40 Jahre standhalten. Bei einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von 50 bis 100 Jahren müssen Wohngebäude einen besonderen Wert auf Anpassungsfähigkeit legen, um unterschiedlichen Lebensstilen und sich verändernden demografischen Gegebenheiten gerecht zu werden. Unbestritten gehört es zu den Kernaufgaben künftiger Planungsgenerationen, dieses Zusammenspiel aus Bauschaffenden, Fähigkeiten und Rohstoffen in der kritischen Abwägung zwischen Haltbarkeit, Funktionalität und Nachhaltigkeit zu gestalten.

Im Wintersemester 2022/23 haben sich daher Studierende verschiedener Planungsfakultäten in Studienprojekten und einer von der Universität Kassel ausgerichteten Winterschule mit zirkulären Prozessen und obsoleten Räumen in Städten auseinandergesetzt. An der universitätsübergreifenden Winterschule Anfang März 2023 nahmen insgesamt 26 Studierende von neun Hochschulen aus Deutschland teil. Nach drei Jahren Corona-Beschränkungen konnten die Studierenden erstmals wieder uneingeschränkt miteinander vor Ort in Diskussionen eintreten. Dieser Austausch zwischen den Planungsfakultäten und dem für das Planen und Bauen zuständigen Bundesministerium hat bereits Tradition und wird als ein zentrales Anliegen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik gefördert. Ziel ist es, durch eine breite Einbindung verschiedenster stadtplanungsnaher Studiengänge und Lehrstühle aktuelle Themen vielschichtig zu ergründen, in eine breite Fachöffentlichkeit – vor allem aber auch in Politik und Verwaltung – zu tragen und einen Beitrag des



Bild: Leo Holzinger

fachlichen Nachwuchses zur Stadtentwicklungspolitik zu leisten. Relevanz entfaltet dies vor dem Hintergrund wachsender Komplexität und interdisziplinärer Erfordernisse in der Planung – hier ist es von Bedeutung, die Kompetenzen, Wissensbestände und Begabungen aus den Fakultäten jenseits der Statusgruppen der Professor*innen, Wissenschaftler*innen und Studierenden zusammenzuführen, damit diese tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden können und einen inhaltlichen Einfluss auf die Stadtentwicklungspolitik haben.

In Anbetracht kreislaufbezogener Prinzipien, wie Urban Mining sowie Cradle to Cradle, beschäftigten sich die Lehrforschungsprojekte vor allem mit (1) der Wiederverwendung von Gebäudeteilen, (2) der Umnutzung urbaner Flächen und (3) der Umdeutung von Infrastrukturnetzen auf verschiedenen Maßstabsebenen. Dabei standen lokale Wertschöpfungsketten, Bautraditionen und Anknüpfungspunkte für ressourcenschonende sowie zerlegbare Bauweisen und -konstruktionen im Mittelpunkt. Ökonomische Aspekte am Beispiel des modularen Bauens ergänzten das facettenreiche Themenfeld, ebenso wie strategische Instrumente am Beispiel von Wohnungstauschprogrammen. Hervorgehoben wurde die materialbezogene Sichtweise auf Stadtentwicklung. Technologische Möglichkeiten der Wiederverwendung und auch ästhetische Fragen und nachhaltige Zukunftsbilder für Attraktivität wurden zwischen Architekturaufgaben bis hin zum Stadtteil überprüft. Als aktuelle und zukünftige Potenziale im Umgang mit obsoleten Räumen wurden besonders Friedhofsflächen, Spezialgebäude (z. B. Messe, Malls) und Tankstellen identifiziert. Es galt, die infrastrukturellen Verflechtungen und Pfadabhängigkeiten von obsoleten Räumen diskursiv zu erschließen.

Neben dem Versuch, bestehende Netze sowie Infrastrukturen für Zirkularität weiterzunutzen, ging es auch darum, Bildungseinrichtungen und integrierte Logistikangebote zu multimodalen Vernetzungsorten weiterzuentwickeln. Technische und soziale Infrastrukturen wurden über ihren Charakter als monofunktionale Einrichtungen hinaus als soziale Orte mit multidimensionalen Funktionen betrachtet. Erfahrungen aus der Denkmalpflege und der Bewältigung von Mangelwirtschaft zeigen, wie solche Neubewertungen auch in Krisenzeiten erfolgreich sein können. Sie weisen auf einen neuen Ansatz im Umgang mit multiplen Krisenlagen und ökologischen Herausforderungen in der Stadtentwicklung hin. Katastrophenschutz, Naturschutz und hochwasserangepasstes Bauen sind zudem nicht nur Reaktionen auf Ausnahmesituationen, sondern auch Lehrproben für den „Normalzustand“.

Welche Voraussetzungen sind nötig für quartiersbezogene Energie- und Lebensmittelproduktion, kommunale Materialkataloge oder urbane Zwischennutzungs- und Nachnutzungsagenturen? Diesen und weiteren Fragen sind Studierende anhand vielfältiger Lehrveranstaltungen nachgegangen, um dann ihre Erkenntnisse am Beispiel der Stadt Mannheim zu vertiefen.

Hochschulnetzwerk mit zehn Veranstaltungen

Im diesjährigen Kooperationsprojekt „Fachlicher Nachwuchs entwirft Zukunft“ haben sich die Studierenden der beteiligten Universitäten und Fachhochschulen (u. a. aus den Studiengängen Stadt- und Regionalplanung, Städtebau, Architektur, Raumplanung und Urbanistik) mit Fragen von Zirkularität in der Planung beispielsweise im Ruhrgebiet und der Lausitz, aber auch im Altenburger Land und der Region Stuttgart auseinandergesetzt. Zwischen



Kohleausstieg und der Neuordnung von Industrieflächen, nicht nur im Gewerbegebiet, sondern auch in den innenstädtischen und innenstadtnahen Flächen in Castrop-Rauxel und Berlin galt es, Umdeutungs- und Wiedernutzungsmechanismen zu referenzieren. Im Fokus standen vielerorts Zwischennutzungs- und Nachnutzungskonzepte für Leerstandsimmobilien. Neben städtebaulichen Entwürfen in Zechengebieten entwickelten die Lehrprojekte auch planerische Leitbilder für randstädtische Hamburger Quartiere auf Grundlage der Postwachstumsökonomie und Subsistenz. Besonderes Augenmerk lag auf der Kombination von Investitionen in die kritische Infrastruktur mit Maßnahmen für den fußgängerfreundlichen Umbau der Städte. Dabei standen Begabungen von aus der Nutzung gefallenen beziehungsweise zukünftig fallenden Cluster im Mittelpunkt, z. B. Tankstellen, Waschanlagen und Werkstätten. Energie- und Lebensmittelproduktion in städtischen Kontexten, wie Dachgewächshäuser und -gärten in Großwohnsiedlungen einerseits und flutbare Erdgeschosskonzepte in Talregionen andererseits, zeigen die Vielschichtigkeit des Themas auf.

Mit Mikrostudien zu zirkulären Prozessen und ökologischen Grundlagen im Stadtumbau näherten sich die Studierenden Utopien und Dystopien an. Sie sammelten Best-Practice-Beispiele in Deutschland und Europa, beispielsweise Brüssel. So entstanden nicht nur Vorbilder für Material-Kataster oder Glossare für das städtebauliche und architektonische Entwerfen, sondern auch neu formulierte Schutzziele für kritische Infrastrukturen. Grundlagen waren Vorher-Nachher-Analysen beispielsweise in Überschwemmungs- und Starkregenregionen, aber auch Interviews, Podcasts und Vor-Ort-Begehungen. Auch Ad-hoc-Werkstätten zum Bau eines Sanitärgebäudes in einer Kleingartenanlage oder Flohmärkte in Quartieren zeigen Möglichkeiten zur Wissensgenerierung durch

Interventionen im öffentlichen Raum auf. Vielfältige Reallabore und Planspiele für Nachhaltigkeit dienen auch zur Wissensvermittlung sowie zur Aktivierung von Akteursgruppen, um Wasser- und Energiekreisläufe, aber auch Baustoff- und Flächenrecycling ins Bewusstsein zu rücken. Nachbarschaftliche Interaktionen beim Gärtnern werden auch in verdichtete Wohngebiete durch Dachgewächshäuser getragen, die zur Qualifizierung von Wohnungen durch Lebensmittelproduktion beitragen. Raummodifikationen werden exemplarisch erprobt, mittels Licht-, Geräusch- und Ausstattungsänderungen. Ziel ist es, Umdeutungsprozesse erfahr- und erlebbar zu machen sowie Kommunikationswerkzeuge zu entwickeln. Digitale Datenbanken und Anwendungen sind dabei Treiber für zirkuläre Bauweisen: Automatisierungsstrategien für Materiallager, Bestandsermittlung, Wiederverwendungs- und Abrisskartierungen.

Innerhalb dieser wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Lernprozesse für Kreislaufwirtschaft sind Räume für Begegnung und gemeinsames Lernen maßgeblich. Wenn Neubau unvermeidbar ist, dann müssen dem fachlichen Nachwuchs folgend baukulturelle Fragen der Dauerhaftigkeit und des Stadtbilds dominieren. Der Verzicht auf Abriss sowie eine hohe Bereitschaft für multifunktionale Nutzungen und Gebäudestrukturen prägen die studentischen Entwürfe. Materialien sind so oft wie möglich wiederzuverwenden, anstatt neue Produkte zu beschaffen. Es braucht zirkuläre Wertschöpfungsketten, um gemeinsam lokale Kreislaufsysteme aufzubauen und diese resilient und anpassungsfähig zu gestalten, damit sie den immer komplexeren Herausforderungen standhalten, global und lokal. Das heißt zum Beispiel, dass Grau- und Schwarzwassertrennung für Wasser-, Energie- und Nahrungsmittelversorgung herzustellen sind. Um diese Umgestaltungsprozesse erfahrbar und sichtbar für lokale Kreislaufdiskurse zu machen, werden lokale Experimentierflächen für Ressourcenrecycling gefordert. Deshalb macht der fachliche Nachwuchs eine Vereinheitlichung und Zentralisierung von Förderstrukturen für Materialkataster zur Bedingung für eine zirkuläre Gesellschaft. Sie ist das Gegenteil zur Wegwerfgesellschaft. Entstigmatisierung und Bewusstseins-schaffung für Reparatur und Wiederverwendung sind der Beginn einer Diskussion über neue Schutzziele in den Städten.

Winterschule

Ausgangspunkt der gemeinsamen Winterschule war die Forschung im Fachgebiet Städtebau der Universität Kassel zu obsoleten städtischen Systemen und wie diese perspektivisch für die Innenentwicklung wachsender Großstädte genutzt werden könnten. Erstmals fand die Winterschule nicht an der Örtlichkeit der koordinierenden Universität statt, sondern mit Mannheim in einer Stadt, die mit ihren Wachstumsfragen beispielhaft für das Kernthema und die Notwendigkeit einer zirkulären Entwicklung mit Hinwendung zum Bestand steht. Die planerische Herausforderung bildete der Mannheimer Stadtteil Neckarau, der vor einer größeren Transformation steht. Dort befinden sich eine alte Ortslage, deren Ladenlokale teilweise leerstehen, eine untergenutzte Shopping-Mall, ein in die Jahre gekommenes Gewerbegebiet, ein



Friedhof mit immensen Überhängen, riesige Infrastrukturtrassen, die für die Zukunft neu gedacht werden müssen – und nicht zuletzt ein Großkraftwerk, das sukzessive stillgelegt wird und auf dessen Flächen die Stadt an den Rhein herangeführt werden kann.

Im C-Hub, einem Kreativwirtschaftszentrum im Mannheimer Handelshafen, fanden die Studierenden ideale Arbeitsbedingungen vor sowie einen Ort, der als Anschauung für eine gelungene Transformation steht. Mit Gastvorträgen von Jörg Schrader, Christopher Dell und Florian Hertweck wurde der Blick für die „große Reparatur“ geweitet und in der kurzen Zeit von fünf Tagen sind erstaunliche Ansätze entstanden, die zur Abschlusspräsentation nicht nur von den Lehrenden, sondern auch von Stadträt*innen und Vertreter*innen der lokalen Verwaltung gewürdigt wurden. Zusätzlich entstand mit Blick auf die Ergebnisse der Winterschule und im Austausch zwischen den teilnehmenden Hochschullehrenden, Wissenschaftler*innen und Planenden ein Positionspapier mit Handlungsempfehlungen für die Nationale Stadtentwicklungspolitik.

Hochschultag

Auf dem 8. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik im Juni 2023 in Berlin konnten die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit und Fachwelt vorgestellt werden. Der Veranstaltungsort im KINDL – Zentrum für zeitgenössische Kunst, einer ehemaligen Brauerei, passte ideal zum verhandelten Thema: Die Studierenden zeigten ihre Mannheimer Transformationsergebnisse als Installation zwischen den alten, am Ort verbliebenen Braukesseln.

Der Hochschultag stellt eine Gelegenheit für fachlichen, methodischen und didaktischen Austausch zwischen Akteu*rinnen der Praxis sowie Kolleg*innen und Studierenden verschiedener

Hochschulen und Universitäten dar. In diesem Jahr wurde das Thema *Zukunft gestalten in unsicheren Zeiten – auf dem Weg zu einer neuen Planungskultur* verhandelt. Ergänzend zu der Installation konnten Studierende der Universitäten Dortmund, Hannover und Kassel die Ergebnisse der Winterschule in Form einer Präsentation auf dem Hauptpodium der Veranstaltung vor- und zur Diskussion stellen. Die Studierenden hoben dabei hervor, dass das Lehrformat der Winterschule eine seltene Gelegenheit für fachlichen Austausch auch zwischen Studierenden unterschiedlicher Hochschulen bietet.

Die junge Generation strebt in der Stadtentwicklung nach CO₂-neutralen Lösungen, indem sie auf Digitalisierung, Ressourceneffizienz und lokalen Veränderungswillen setzt. Ein systemischer Wandel zeigt sich hier nicht nur in der Neubewertung technischer Infrastrukturen nach der Zerstörung durch den Klimawandel: Auch Umweltfragen des Wiederaufbaus in Krisenregionen werden zur Grundlage für zirkuläre Planungs- und Bauprozesse zwischen Stadt und Landschaft. Wohnraumfragen werden anhand von krisenfesten, autarken und gemeinwohlorientierten Eigentümerstrukturen verhandelt. Monofunktionale Gebiete werden zu multifunktionalen Orten in einer fußgängerfreundlichen Umgestaltung von Stadt und Region. Diese Beispiele zeigen die kreative Kraft und Unvermeidbarkeit des Wandels. Architekturschaffende, Planende und Gestaltende finden seit jeher Inspiration in Momenten des Wandels und der Unsicherheit. Denn in diesen Augenblicken erwarten uns neue Anfänge, die den kontinuierlichen Kreislauf des Lebens aufrechterhalten, den es mehr denn je zu gestalten gilt.

Weiterführende Informationen unter: www.zukunftentwerfen.de

Workshop 1: Die Bewältigung der neuen Herausforderungen im Bereich Städtebau/Stadtentwicklung bedingt neue Qualifikationsprofile

Ansprechpartner*innen:

Michael von der

Mühlen,

Vizepräsident DASL,

Berlin

Dr. Timo Munzinger,

Deutscher Städtetag

Canan Çelik,

RWTH Aachen

Hintergrund

Die Neue Leipzig-Charta und öffentliche Positionen der kommunalen Spitzenverbände verdeutlichen den Bedarf an grundsätzlich angepasster und weiterentwickelter Praxis als Replik auf die veränderten Rahmenbedingungen und Aufgaben innerhalb des Tätigkeitsfeldes räumlicher Planung. Stichwörter wie Bestandsorientierung, Mobilitätswende, Grüne und Blaue Freiraumqualitäten, aber auchhaltungsfragen wie Offenheit von Planung und Strategien für Experimente, Pionierprojekte und fachübergreifende Kooperation umreißen nur unvollständig die Erwartungen von Politik und Gesellschaft an die Wahrnehmung des planerischen Bewahrungs- und Entwicklungspostulats. Hinzu kommen allgemeine Trends wie Personal- und Fachkräftemangel, die Bedeutung von KI und Fragen um den Einfluss weiterer technologischer Entwicklungen auch auf die Stadtentwicklung. Der Workshop beschäftigte sich mit den unter anderem im Städtetag formulierten Vorgaben und erörterte Zielsetzungen wie Strukturen gegenwärtiger Hochschulausbildung unter Würdigung aktueller Berufsperspektiven. Darüber hinaus sollen praxisbezogene zusätzliche Ausbildungsangebote wie bspw. das Städtebaureferendariat im dargestellten Kontext erläutert und diskutiert werden.

Die Frage *Welche Rolle spielt „Systemwissen“?* begleitete die gesamte Diskussion. Beantwortet wurde sie mit der Erkenntnis, dass Veränderungen des Systems nur verstanden werden können, wenn man das Grundsystem kennt.

Blick auf die Hochschulausbildung

Welche Rolle die Hochschulen dabei einnehmen, Inhalte, aber auch Methoden und Instrumente zu lehren, wurde ebenfalls – stark aus dem Blickwinkel der Ausbildung im Städtebaulichen Referendariat – diskutiert. Die unterschiedlichen Schwerpunkte der Studienstandorte fallen bei Themen wie Bau- und Planungsrecht auf. Festgestellt wurde, dass das Studium nur noch zum Teil qualifiziert und sich

veränderte Studienabläufe auch auf das Grundlagenwissen der Studierenden auswirken. Die Frage, ob mehr Wahlmöglichkeiten dazu führen, dass Fächer wie Baurecht umgangen werden, blieb offen.

Zu den Kernzielen der Hochschulen gehört neben der Wissensvermittlung auch die Sensibilisierung der Studierenden, eine kritische Haltung einzunehmen. Die Entwicklung von Kompetenzziele steht somit vor der reinen Leistungsabfrage. Veränderte Rahmenbedingungen, auch in der Planung, benötigen einen umfangreichen Methodenkoffer und die Möglichkeit, verschiedene Blickwinkel einnehmen zu können. Dadurch entsteht eine Vielfalt an neuen Perspektiven, die im Umkehrschluss bei Weiterqualifizierungen dazu führen, dass mehr Aufwand beim Legen einer gemeinsamen Wissensbasis entsteht.

Blick auf die Referendariatsausbildung

Das Städtebauliche Referendariat wird nicht als herkömmliche Ausbildung wahrgenommen, da es einen sehr starken Praxisbezug aufweist. Dabei ist die Lernintensität sehr hoch. Die Herausforderung zu Beginn besteht darin, inhaltliche Defizite, die oft durch unterschiedliche Studienverläufe entstehen, auszugleichen und eine gemeinsame Wissensbasis zu schaffen. Kritik wurde in der Diskussion jedoch auch am Lehrplan geäußert. Dieser ist an vielen Stellen nicht eindeutig oder veraltet. Dadurch entsteht bei vielen Referendar*innen oft Unsicherheit in der Vorbereitung von Prüfungen. Als Beispiel wurde „Kenntnisse zu neuen EDV-Systemen“ aufgeführt.

Ein besonderer Fokus liegt auf dem Verständnis und der Anwendung von Gesetzen. Die Referendar*innen müssen in der Lage sein, die Auswirkungen von Gesetzen einzuschätzen und Veränderungen von Gesetzen in ihren Kontext einzuordnen. Ein Vorschlag war deshalb, dass die Prüfungen stärker auf die praktische Anwendung von Kompetenzen abzielen, anstatt reines Wissen abzufragen.



Bild: Tion Kudlek

Unterschiedliche Grundlagen durch unterschiedliche Strukturen in den Ländern

Ein wesentlicher Kritikpunkt der Referendar*innen waren die Unterschiede zwischen den Bundesländern hinsichtlich der Struktur und Bezahlung während der Ausbildung. Es besteht der Wunsch nach einer Vereinheitlichung für eine gerechtere Grundlage.

Die Ungleichbehandlung in bestimmten Ländern, bei der die Referendar*innen teilweise ihre Reisekosten zu Fortbildungsmaßnahmen selbst tragen müssen, empfanden die Betroffenen als nicht nachvollziehbar. Aus ihrer Sicht sollten diese im Ausbildungspaket inbegriffen sein.

Eine weitere Frage, die aufkam, war die nach der Verantwortung für die Ausbildung der Referendar*innen und dem pädagogischen Verständnis dahinter. Es besteht Klärungsbedarf bezüglich der Zuständigkeiten und des pädagogischen Ansatzes, um eine effektive und faire Ausbildung der angehenden Fachkräfte zu gewährleisten.

Bedeutung des Netzwerks

Das Thema Netzwerke wurde in der Diskussion kontrovers betrachtet. Einerseits besteht der Wunsch nach intensivem Austausch, um voneinander zu lernen und sich gegenseitig zu unterstützen. Auf der anderen Seite empfanden Einzelne das große Kontingent an Referendar*innen aus anderen Bundesländern wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen als dominierend. Zu prüfen wäre also, wie die thematischen Interessen z. B. aus den Stadtstaaten angemessen in die Netzwerkformate eingebracht werden können.

Ebenfalls zu überlegen wäre, wie die Zusammenarbeit mit Organisationen wie der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL), der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V. (DASL) oder der Akademie für Raumentwicklung

in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL) stärker in die Referendarausbildung integriert werden kann. Diese Institutionen bieten Plattformen, auf denen Planer*innen ihr Wissen vertiefen und Erfahrungen austauschen können. Dadurch wird die Chance geboten, von unterschiedlichen Perspektiven zu profitieren und die Ausbildung vielfältig zu gestalten.

Fazit

Aus der Diskussion ergeben sich einige Schlussfolgerungen. Einheitliche Strukturen in der Ausbildung zu schaffen, um eine gerechtere und vergleichbare Grundlage für alle Referendar*innen zu gewährleisten, wurde besonders hervorgehoben. Gleichzeitig ist der Wunsch nach einheitlicher Vergütung berechtigt und sollte unterstützt werden.

Eine Überarbeitung der Lehrinhalte wird ebenfalls gewünscht. Dazu gehört vor allem die Vermittlung von Kompetenzen anstelle von reinem Wissen wie auch eine breitere diskursive Vermittlung von unterschiedlichen Zugängen zu Stadtgestaltungsprinzipien und Stadtbaugeschichte.

Einigkeit bestand bei allen Teilnehmer*innen des Workshops darin, dass die rückläufigen Bewerberzahlen nicht dazu führen dürfen, dass sich die Anforderungen an das Referendariat verschlechtern. Vielmehr sollten Maßnahmen und Möglichkeiten verstärkt öffentlich kommuniziert werden, um das Interesse und die Wertschätzung für die Ausbildung im Bereich Städtebau zu steigern. Auch wird den Universitäten hier eine wesentliche Rolle zuteil, da sie als Multiplikatoren agieren und positive Werbung für das Referendariat machen können.

Insgesamt ist es essenziell, die Ausbildung im Städtebau kontinuierlich zu optimieren und den Austausch zwischen den Ländern zu fördern, um qualifizierte Fachkräfte für die Zukunft auszubilden.

Workshops 2: Learning by doing

Ansprechpartner*innen:

Prof. Agnes Förster,

RWTH Aachen

Prof. Mario Tvrtković,

HS Coburg

Marco Hölzel,

TU München

Benedikt Schroeter,

TU Berlin

Die sich zuspitzenden ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Krisen fordern neben strukturellen Veränderungen fortlaufend neue Lösungsstrategien im individuellen Fall ein. Auch die Lehre und Befähigung in den planerischen und gestalterischen Disziplinen muss diesen Erfordernissen Rechnung tragen: Hierbei spielen alle Lehrebene – Wissensvermittlung, Kompetenzaufbau, Handlungsinstrumente und neue methodische Zugänge – eine große Rolle. Entwürfe und Projekte befinden sich nicht länger in einem luftleeren Raum, vielmehr muss deren Planung/Design in Lehrveranstaltungen überführt werden, deren Fragestellungen müssen konkreten realweltlichen Bezug haben und die Ergebnisse Teil einer räumlich konstituierenden Transformation sein. Innerhalb des Workshops soll über die Anwendung transformativer Methoden in der Lehre verhandelt werden. Die Chancen und Probleme bei der Implementierung dieser Methoden (bspw. Reallabore, Design Thinking, Co-Creation ...) bilden hierbei die Diskussionsgrundlage. Die Diskussionsfrage lautet: Warum finden die genannten Methoden in der aktuellen Lehre kaum Anwendung? Wie kann dies gelöst werden?

kooperativer, offener Prozess ist implizit von den beiden Ansätzen durchdrungen. Sie tragen alle Eigenschaften der transformativen Lehre in sich:

Normative Zielsetzungen (Neue Leipzig-Charta usw.); reale Problemstellungen in Quartier, Stadt, Region (Wohnen, öffentliche Räume, Lebensqualität, räumliche Gerechtigkeit, Klimaanpassung etc.); Koproduktion und Befähigung von Akteuren (Mitwirkung bei Projekten usw.)

Experimentaler Ansatz – konkrete Intervention; Iterationen im Lernprozess; klare räumliche und inhaltliche Abgrenzung

Trans- und Interdisziplinarität – Co-Creation und Co-Leadership verschiedener Akteure; Produktion sowohl von System- (Was), Ziel- (Wohin) als auch Transformationswissen (Wie). Hierbei können Hochschulen sowohl in eigenen Lehr-, Forschungs- und Transferprojekten problemorientiert handeln und wirken als auch im Hochschullalltag eine Demonstratorenrolle einnehmen.

„Learning by doing“ – das Erlernen im Machen, die Erfahrung von Selbstwirksamkeit ist genau das, was Studierenden ermöglicht, die transformative Kraft ihrer Gedanken und ihres Handelns zu erleben und sich somit der Transformativität von Planung bewusst zu werden.

Basierend auf Forschung, Annahmen und Entscheidungen versucht Planung zukünftige Entwicklungen vorwegzudenken und die Transformation zu steuern. Abhängig von der Komplexität des zu planenden Vorgangs, sei es ein einfaches Werkstück, ein Frühstück, der Umzug eines Flughafens oder eines Regierungssitzes oder die Transformation eines Quartiers bzw. eines hoch komplexen Systems wie einer Stadt oder einer Region, erfolgt die Planung selten durch eine einzige Person. Meist sind viele Menschen, Institutionen und Organisationen in Planungsprozesse involviert. Planung wird von vielen Akteuren beeinflusst, von denen einige sich als Planende zur Planung bekennen, wie dies Lucius Burckhardt in *Wer plant die Planung* bereits vor Jahrzehnten ausgeführt hat.

Potenziert wird die Komplexität noch dadurch, dass Städte, Quartiere oder Regionen nicht einfach abgeschaltet, umgebaut und neu gestartet werden, sondern weiter bewohnt und belebt sind und für ihre



Bild: Tion Kudlek

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für globale Umweltveränderungen hat transformative Forschung und Bildung in seinem Gutachten von 2011 als Teil des transformativen Quartetts für die Wissensgesellschaft beschrieben. Inter- und Transdisziplinarität bzw. Partizipation werden dabei als Herausforderung und Lösungsansatz zugleich genannt. Eine transformative Planungskultur für nachhaltige Stadtentwicklung und -gestaltung als

Bewohnenden funktionieren müssen – das macht solche transformativen Prozesse zu einer „Operation am offenen Herzen“ eines lebendigen Organismus.

Bei der Vielzahl an Akteuren, die mit zunehmender Komplexität anwächst, ist der Planungsprozess eine Systematik, die sich kontinuierlich verändert und immer wieder an die neuen Anforderungen angepasst werden muss, etwa wenn Akteure Einfluss nehmen, die bisher nicht berücksichtigt wurden, weil sie sich zum Beispiel erst im Laufe des Prozesses ihrer Betroffenheit bewusst geworden sind. Proteste von Bürger*innen etwa treten in vielen Fällen erst bei Baubeginn auf, obwohl über die Planungen bereits Monate oder Jahre zuvor informiert und berichtet wurde. Ein Musterbeispiel hierfür ist das Projekt Stuttgart 21, über das es seit Jahren Berichterstattung gab, bei dem die Proteste der Bürger*innen aber erst mit den Fällarbeiten im Stuttgarter Schlosspark begannen.

Wie nun Studierende an komplexe Planungsprozesse heranzuführen und wie das oft nicht vorhersehbare Verhalten von Akteuren für sie erfahrbar machen, ohne sie mit einem Gefühl der Ohnmacht und Frustration, des Scheiterns oder der Sinnlosigkeit ihres Tuns aus unrealisierten Projekten herauskommen zu lassen?

In den Seminaren des Lehrstuhls für Bodenordnung und Landentwicklung der Technischen Universität München wie „Kommunal- und Landentwicklung 1+2“ oder „Konfliktmanagement in der Landentwicklung“ versuchen wir den Studierenden zum Beispiel in Rollenspielen ein Bewusstsein dafür zu verschaffen, wer alles wie auf Planung Einfluss nimmt. Die politische Dimension, den darüber geführten Diskurs und die damit verbundenen demokratischen Entscheidungsprozesse verdeutlichen wir unter anderem durch Besuche von Stadtratssitzungen. Konflikte zwischen Artenschutz und Kommunalentwicklung werden auch durch eine Ortsbegehung und umweltfachliche Erläuterungen vermittelt.

Ergebnisse: Die transformativen Fähigkeiten von Planung – das Versprechen, die Welt verändern zu können – üben große Anziehungskraft aus. Die für diese Veränderung notwendigen Prozesse sind langwierig, oft wenig transparent und vielfach Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Reallabore, Bauausstellungen oder andere Formate für abgegrenzte, mandatierte Handlungsräume bieten für viele Seiten Vorteile.

Aus der Perspektive der politisch Verantwortlichen ist die Mandatierung abgegrenzt, das Budget definiert und überschaubar, das Ergebnis nicht bindend – aber hoch innovativ – und somit sehr attraktiv. Wird der Handlungsraum zudem durch eine Hochschule oder Universität betreut bzw. betrieben, wertet die Einbindung in den Wissenschaftsbetrieb das Format zusätzlich auf.

Aufseiten der Lehre und der Forschung liegt der Vorteil auf dem konkreten Bezug des Handlungsraums und dessen Abgrenzung sowie einem Bekenntnis der politisch-administrativen Seite

zum Handlungsraum, einem Eigeninteresse und somit größerer Gesprächsbereitschaft. Hier tritt in der Regel auch die Gemeinwohlorientierung der Aufgabe bzw. des Handlungsraums zutage.

Für die Gruppe der Studierenden bieten solche Formen und Formate von Handlungsräumen wie Reallabore o. Ä. große Chancen. An konkreten Themen, zum Teil vor Ort mit gesprächsbereiten, weil sich dazu bekennenden Verantwortlichen können Studierende vieles lernen und erleben. Hier können Logiken von Projekten und Prozessen erfahren werden.

Durch die Abgegrenztheit und mögliche weitere Untergliederung sind die Zusammenhänge besser zu erfassen und werden transparenter. Durch die Überschaubarkeit, den Kontakt mit Verantwortlichen und die Mandatierung wird Selbstwirksamkeit für Studierende erlebbar. In dem konkreten Arbeiten am – oder gerne auch im – Handlungsraum, mit sinnlichem Erleben, intensivem Austausch mit Verantwortlichen kann sehr viel auch fachübergreifend gelernt und verinnerlicht werden. Durch die Kommunikation im Projektraum/Reallabor mit Verwaltung, Politik, Bürgerschaft, ggf. Presse, weiteren fachlichen oder anderen Projektbeteiligten entwickeln Studierende auch ein Bewusstsein für die jeweilige Rolle in den Projekten und Räumen. Wird bereits die Entwicklung eines Reallabors o. Ä. in der Lehre bearbeitet, können Studierende hier Logiken von Antrags- und Förderwesen erleben und erlernen.

Eine Skalierung und Übertragung auf andere Konstellationen, Maßstäbe und Zeiträume bleibt möglich und fällt durch den Einblick in Projektprozesse sogar leichter.

Eine Herausforderung bei der Einbindung solcher Formate wie Reallabore in die Lehre liegt darin, dass die Zeiträume oft schwer in Semestereinheiten von drei bis sechs Monaten unterteilt werden können und die erbrachten Leistungen im Reallabor schwierig in – präzise zu beschreibende – Module in Modulhandbücher eingebracht werden können.

Als Projektstudium besteht hier mehr Freiheit im jeweiligen Projektanteil des Studiums, ggf. kann die Arbeit in einem Reallabor o. Ä. als studienintegriertes Praktikum erfolgen. Der Praxisbezug des Studiums ist durch den Wegfall vieler Praktika in den letzten Jahren und im Zuge des Bologna-Prozesses verloren gegangen. Durch die Einbindung von Handlungsräumen und Projekten u. Ä. in die Studiengänge könnte wieder mehr Praxisbezug hergestellt werden.

Der Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik könnte eine regelmäßige Vernetzung der abgegrenzten Handlungsräume wie Reallabore und Projektstudien bzw. der gesamten Planungsstudiengänge in Deutschland ermöglichen. Als Austauschplattform für Lehrende und Studierende können im Rahmen von Austauschformaten in kurzer Zeit eine breite Projektvielfalt mit den jeweiligen Herausforderungen kennen gelernt werden.

Einladung zum Hochschultag vor Ort in Neubrandenburg am 11./12. Oktober 2024

Was sind Strategien für den Umgang mit Krisen? Wie können Städte resilienter werden? Diese Fragen des vergangenen Hochschultages beschäftigen uns auch beim „Hochschultag vor Ort“ 2024 in Neubrandenburg. Wir wollen uns mit unterschiedlichen Lösungsansätzen auseinandersetzen, die in Forschung und Lehre sowie in Praxis und Politik diskutiert und erprobt werden. Im Mittelpunkt stehen die Möglichkeiten und Grenzen gemischter Nutzungen, horizontal oder vertikal, mehrfach oder gestaffelt, temporär oder flexibel. Ansätze, die in ländlich geprägten Räumen nicht überraschen: Die Menschen sind hier oft in unterschiedlichen Rollen aktiv. Neben dem Job haben die meisten noch eine Berufung; wer Kinder hat, ist schnell Taxiunternehmer. Wer sich engagiert, ist sowohl bei der Freiwilligen Feuerwehr als auch beim Training der Jugend im Sportverein – und wenn es was zu feiern gibt, natürlich auch im Festkomitee. Kleinstädte und Dörfer sind lebendig, wenn es Menschen gibt, die sich einbringen und es Räume für sie gibt. Wo Einrichtungen der Daseinsvorsorge wegfallen – ganz gleich, ob nun Postfiliale oder Kneipe –, braucht es neue Treffpunkte. Die Anlaufpunkte, die es gibt, sind dann vieles gleichzeitig: Laden, Café, Bibliothek, Theater, Kino ...

Dort, wo der Schwarzplan weiß wird, beginnt nicht das „Nichts“, sondern die Landschaft, die bei näherer Betrachtung ganz und gar nicht „unbeplant“ ist: Hier gibt es Bodenpolitik und Landnutzungskonflikte, Natur-, Landschafts- und Denkmalschutz, vielfältige Begehrlichkeiten, nicht zuletzt durch die Flächenbedarfe für die Dekarbonisierung der Energiegewinnung. Ja, selbst ein Blick in die Natur lehrt, dass Ökosysteme kaum monofunktionale Strukturen kennen – fast überall gibt es Sowohl-als-auch.

Jenseits der großen Agglomerationen, in vermeintlich strukturschwachen Regionen, finden Prozesse statt, die einen genaueren Blick lohnen. Wir laden Sie ein, zum Hochschultag vor Ort in die Mecklenburgische Seenplatte und nach Neubrandenburg zu kommen. Die Hochschule Neubrandenburg mit rund 2100 Studierenden in vier Fachbereichen wurde 1991 gegründet, der Campus befindet sich unweit des Tollensesees und der Innenstadt. Stadt- und landschaftsplanerische Inhalte prägen mehrere Bachelor- und Masterstudiengänge im Fachbereich Landschaftswissenschaften und Geomatik, beispielsweise in den Curricula von Naturschutz und Landnutzungsplanung oder Landschaftsarchitektur. Wir forschen und lehren zu Umwelt-, Regional- und Stadtplanung unter anthropogenen und ökologischen Bedingungen sowie zur nachhaltigen Entwicklung und Gestaltung ländlicher Räume und Regionen. Dabei prägen uns und unsere Perspektive die Landschaft, die Großschutzgebiete wie der Müritz-Nationalpark, die vielen Dörfer, Güter mit ihren Parks und die meist kleinen Städte; diese schöne, dünn besiedelte Region ist unser Studienlabor. In der bewegten Geschichte Neubrandenburgs galt stets, Strukturwandel auch als Chance zu verstehen. So hat sich die Stadt, drittgrößte in Mecklenburg-Vorpommern, trotz Verlusts des Bezirksstadtstatus und Bevölkerungsrückgangs gleichwohl in den vergangenen 30 Jahren kontinuierlich zu einem wirtschaftlich bedeutenden Zentrum Ostdeutschlands entwickelt.

Wir freuen uns, die Perspektivwechsel in die Reihe der Hochschultage vor Ort einbringen zu können und erhoffen uns, mit Ihnen im Oktober vielfältige Ansätze zum Mischen von Nutzungen, ob nun auf dem Land oder in der Metropole, im Quartier oder auf dem Dorf zu diskutieren.



Abschluss & Ausblick auf künftige Meilensteine

Nun liegt der 8. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik hinter uns und wir danken dem Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, den Impulsgeber*innen, den Pat*innen der Foren, den Beteiligten in der Vorbereitungsgruppe und allen Teilnehmenden für das Engagement und ihre Beiträge. Der Hochschultag lebt von Initiative und Beteiligung vieler – das Ergebnis war ein qualitativ hochwertiger und diverser Fachdialog.

Doch „nach dem Hochschultag“ ist – nun bereits zum achten Mal – auch immer wieder „vor dem Hochschultag“, und deshalb schließen wir den Ergebnisbericht mit einem kurzen Ausblick auf die kommenden Meilensteine im Projekt.

Zunächst richten wir nochmals einen großen **Dank an Prof. Julian Wékel**, der den Hochschultag 2009 ins Leben gerufen und seither durch seine große fachliche Expertise, persönliche Leidenschaft und seine besondere Fähigkeit, andere zur Mitwirkung zu begeistern, maßgeblich dazu beigetragen hat, ihn als feste Institution in der Fachwelt zu etablieren. Nach 14 Jahren übergibt er nun den Staffelstab der **Projektleitung und Organisation an DASL-Vizepräsidentin Prof. Dr. Barbara Engel** und den neugewählten **Wissenschaftlichen Sekretär der DASL Prof. Mario Tvrtković**. Wir gratulieren den beiden Kolleg*innen und freuen uns auf die Zusammenarbeit.

Eine schon längere Zeit diskutierte Weiterentwicklung des Hochschultags ist seine Internationalisierung, d.h. die Diskussion und Reflexion von Themen und Formaten des Hochschultages im internationalen Raum. Auf dieser Basis findet am **18. und 19. April eine**

Veranstaltung in Basel statt, die an den 8. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik vom Juni 2023 anknüpft und internationale Perspektiven, Wirkungen und ein gemeinsames Verständnis europäischer Planungskultur für eine transformative Regional- und Stadtplanung und -gestaltung diskutieren wird. Im Zentrum steht die Frage, wie die sich hieraus ergebenden Anforderungen im Dreiklang von Lehre, Forschung und Praxis bewältigt und in der künftigen Lehre implementiert werden können. Ein großer Dank gilt an dieser Stelle Prof. Gunnar Heipp von der Ostschweizer Fachhochschule für die kooperative inhaltliche und organisatorische Zusammenarbeit.

Am **11. und 12. Oktober** erwartet uns dann der **Hochschultag vor Ort in Neubrandenburg**. Die im 8. Hochschultag formulierten Fragestellungen einer transformativen Stadtgestaltung und Planungspraxis werden in der mecklenburgischen Stadt mit besonderem Fokus auf die Logiken der ländlichen Räume in strukturschwachen Regionen diskutiert. Sie sind Ergänzung und Fortsetzung des Dialogs zum Umgang mit Unsicherheit und Krisen mit besonderen Bezügen zu den Wechselwirkungen von Stadt und Land. Bereits jetzt möchten wir Prof. Peter Dehne und Jan Nissen für die Gastgeberschaft und das organisatorische Engagement danken.

Mit großer Vorfreude können wir auch bereits ankündigen, dass im **Sommer 2025 der 9. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in Berlin** stattfinden wird. Wir laden alle interessierten Akteure aus Praxis, Politik und Wissenschaft zur inhaltlichen Vorbereitung im Rahmen des Begleitkreises zum Hochschultag ein.

Ihre Vorbereitungsgruppe aus dem Begleitkreis zum Hochschultag





8. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

„Zukunft gestalten in unsicheren Zeiten – auf dem Weg zu einer neuen Planungskultur“

02. + 03. Juni 2023

Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen fördert den 8. Hochschultag im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik mit dem Ziel, die initiierten Diskurse zwischen Wissenschaft und Praxis zu vertiefen und zu verstetigen.

Veranstalter und Herausgeber:

Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V., www.dasl.de

Verantwortlich:

Prof. Julian Wékel, Wissenschaftlicher Sekretär a.D.

Prof. Dr. Barbara Engel, Projektleitung / Vizepräsidentin DASL

Redaktion, inhaltliche Kongressbegleitung und Information:

Tion Kudlek

Organisation:

Irene Gaus, Tion Kudlek

Hochschultag-Titelgrafik:

Marzena Noemi Domagala, www.minia-art.com

Gestaltung:

Philipp Dubrau (Grafik, Satz, Layout), www.philipp.dubrau.eu

Graphic Recording:

Katharina Kosak

Lektorat:

Dr. Daniela Gasteiger, www.lektorat-gasteiger.de

Druck:

primeline print berlin GmbH

ISBN:

978-3-9820415-1-3

Alle Abbildungen ohne direkten Bildnachweis:

Manuel Frauendorf, www.manuel-frauendorf.de

1. Auflage, 2024

Die Beiträge dieser Publikation wurden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren zur Verfügung gestellt und spiegeln Stil und Perspektive der Verfasserinnen und Verfasser wider. Für den Inhalt und die Richtigkeit der Angaben in den gedruckten Beiträgen sind allein die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

© Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.